

Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2017

Schwerpunktthema
Digitalisierung

BertelsmannStiftung

Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2017

Schwerpunktthema

Digitalisierung

Wir verwenden in dieser Publikation keine durchgängig geschlechtergerechte Sprache. Mit „Bürger“, „Teilnehmer“ etc. sind immer Männer und Frauen gemeint.

Titelbild: alphaspirit/Shutterstock Images

Verantwortlich

Henrik Riedel
Senior Project Manager
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-81266
Fax 05241 81-681266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Stand: 27.11.2017

Geleitwort

Die Kommunen sind das Rückgrat der Gesellschaft. Lebensqualität bemisst sich dort, wo die Menschen wohnen und arbeiten. In den Kommunen ist die Betroffenheit für Nachhaltigkeit am größten. Daher greifen die Kommunen das Thema Nachhaltigkeit in vielfältigen Aktivitäten schon seit vielen Jahren auf und treiben es voran. Städte, Kreise und Gemeinden aller Größenklassen sind somit die Basis der Nachhaltigkeitsbewegung. In den Kommunen wird sich zeigen, wie die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) mit ihren 169 Unterzielen und die Agenda 2030 umgesetzt und mit Leben gefüllt werden können.

Wir freuen uns, dass der zweite Bericht zum Monitor Nachhaltige Kommune nunmehr vorliegt. Damit steht allen Städten und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern und allen Landkreisen ein praxiserprobtes Instrument zur (Weiter-)Entwicklung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements zur Verfügung. Ein Schwerpunkt der aktuellen Arbeit lag auf der Entwicklung von Indikatoren aus Sicht der Agenda 2030. Die kommunalen Spitzenverbände haben das Vorhaben von Anfang an konstruktiv begleitet und unterstützt.

Der Monitorbericht 2017 hat einen thematischen Schwerpunkt beim Thema „Digitalisierung“. Denn beide Themen – Nachhaltigkeit und Digitalisierung – ergänzen sich und haben inhaltliche Schnittstellen. Beides zusammen zu denken schafft einen Mehrwert für Kommunen – dann, wenn die Chancen der Digitalisierung ausgeschöpft werden. Dies sehen die am Dialog „Nachhaltige Stadt“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung beteiligten Oberbürgermeister ähnlich: „Die Digitalisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Wir erkennen die großen Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung in unseren Kommunen“, erklärten sie unlängst.

Regelmäßiger Bestandteil des Monitors Nachhaltige Kommune sind zielgruppenspezifische Befragungen. 2017 wurden erstmals kommunale Mandatsträger befragt. Ergänzt wird diese Befragung durch eine repräsentative Bürgerbefragung, die in den kommenden Jahren wiederholt werden wird. Die Kommunen werden den Monitor in der Praxis weiter erproben, Verbesserungsvorschläge einbringen und der Bertelsmann Stiftung und dem Deutschen Institut für Urbanistik entsprechendes Feedback geben.

Daher bedanken wir uns auch in diesem Jahr gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung herzlich bei all denjenigen, die in vielen Gesprächen, Diskussionsrunden und Gremiensitzungen ihr Wissen und Ihre Erfahrungen in die Weiterentwicklung des Monitors eingebracht haben. Auch der zweiten Auflage 2017 wünschen wir, dass sie breite Akzeptanz und eine rege Nutzung findet.

Berlin, im November 2017

Detlef Raphael	Dr. Kay Ruge	Alexander Handschuh
Deutscher Städtetag	Deutscher Landkreistag	Deutscher Städte- und Gemeindebund

Das Wichtigste in Kürze

Für 81 Prozent der Bürger ist **„Nachhaltigkeit“** ein persönlich wichtiges Thema. Ein Grund mehr für die Bertelsmann Stiftung, sich dieses wichtigen Themas und vor allem auch seiner Bedeutung für die Städte, Kreise und Gemeinden in Deutschland anzunehmen.

Zum **Kommunalkongress** „Kommune 2030 – nachhaltig und digital“ der Bertelsmann Stiftung, der im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages am 7. und 8. Dezember 2017 stattfindet, legen wir daher unseren zweiten Bericht zum Monitor Nachhaltige Kommune vor. Ziel des **Monitors** ist es, Transparenz über den Stand und die Entwicklungsperspektiven der nachhaltigen Entwicklung in Kommunen herzustellen.

Schwerpunkt unseres diesjährigen Berichtes ist das Thema **Digitalisierung**. Rund zwei Drittel der von uns befragten Bürger und auch der befragten Kommunalpolitiker sind der Meinung, dass die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen durch die Digitalisierung steigen. Fachbeiträge und Praxisbeispiele in diesem Bericht sollen dieses Potenzial verdeutlichen und kommunalen Akteuren Anregungen geben für die weitere Entwicklung in der eigenen Kommune.

Das Ecologic Institut in Berlin hat darüber hinaus eine **Checkliste** entwickelt, die Kommunen dazu dienen kann, ihre Digitalisierungsprojekte auf den Nachhaltigkeitsgehalt hin zu untersuchen. Einfach, schnell und praxisorientiert.

„Herzstück“ des Monitors ist und bleibt die Entwicklung und Bereitstellung von Indikatoren für ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement vor Ort. In einem gemeinsamen Vorhaben der kommunalen Spitzenverbände, des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), des Deutschen Institutes für Urbanistik (Difu), der Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) und der Bertelsmann Stiftung werden derzeit **SDG-Indikatoren für Kommunen** entwickelt. Im Frühjahr 2018 soll das Vorhaben abgeschlossen sein. Dann stehen allen Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern unser Internetportal www.wegweiser-kommune.de ein Indikatorenkatalog und lokale Daten zur Verfügung, die an den 17 SDGs orientiert sind.

Auch **Befragungen** sind fester Bestandteil des Monitors Nachhaltige Kommune. Im vorliegenden Bericht finden Sie die Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern sowie die Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerbefragung.

Mehr als acht von zehn Bundesbürgern sind bereit, sich persönlich für das Thema Nachhaltigkeit einzusetzen. Ein Ergebnis, das Mut macht, die Prozesse vor Ort voranzutreiben.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihr Feedback und Ihre Ideen!

Dr. Kirsten Witte

Inhalt

A. Studie 8

1. Kommune 2030 – nachhaltig, digital, smart 8
2. Nachhaltige Kommunen durch Digitalisierung?! – Ein Verfahren zur Einschätzung der Auswirkungen kommunaler Digitalisierungsprojekte auf eine nachhaltige Entwicklung ... 12

B. Befragungen 36

1. Ergebnisse einer Befragung von Bürgerinnen und Bürgern 36
2. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern 54

C. Indikatorenentwicklung 88

1. Die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren für Kommunen – Der Ansatz des Monitors Nachhaltige Kommune 88
2. Die Entwicklung von SDG-Indikatoren für Kommunen – Ein gemeinsames Vorhaben der kommunalen Spitzenverbände, des BBSR, des Difu, der SKEW und der Bertelsmann Stiftung 94

Anhang 102

Übersicht über die Autoren 102

Übersicht über die Studien zum Thema Digitalisierung im Rahmen des Reinhard Mohn Preises 2017 „Smart Country – Vernetzt. Intelligent. Digital.“ 104

Übersicht über das Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ 106

A. Studie

1. Kommune 2030 – nachhaltig, digital, smart

Oliver Haubner

Auch im Jahr 2017, dreißig Jahre nach dem Erscheinen des Berichtes „Our Common Future“ der Brundtland-Kommission hat die darin enthaltene Definition von „Nachhaltigkeit“ weder an Aktualität noch an Autorität eingebüßt. Demnach ist eine nachhaltige Entwicklung „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Damit ist klar: Nachhaltigkeit betrifft – wie Bundeskanzlerin Angela Merkel es anlässlich einer Rede auf der Jahrestagung des Rates für Nachhaltige Entwicklung ausgedrückt hat – Gegenwart und Zukunft gleichermaßen. Sie fragt nicht allein nach dem Überleben, sondern sie fragt danach, wie wir heute leben, um das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass auch in Zukunft ein gutes Leben geführt werden kann. In diesem Sinne wird daher oft von „enkelgerechtem Handeln“ gesprochen.

„Nachhaltigkeit“: ein fest verankerter Begriff in Deutschland

Deutschland ist, wenn es um Nachhaltigkeit, deren Strategien, Konzepte und Instrumente geht, verglichen mit anderen Ländern durchaus in einer „komfortablen“ Lage. Nach mehreren Fortschreibungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist Anfang 2017 erstmals eine „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ verabschiedet worden. Auch die Mehrzahl der Bundesländer hat eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt und zum Teil bereits mehrfach weiterentwickelt. Fast alle Strategien nehmen mittlerweile konkret Bezug zu den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen. Und schließlich: Immer mehr Kommunen haben das Thema verstärkt auf der Tagesordnung, indem sie sich beispielsweise auf erfolgreiche Agenda-21-Prozesse zurück besinnen, Stadtentwicklungskonzepte umsetzen, Nachhaltigkeitsberichte erstellen, trotz schwieriger Haushaltslage Stellen für Nachhaltigkeitsmanager schaffen oder zukunftsweisende Mobilitätskonzepte erarbeiten.

Auf die Kommunen kommt es an

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen. Die in diesem Monitorbericht vorgestellten Ergebnisse der repräsentativen Bürgerbefragung und der Befragung der Kommunalpolitiker zeigen – auch wenn sie auf konkrete Defizite und „Leerstellen“ hinweisen – deutlich, welches Potenzial und welche Chancen in der (kommunalen) Beschäftigung mit dem Thema Nachhaltigkeit stecken. „Ein Land ist die Summe seiner Kommunen“, hat der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban-Ki-moon, einmal gesagt. Und in der Tat: In den Städten, Kreisen und Gemeinden wird sich entscheiden, ob nachhaltige Entwicklung ein Erfolg wird – in Deutschland, in Europa und weltweit. Wie Kommunen das Thema Nachhaltigkeit angehen und weiterentwickeln, ist von zentraler Bedeutung. Folgerichtig stellt das High-Level Panel für die 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung fest: „Es sind die

Städte, wo der Kampf um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“ Anders ausgedrückt: Es sind die Kommunen, in denen Fehlentwicklungen und Probleme – aber auch Erfolge – wie durch ein Brennglas sichtbar werden. Die Umsetzung der im September 2015 verabschiedeten 17 SDG mit ihren 169 Unterzielen muss und wird deshalb vorrangig auf kommunaler Ebene geschehen.

Musterresolution zur Umsetzung der 2030-Agenda

Mehr als 60 Kommunen in Deutschland haben mittlerweile die Musterresolution des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas mit dem Titel „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet. Darunter sind Städte wie Dormagen, Heidelberg, Dresden, Düsseldorf, Speyer, der Rhein-Sieg-Kreis oder die Region Hannover. Sie alle haben sich verpflichtet, die Globalen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen durch ihre kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben zu füllen.

Praxisbeispiel

Bessere Bürgerbeteiligung und schnellere Beseitigung von Infrastrukturmängeln durch die App „Maerker Brandenburg“

In Brandenburg können Bürgerinnen und Bürger über eine App direkt mit der Verwaltung vieler Kommunen in Kontakt treten und Infrastrukturmängel melden. Die Kommunen haben sich verpflichtet, innerhalb von drei Tagen auf einen neuen Eintrag zu reagieren. Jeder kann öffentlich nachverfolgen, wie und wann ein Problem gelöst wurde.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/bessere-burgerbeteiligung-und-schnellere-beseitigung-von-infrastrukturmangeln-durch-die-app-maerker-brandenburg-

Spätestens damit ist klar, dass die SDGs und die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung auch für deutsche Kommunen richtungsweisend sind. Nicht nur Ziel Nr. 11, das sich ausdrücklich an die Städte richtet, sondern auch die restlichen 16 Ziele. Alle SDGs in ihrer Gesamtheit inklusive der Verantwortung der Kommunen für die „Eine Welt“. Ähnlich haben es auch die rund dreißig im Oberbürgermeisterdialog „Nachhaltige Stadt“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung organisierten Verwaltungschefs in einem Beschluss vom Frühjahr 2017 bekräftigt.

Digitalisierung

Auf der einen Seite gibt es also die nachhaltige Kommune, die – stark verkürzt gesagt – vorausschauend die Lebensqualität ihrer Bewohner in den Mittelpunkt rückt, wie z. B. die „Global Nachhaltigen Kommunen“, Essen als die „Grüne Hauptstadt 2017“, die „NRW-Klimakommune Saerbeck“ beispielsweise oder der „Null-Emissions-Landkreis“ Cochem-Zell. Auf der anderen Seite gibt es die „Zukunftsstadt“, die „Morgenstadt“, die „Digitale Stadt“ und „Digitale Dörfer“ – die „Smart City“ auf dem neuesten Stand der Technik, konsequent vernetzt und digital.

Reformziele und -paradigmen gibt es also in Hülle und Fülle. Wie aber hängen sie zusammen, wie können sie sich ergänzen?

Die Digitalisierung ist einer der großen Trends, die die Zukunft unseres Landes maßgeblich beeinflussen werden. Dahinter stehen nicht nur ein immenses technisches Innovationspotenzial, sondern auch gesellschaftliche Entwicklungschancen. Weniger soziale Ungleichheit beispielsweise durch neue Bildungsformen und Beschäftigungsmöglichkeiten, wirtschaftliche Wachstumsimpulse, verbesserte Zugänge zu Gesundheits- und Pflegedienstleistungen oder mehr Bürgerbeteiligung durch digitale Kommunikationsformen. Und die Recherchen für den Reinhard Mohn Preis 2017 „Smart

Country – Vernetzt. Intelligent. Digital.“ haben gezeigt, dass die Verwirklichung dieser Chancen nur gelingt, wenn der digitale Wandel – auch in Kommunen – offensiv gestaltet und in seinen positiven Facetten nutzbar gemacht wird.

Auch die Kommunen können sich der Digitalisierung nicht entziehen. Im Gegenteil: Sie sollten die Chancen nutzen, die in der Digitalisierung stecken – auch oder vielleicht gerade, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. E-Government-Lösungen beispielsweise haben unter Beweis gestellt, dass Verwaltungsabläufe dank digitaler Unterstützung effizienter werden. Die Vorteile für Kommunen liegen auf der Hand: Eine effektive Verwaltung stärkt den Wirtschaftsstandort, die Bürger können umfassender an politischen Willensbildungsprozessen beteiligt werden und die öffentliche Daseinsvorsorge kann profitieren. In intelligenten Strom- und Wassernetzen beispielsweise werden Verbrauch und Angebot optimal aufeinander abgestimmt. Wenn öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Carsharingangebote und die Nutzung privater Verkehrsmittel mittels digitaler Hilfsmittel bestmöglich verzahnt sind, leistet dies einen wertvollen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme. Und damit letztendlich zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Der bereits zitierte OB-Dialog „Nachhaltige Stadt“ betont deshalb: „Die Digitalisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Wir erkennen die großen Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung in unseren Kommunen, die Chancen für gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationen. Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Stärkung regionaler Wertschöpfung im Bereich nachhaltiger Entwicklung. Wir erarbeiten kommunale Strategien für Digitalisierung und fördern Ansätze offener und öffentlicher Datenplattformen.“

Praxisbeispiel

Deutschland, Schweiz, Österreich – Mängelmelder.de

Eine App für alle Kommunen: Mit der Mängelmelder-App können Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland, der Schweiz und Österreich Missstände melden. Die App erkennt den Standort. Die jeweilige Stadtverwaltung erhält diese Bürgerhinweise standardisiert und kategorisiert. So können sie intern bearbeitet und der Stand ihrer Bearbeitung öffentlich gemeldet werden.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/international/deutschland-schweiz-osterreich-mangelmelder-de

Digitale Innovationen können in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern der nachhaltigen Kommune unterstützend wirken. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Zugang zu angemessener medizinischer und pflegerischer Versorgung ist für Kommunen flächendeckend immer schwerer aufrechtzuerhalten. Diese Entwicklung gewinnt besondere Bedeutung im Hinblick auf unsere stark alternde Gesellschaft. Der Einsatz von digitaler Technik, Robotik etc. ermöglicht das längere autonome Verbleiben in den eigenen vier Wänden sowie niedrigschwellige Zugänge zu Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Smart City

Die beschriebenen vernetzten und intelligenten Infrastrukturen sowie das aktive Einbeziehen der Bevölkerung werden immer wieder als Merkmale einer „Smart City“ genannt. Ziele, die auch Grundbestandteile vieler kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien sind. „Smart“ ist eine Kommune, in der systematisch Informations- und Kommunikationstechnologien sowie ressourcenschonende Technologien eingesetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft dauerhaft zu erhöhen. Anders ausgedrückt: „Smart“ ist eine Stadt, die technologische Möglichkeiten nutzt, um nachhaltige Entwicklung im umfassenden Sinn (ökonomisch, ökologisch und sozial) zu stärken. Es geht also – egal ob Großstadt oder ländlicher Raum – darum, die Zukunftsfähigkeit der Kommune zu verbessern und damit letztlich eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Allein vernetzte Technik von sich aus führt nicht zu sozialeren oder gar ökologischeren Abläufen. Stattdessen muss die Verbindung von Technologie und Nachhaltigkeit von Anfang an mitgedacht werden. Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung in der Praxis gibt es bereits.

Beispiel Stockholm

Die „Vision 2040 – ein Stockholm für Jedermann“ will eine sozial, klimatisch, finanziell und demokratisch nachhaltige Stadt entwickeln. Die „Smart City“ wird so zum Mittel, städtische Nachhaltigkeitsziele, wie z. B. Energieeffizienz, zu erreichen: Das Management von Abfall, Wärme, Strom und Kommunikation sowie der Transport von Menschen und Gütern lassen sich effizienter mit neuen Technologien umsetzen. Stockholm will bis 2040 frei von fossilen Brennstoffen sein. 2010 wurde die Stadt als „Umwelthauptstadt Europas“ ausgezeichnet – bis 2030 will man „Umwelthauptstadt der Welt“ sein. Bei allem Bestreben gilt: Die Digitalisierung wird dabei lediglich als Mittel zum Zweck angesehen, niemals als Ziel an sich.

Beispiel Mobilität

Innovative Mobilitätskonzepte – einer der „Markenkerne“ kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien – sind gute Beispiele, um den Zusammenhang zwischen „Smart City“ und nachhaltiger Kommune zu verdeutlichen. In vielen Städten erprobte neue Formen der Mobilität meinen nicht nur, vermehrt Menschen vom Auto in den Nahverkehr oder aufs Fahrrad zu bringen, sondern vor allem einen klugen Mix der bestehenden Angebote zu entwickeln. Die Zukunft wird darin bestehen, mit einer App das komplette Mobilitätspaket für die Strecke von A nach B buchen zu können. Und damit ist die Zukunft ebenso smart wie nachhaltig.

Blick über den Tellerrand: Songdo City in Korea

Zugegeben: Die „Reißbrettstadt“ Songdo City ist sicherlich nicht eins zu eins übertragbar auf unsere Verhältnisse. Aber gleichwohl lohnt sich ein Blick auf die „Digital Native City“ circa 40 Kilometer südwestlich von Südkoreas Hauptstadt Seoul. Songdo ist eine durch und durch smarte Planstadt, die von Anfang an mit einem multidisziplinären Team aus Architekten sowie IT- und Energiespezialisten entwickelt wurde. Öffentliche Mülleimer melden sich beispielsweise, wenn sie geleert werden müssen. Haushaltsabfälle werden über ein unterirdisches Abfallsystem in ein Kraftwerk geleitet und dort in Biogas umgewandelt. Alle Bürger besitzen eine „Smartcard“, die eine Vielzahl an Ausweisen, Tickets, Versicherungskarten – am Ende sogar den Hausschlüssel – ersetzt. Eine vernetzte Stadt voller digitaler Features.

Die Konzepte ergänzen sich

Nachhaltigkeit, Digitalisierung und die „Smart City“ sind nicht per se Gegensatzpaare oder schließen sich gar aus. Vielmehr haben sie inhaltliche Schnittstellen und ergänzen sich. Alles zusammen zu denken, schafft einen Mehrwert für Kommunen – dann, wenn die Chancen der Digitalisierung ausgeschöpft werden. Die Konzepte und Instrumente sind beschrieben. Jetzt gilt es, in die Umsetzung zu gehen.

2. Nachhaltige Kommunen durch Digitalisierung?! – Ein Verfahren zur Einschätzung der Auswirkungen kommunaler Digitalisierungsprojekte auf eine nachhaltige Entwicklung

Doris Knoblauch, Susanne Langsdorf, Linda Mederake und Stephanie Wunder

Einführung

Das Auto online anmelden oder dank Carsharing und verbessertem ÖPNV gleich ersetzen, von unterwegs den Inhalt des heimischen Kühlschranks überprüfen und Fehlendes gleich online bestellen, online das alte Fahrrad verkaufen oder die Wohnung über eine Plattform während der eigenen Ferien vermieten: Digitalisierung ist Teil unseres Alltags geworden und bietet unzählige Möglichkeiten, diesen auch zu erleichtern. Die Digitalisierung und Vernetzung aller Lebensbereiche schreitet immer weiter voran, ein Megatrend, der die Gesellschaft fortlaufend und grundlegend verändern wird. Digitalisierung beeinflusst die Art wie wir kommunizieren, arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Der Austausch über große Distanzen hinweg ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie die Möglichkeit, das Wissen der Welt in der Hosentasche mit sich herumzutragen und quasi jederzeit verfügbar zu haben.

Chancen der Digitalisierung des öffentlichen Bereichs

In Deutschland ist die Digitalisierung insbesondere im privaten Bereich angekommen; Wirtschaft und Industrie werden durch die „Industrie 4.0“ umgestaltet. Der öffentliche Sektor in Deutschland hat Digitalisierungsprozesse eher zögerlich angestoßen, u. a. herrscht Skepsis, ob die Datensicherheit gewährleistet werden kann. Der Blick über den nationalen Tellerrand zeigt aber, dass es auch jenseits bestimmter, als besonders sensibel betrachteter Bereiche (wie elektronischer Wahlen) eine Vielzahl an Möglichkeiten gibt, die Chancen der Digitalisierung von Politik und Verwaltung zu nutzen (Europäische Kommission 2016; Bertelsmann Stiftung 2016): Estland bietet rund 600 E-Government-Dienste an (Beuth 2016), Österreich hat eine preisgekrönte Datenplattform (data.gv.at) umgesetzt, auf dem offene Verwaltungsdaten und Informationen des öffentlichen Sektors abrufbar sind (data.gv.at 2017). Dänemark hat bereits vor 15 Jahren eine Digitalstrategie entwickelt, die regelmäßig weiterentwickelt wurde und Dänemark zu den Vorreitern einer integrierten Digitalisierung macht, die Akteure verschiedener Gesellschaftsbereiche involviert. Mittlerweile werden in Dänemark über 100 Verwaltungsprozesse nur noch online abgewickelt (Danish Ministry of Finance 2016). Dies spart den Bürgern Zeit und der Verwaltung Geld.

Doch auch in Deutschland entdecken immer mehr Vorreiterkommunen das Potenzial, das Digitalisierung in Politik und Verwaltung bietet. Open Government und E-Government bieten neue Partizipationsmöglichkeiten, Behördengänge können ersetzt und Teilhabe kann erhöht werden.

Mehr Bürgernähe und die einfachere Nutzbarkeit von Services bei gleichzeitiger Kostenersparnis sind Ziele der Digitalisierungsstrategien von Kommunen. Oft handelt es sich dabei nicht um rein kommunale Projekte, sondern um Kooperationsprojekte zwischen unterschiedlichen Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Kann Digitalisierung eine nachhaltige Entwicklung fördern?

Jenseits des Serviceaspektes wird mit Digitalisierung die Hoffnung verbunden, Dienstleistungen nachhaltiger anzubieten oder Produktkäufe durch die Dienstleistung als solche zu ersetzen. Insbesondere für die ökologische Nachhaltigkeit erhoffte man sich positive Effekte: So wurden Möglichkeiten der Dematerialisierung (der E-Reader ersetzt zahllose Bücher, Carsharing ersetzt das eigene Auto etc.) oder nachhaltigere Konsumgewohnheiten erwartet (online können nachhaltige Nischenprodukte wie ökologische Kleidung größere Marktanteile gewinnen; Menschen können über Tausch- und Verleihbörsen Produkte erstehen, die sie sonst gekauft und selten genutzt hätten etc.). Der Zukunftsforscher Jeremy Rifkin erwartete (oder erhoffte) – eine digital unterstützte – ökologische Transformation in eine Allmende[1]-basierte Wirtschaft (Rifkin 2014). Heute zeichnet sich jedoch ab, dass diese positiven Effekte oftmals nicht eintreten: Elektronische Güter wie Handys und E-Reader werden oft ausgetauscht, bevor sie einen „ökologischen Scheitelpunkt“ erreicht haben, zudem verleiten Onlinekaufmöglichkeiten und personalisiertes Marketing zu höherem Konsum (Lange und Santarius 2016). Auch in anderen Bereichen sind die Effekte zunehmender Digitalisierung umstritten. Die permanente Erreichbarkeit und Beschleunigung kann negative psychische und soziale Folgen haben, die Datenspeicherung und -auswertung durch Unternehmen und Regierungen beschneiden die Privatsphäre und schaffen den gläsernen Kunden und Bürger; Robotik und Automatisierungen durch das semantische Web (Web 3.0) kosten Arbeitsplätze; um nur einige problematische Auswirkungen zu nennen.

Praxisbeispiel

Ulm – digitale Zukunftsarbeit im Verschwörhaus

Spielerische und eigenmotivierte Digitalisierung: Im Verschwörhaus der Stadt Ulm wird digitale Mündigkeit vermittelt und ein Raum als „Experimentierfeld für die Welt von morgen“ geboten. So gestalten Bürgerinnen und Bürger in Ulm ihre Zukunftsstadt.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/ulm-verschworhaus

Jenseits dieser Herausforderungen stehen zudem illegale Aktivitäten. Schon lange werden Unternehmen und Individuen Opfer von Hackerangriffen, und Social Bots können mittlerweile ganze gesellschaftliche Diskussionen in den sozialen Medien beeinflussen und vergiften.

Demgegenüber stehen die positiven Effekte, die die Digitalisierung bringen kann. Insgesamt kann man also feststellen, dass pauschale Urteile über die Nachhaltigkeit von Digitalisierung nicht gefällt werden können. Ebenso sicher ist jedoch, dass die Digitalisierung bisher immer weiter voranschreitet, und viele Menschen die alltäglichen Vorteile schätzen. Umso wichtiger ist also die durchdachte Gestaltung von Digitalisierungsprozessen oder -projekten. Darüber hinaus ist es auch wichtig, keine verkürzte Sicht auf „Nachhaltigkeit“ zu wählen. Gesellschaftlich ist nicht nur die ökologische Nachhaltigkeit von Bedeutung, ebenso wichtig sind die soziale, ökonomische und politische Nachhaltigkeit.

[1] Im digitalen Bereich ist der englische Begriff „commons“ gebräuchlich.

Kommunen können nachhaltige Digitalisierungsprojekte gestalten – ein Verfahren zur Einschätzung der Auswirkungen kann sie dabei unterstützen

Vor diesem Hintergrund haben Kommunen mit ihren Digitalisierungsprojekten eine besondere Bedeutung und einen entscheidenden Vorteil: Anders als rein technikgetriebene, isolierte Momente der Digitalisierung (wie ein neues Produkt oder eine neue App) haben Kommunen die Aufgabe und das Interesse, „das große Ganze“ im Blick zu halten. Kommunale Akteure haben darüber hinaus eine größere Expertise von lokalen gesellschaftlichen Zusammenhängen und Herausforderungen in ihrer jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde. Sie können Projekte zielgerichtet gestalten und haben quasi per Definition das Gemeinwohl im Blick. Nichtsdestotrotz ist der oder die einzelne Verantwortliche in der Kommunalverwaltung üblicherweise nicht mit allen Nachhaltigkeitsdimensionen vertraut, sondern möchte zunächst einmal sein oder ihr Projekt vorantreiben. Zudem besteht zeitlich und fachlich kaum die Möglichkeit, das lokale Projekt in nationale oder globale Nachhaltigkeitsziele einzuordnen.

An diesem Punkt setzt der vorliegende Bericht bzw. das damit gelieferte Verfahren zur Einschätzung der Auswirkungen kommunaler Digitalisierungsprojekte auf eine nachhaltige Entwicklung an. Wir liefern ein Verfahren, mit dem ein Digitalisierungsprojekt, aber auch jedes andere kommunale Projekt, überprüft werden kann. Aus diesem Grund fehlen spezifische Fragen, die ausschließlich die Digitalisierung betreffen. Es gibt allerdings die Möglichkeit, den Fragebogen dem jeweiligen Projekt anzupassen und etwaige fehlende Fragen zu ergänzen.

Der Bericht sowie das Verfahren haben zwei Zielgruppen: Projektleiter und kommunale Entscheidungsträger. Wir sehen drei Anwendungsmöglichkeiten für das Verfahren:

- Erstens soll das Verfahren Projektleitern die Möglichkeit geben, ihr Projekt in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte zu überprüfen und ggf. anzupassen;
- Zweitens können kommunale Entscheidungsträger, aber auch Projektleiter, das Verfahren nutzen, um zwischen verschiedenen Projektoptionen das voraussichtlich nachhaltigste Projekt zu identifizieren oder bereits bestehende Projekte zu bewerten (bzw. bewerten zu lassen);
- Der dritte Anwendungsfall betrifft nicht die Nutzung des Verfahrens, sondern die Kommunikation von nachhaltigen Projekten: Kommunale Entscheider und Projektleiter können erfolgreiche Beispiele nachhaltiger Projekte kennenlernen, die zur Nachahmung inspirieren.

Bei der Entwicklung des Fragebogens wurde versucht, verschiedene Zielsetzungen zu vereinen. Zum einen soll das Verfahren den Projektverantwortlichen ein fundiertes Werkzeug sein, welches ein solides Fundament für das anvisierte Ziel – eine aussagekräftige Überprüfung des Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung – liefert. Zum anderen wurde versucht, der Arbeitsbelastung vor Ort Rechnung zu tragen. Projektleiter haben neben der täglich anfallenden Arbeit meist wenig Zeit für zusätzliche Aufgaben jenseits der originären Projektentwicklung. Zusammengefasst war das Bemühen: „So knapp wie möglich, so umfassend wie nötig!“

Der Fragebogen deckt ein breit gefasstes Nachhaltigkeitsverständnis ab, welches die Nachhaltigkeit in vier Dimensionen: Ökologie, Ökonomie, Soziales und Governance (Politik und Verwaltung) betrachtet. Damit baut der Fragebogen auf die Indikatorenentwicklung des „Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2016 – Teil 1“ (Riedel et al. 2016) auf (nachfolgend „Monitor“). Für den Monitor hat die Bertelsmann Stiftung eine große Bandbreite an Nachhaltigkeitsberichten auf häufig vorkommende („typische“) Indikatoren, Ziele und Themen untersucht. Berücksichtigt wurden Nachhaltigkeitsberichte von Kommunen, Ländern, der Bundesebene, der Europäischen Union und die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen. Daneben wurden auch übergeordnete Quellen herangezogen, um „Nachhaltigkeit“ möglichst umfassend zu erschließen. Hierzu

wurden die Indikatoren zunächst „isoliert“, da die verschiedenen Nachhaltigkeitsberichte teils sehr unterschiedliche Schwerpunkte und Einteilungen vorsehen. Die gesammelten Indikatoren wurde dann den vier genannten Oberthemen zugeordnet. Dabei wurde im Monitor insbesondere auf quantitativ messbare Indikatoren Wert gelegt.

Der hier vorgelegte Fragebogen wurde zunächst auf Basis des Monitors entwickelt. Darüber hinaus dienten die Kriterien und ein Fragebogen zur Messung von Nachhaltigkeit in Initiativen des Berichtes „Von der Nische in den Mainstream – Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. Kriterien zur Erfassung und Bewertung von Nachhaltigkeits-initiativen und sozialen Innovationen“ unserem Vorhaben als Inspirationsquelle (Wunder et al. 2017). Wunder et al. werten wissenschaftliche Papiere sowie 14 bestehende Bewertungssysteme aus (z. B. Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, lokaler Nachhaltigkeitspreis „ZeitzeicheN“, Gesetzesfolgenabschätzung etc.).

Der vorliegende Fragebogen wurde im Dialog zwischen der Bertelsmann Stiftung und dem Ecologic Institut erstellt. Im Wesentlichen wurde versucht, von den Indikatoren des „Monitor Nachhaltige Kommune 2016“ die für kommunale Projekte wichtigsten Indikatoren auszuwählen. Die Indikatoren wurden dann in eine Frage übersetzt. Die qualitative Bewertung ist aussagekräftiger und ermöglicht eine umfassende Darstellung und Einschätzung des Projektes.

Praxisbeispiel

Hamburg – „Hamburg öffnet die Aktenschränke!“ – Open Data im Transparenzportal Hamburg

Open Data per Gesetz: Im Transparenzportal Hamburg können Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl von Daten und Dokumenten frei nutzen. Das geht auf das Hamburgische Transparenzgesetz zurück, in dem die Verwaltung und zahlreiche öffentliche Unternehmen dazu verpflichtet werden, ein breites Spektrum an Daten und Dokumenten öffentlich online zugänglich zu machen.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/hamburg-hamburg-offnet-die-aktenschranke-open-data-im-transparenzportal-hamburg

Im folgenden Kapitel wird die Herleitung des Verfahrens zur Einschätzung der Auswirkungen kommunaler Digitalisierungsprojekte auf eine nachhaltige Entwicklung im Detail erläutert. Damit ist das folgende Kapitel quasi die „Anleitung“ zum Verfahren für die Anwender. In anschließenden Kapitel werden zwei Beispiele vorgestellt, bei denen einzelne Kommunen ihre eigenen Projekte mithilfe des hier entwickelten Verfahrens bewertet haben. Die Stadt Heidelberg und der Landkreis Cochem-Zell sind kommunale Digitalisierungspioniere. Auch für unser Verfahren haben sie ihre Pionierrolle eingenommen und ein lokales Projekt für uns bewertet. Dafür gebührt ihnen unser Dank! Abschließend folgt eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse. Das letzte Kapitel enthält den nach den Erfahrungen der ersten Anwendung überarbeiteten finalen Fragebogen.

Vorgehensweise und Inhalte des Leitfadens zur Bewertung der Nachhaltigkeit

Das Verfahren zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Projekten in Kommunen besteht aus drei Schritten:

- Schritt 1: Erarbeitung eines Projektsteckbriefes
- Schritt 2: Beantwortung der Leitfragen in einer Bewertungsmatrix
- Schritt 3: Identifikation von förderlichen/hemmenden Rahmenbedingungen

Schritt 1: Erarbeitung eines Projektsteckbriefes

Wenn sich eine Kommune nach dem hier vorgestellten Verfahren im Selbstcheck bewerten möchte, sollte zunächst ein Projektsteckbrief erarbeitet werden. Dieser enthält wertungsfrei eine Kurzfassung der wesentlichen Charakteristiken des Projektes und der durchführenden Kommune. Gegenstand ist dabei das einzelne Projekt, d. h. für mehrere Projekte in einer Kommune müssten die Schritte eins bis drei entsprechend mehrfach ausgefüllt werden. Die jeweils spezifischen Rahmenbedingungen erlauben außerdem ein gewisses Maß an Nachvollziehbarkeit und bereiten eine sinnvolle Einschätzung für den nächsten Schritt, die Beantwortung der Leitfragen in der Bewertungsmatrix, vor.

Schritt 2: Beantwortung der Leitfragen in einer Bewertungsmatrix

In einem zweiten Schritt werden die Leitfragen des Fragebogens beantwortet. Dazu ist es zunächst wichtig, sich ein Alternativszenario zu vergegenwärtigen, d. h. sich vorzustellen, wie sich die Kommune **ohne** das zu bewertende Projekt entwickelt hätte. Nur so kann bewertet werden, welchen Beitrag das Projekt zur nachhaltigen Entwicklung leistet. Wenn beispielsweise durch ein bestimmtes Projekt Carsharing gefördert wird, ist zunächst die Frage, wie sich die Mobilität ohne das Projekt entwickelt hätte. Mit anderen Worten: Ist anzunehmen, dass die betreffenden Personen den ÖPNV oder ihr Fahrrad genutzt hätten oder zu Fuß gegangen wären? Oder hätten sie ihren eigenen Pkw benutzt? Je nachdem, mit welchem Alternativszenario verglichen wird, kann ein Projektergebnis sehr unterschiedlich bewertet werden. Im Beispiel Carsharing könnte das Alternativszenario entweder sein, dass die Personen sich ohne das Projekt wesentlich klima- und umweltfreundlicher bewegt hätten, was zu einer negativen Bewertung bei der entsprechenden Leitfrage führen müsste. Hätten sich die Personen ohne das Projekt jedoch mit ihrem eigenen Pkw bewegt und würden stattdessen nun Carsharing nutzen, wäre der Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung positiv(er).

Hat man sich das Alternativszenario vergegenwärtigt, geht es an das eigentliche Ausfüllen des Fragebogens. Dieser ist so konzipiert, dass er sowohl von einem Vertreter des Projektes bzw. der Kommune (zum Zwecke der Selbstevaluation), als auch von externen Experten ausgefüllt werden kann. Um zu einer möglichst korrekten Einschätzung zu kommen, wird empfohlen, mehrere Personen, d. h. mehrere Wissensträger mit jeweils unterschiedlichem Wissen in die Beantwortung der Fragen mit einzubeziehen. Zudem können Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien und aus der Literatur in die Beantwortung der Fragen mit einbezogen werden.

Die Bewertungsmatrix – das Herzstück des Verfahrens – enthält Leitfragen aus vier Kategorien: Ökologie, Ökonomie, Soziales und Governance.

Im Bereich **Ökologie** gibt es neun Bewertungskriterien, die auf die klassischen Umweltschutzgüter (Artenvielfalt, Boden, Klima, Wasser und Luft) aufbauen. Hinzu kommen Fragen nach der Mobilität, Ressourceneffizienz sowie Abfall bzw. Abfallvermeidung. Einige dieser Kategorien können auch als Querschnittsthemen betrachtet werden, da sie alle Umweltbereiche betreffen können. Dies gilt es, sich beim Ausfüllen des Fragebogens bewusst zu machen. Außerdem sind folgende Punkte wichtig zu bedenken:

- Wie effizient werden Ressourcen eingesetzt?
- Wie hoch ist der absolute Einsatz der Ressourcen? Dies sollte auch in Relation zum effizienten Einsatz von Ressourcen betrachtet werden.
- Kommt es zu Reboundeffekten bzw. gibt es widersprüchliche Auswirkungen?

- Hat das Projekt Auswirkungen außerhalb der Stadt/des Kreises/der Gemeinde (ggf. auch außerhalb von Deutschland), die jedoch bei der Bewertung des Beitrages zur nachhaltigen Entwicklung mitberücksichtigt werden sollten?
- Leistet das Projekt einen Beitrag zur Resilienz oder zum Erhalt von Ökosystemen[2]? Wenn ja, welchen?

Im Bereich **Ökonomie** sind fünf Bewertungskriterien auszufüllen. Zum einen geht es um die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und von Ausbildungsplätzen. Zum anderen geht es aber auch um eine Bewertung des Beitrages zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dazu, die Wirtschaft sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Und schließlich gilt es, den Beitrag des Projektes zur Förderung von Innovationen zu bewerten. Auch im Bereich Ökonomie sollten sowohl direkte als auch indirekte Wirkungen des zu bewertenden Projektes bedacht werden.

Praxisbeispiel

Landkreis Friesland – Verbesserte Bürgerbeteiligung durch die Onlineplattform LiquidFriesland

Der Landkreis Friesland möchte seinen Bürgerinnen und Bürgern einen zusätzlichen Kanal für Bürgerbeteiligung anbieten, der die Chancen des Internets nutzt und auch für diejenigen attraktiv sein soll, die sich beteiligen wollen, aber aus verschiedenen Gründen die bisherigen Kanäle nicht genutzt haben. Auf der Onlineplattform LiquidFriesland können sowohl Initiativen von Bürgern als auch Initiativen der Verwaltung diskutiert werden. Die dort erfolgten Abstimmungen werden im Kreistag als Anregungen behandelt.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/landkreis-friesland-verbesserte-burgerbeteiligung-durch-die-onlineplattform-liquidfriesland

Für die Kategorie **Soziales** sind sechs Kriterien zu bewerten. Hier geht es zum einen um den Beitrag des Projektes zur Reduzierung des Armutsrisikos von privaten Haushalten, aber auch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Der Bereich „Gesundheit“ wird abgedeckt durch die Frage nach dem Gesundheits- und Pflegeniveau; es geht aber auch um die öffentliche Sicherheit, die Förderung von Bildung sowie von kulturellen Angeboten und sozialem Zusammenhalt.

Im Bereich **Governance** sind ebenfalls sechs Kriterien zu bewerten. Hier geht es um Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit (im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion), den kommunalen Haushalt, Investitionen in der Kommune, aber auch um die Stärkung von Beteiligungsformaten, nachhaltige Beschaffung sowie Eine-Welt-Engagement.

Es gibt jeweils sieben (qualitative) Möglichkeiten zur Beantwortung einer Frage: „deutlich positiv“, „leicht positiv“, „leicht negativ“ und „deutlich negativ“ sind die Antwortmöglichkeiten, wenn man bei der Beantwortung der Fragen zu dem Schluss kommt, dass die – direkten oder indirekten – Auswirkungen des Projektes die entsprechende Wirkung haben. Die Antwortmöglichkeit „neutral“ sollte gewählt werden, wenn die besagten Auswirkungen weder positiv noch negativ sind. „Nicht eindeutig“ sollte gewählt werden, wenn die Aussage mit deutlichen Unsicherheiten behaftet ist. Diese Kategorie soll nur genutzt werden, wenn deutlich widersprüchliche Aussagen vorliegen oder Reboundeffekte zu erwarten sind. Diese gilt es in der Spalte „Erläuterungen“ auszuführen. Wenn ein Kriterium für ein Projekt nicht relevant ist und weder direkte noch indirekte Wirkungen zu erwarten sind, sollte die

[2] Ökosysteme haben verschiedene Funktionen: bereitstellende Dienstleistungen (z. B. Nahrung, Wasser, Energie), regulierende Dienstleistungen (z. B. Bestäubung, Schädlingskontrolle, Klima, Schutz vor Erosion und Extremwetterereignissen) sowie unterstützende Dienstleistungen (z. B. Bodenbildung, Nährstoffkreislauf).

Antwortmöglichkeit „nicht relevant“ gewählt werden. Grundsätzlich darf nur eine Einstufung vorgenommen werden. Zudem gilt, dass in der Spalte „Erläuterungen“ stichwortartig angeführt werden sollte, wie man zur Bewertung gelangt ist (siehe dazu die nachfolgenden praktischen Beispiele). Dies erlaubt ein gewisses Maß an Nachvollziehbarkeit und Transparenz – aber auch an Glaubwürdigkeit.

Schritt 3: Identifikation von förderlichen/hemmenden Rahmenbedingungen

In einem dritten Schritt wird abschließend gefragt, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um die Aktivitäten bzw. den Erfolg des Projektes in der Zukunft zu verstetigen bzw. auszubauen. Außerdem soll auf die Risiken für das Projekt eingegangen werden. Dies ist insbesondere wichtig, um einschätzen zu können, ob und, wenn ja, wie sich der Projektansatz in anderen Kommunen anwenden ließe. Darüber hinaus sind diese Einschätzungen auch für weitere Nutzer des Verfahrens hilfreich, etwa politische Entscheidungsträger oder auch Förderinstitutionen und andere Städte, Kreise und Gemeinden, die gute Ideen bei sich aufgreifen möchten.

Der Fragebogen sollte zudem komplettiert werden durch eine kurze Reflexion aller vier Kategorien, d. h. durch eine **Zusammenschau** und ein **Fazit**, in dem eine kurze Gesamtbetrachtung der verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekte festgehalten wird. Dies dient der Transparenz und besseren Nachvollziehbarkeit.

Praktische Beispiele

Das entwickelte Verfahren wurde von Projektleitern zweier Projekte, der „Bahnstadt Heidelberg“ und dem „Bürgerportal Cochem-Zell“ angewendet und getestet. Die beiden Projekte dienten als „Pilotprojekte“ für das Verfahren, anhand derer der Fragebogen nochmals überarbeitet wurde. Insbesondere lagen den beiden Projekten noch keine Erläuterungen der einzelnen Kriterien (siehe finaler Fragebogen am Ende dieses Beitrages) vor. Dennoch konnten beide Projekte eine aussagekräftige Einschätzung vornehmen.

Stadt Heidelberg: Projekt „Bahnstadt Heidelberg“

1) Projektsteckbrief

Name des Projektes	Entwicklung der Bahnstadt Heidelberg
Kurzbeschreibung des Projektes (einschließlich der Ziele, der Visionen und des geplanten Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung)	• Größte Passivhaussiedlung weltweit (klimaneutral) • Eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Deutschlands mit internationalem Modellcharakter (116 Hektar) • Wärme aus 100 Prozent erneuerbaren Energien (durch neues Holzheizkraftwerk) • Testfeld für Dienstleistungen der Stadtwerke Heidelberg rund um Smart Metering, Energieeffizienz und dezentrale regenerative Versorgung • Weltweites Vorbild für nachhaltiges Bauen • Standardsetzung in Sachen Umwelt- und Klimaschutz • Enge Verzahnung von Wissenschaft, Gewerbe, Wohnen und Kultur in einem Quartier: „Leben, Arbeiten, Forschen, Entwickeln“

	• Vorbildfunktion für andere Kommunen, um städtebauliche Missstände zu überwinden und Brachen zu revitalisieren • Urbaner Stadtteil mit eigener Identität, hoher Nutzungsmischung und zukunftsweisenden Bauformen, die sozialen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden, in optimaler zentraler Lage in Heidelberg • Anspruch an Infrastruktur, sowohl lokale, gesamtstädtische als auch überörtliche Aufgaben zu erfüllen • Zukunftsweisender Stadtteil durch Nutzung digitaler Technologien (z. B. flächendeckender Ausbau Smart Meter, Powerline-Communication, Glasfaserausbau im ganzen Quartier, bedarfsgerechtes Beleuchtungskonzept)
Kommune (Stadt/Kreis/Gemeinde)	Stadt Heidelberg
Projektlaufzeit (ggf. Vorläuferprojekte nennen)	2008 – 2022
Projektpartner bzw. -akteure	• Träger der Entwicklungsmaßnahme: Stadt Heidelberg • Treuhänderischer Entwicklungsträger: Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH (DSK) • Erschließungsträger: Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG (EGH) • Versorgungsinfrastruktur: Stadtwerke Heidelberg GmbH • Stadtplanungsbüro: Trojan & Trojan • Investoren: u. a. Sparkasse Heidelberg, Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH), SOKA Bau
Organisations-/Rechtsform (z. B. Personengesellschaft; eingetragener Verein oder „ohne formale Organisation“ (z. B. Netzwerk))	• Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG • Personengesellschaft als zentrales Instrument zur Steuerung und zur Planung der Bahnstadt
Kapital/Ressourcen (z. B. finanzielles Kapital (Eigenmittel der Kommune, Stiftungsgelder, etc.); soziales Kapital (Kooperationspartner etc.); symbolisches Kapital (Auszeichnungen etc.))	• Gesamte Investitionserwartung: ca. 2 Milliarden Euro • Investition in öffentliche Infrastruktur (ca. 300 Millionen Euro)
Wesentliche Referenzdokumente (z. B. Internetpräsentation, Leitbild etc.)	http://heidelberg-bahnstadt.de/ http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Leben/Heidelberg_Bahnstadt.html https://www.youtube.com/results?search_query=bahnstadt+heidelberg

2) Fragebogen Nachhaltigkeit

[Bitte ankreuzen und bei Bedarf durch Erläuterungen ergänzen.]

Trägt das Projekt direkt oder indirekt dazu bei, …	deutlich positiv	leicht positiv	neutral	leicht negativ	deutlich negativ	nicht eindeutig	nicht relevant	Erläuterung
Ökologie								
… den Ausstoß an Klimagasen (z. B. CO_2 oder Methan) und den Energieverbrauch zu reduzieren?	X							• Passivhausstandard (80 % weniger Heizenergie benötigt) • Energiekonzept mit Zielsetzung eines wirksamen Klimaschutzes • Wärmeversorgung auf Grundlage 100 % erneuerbarer Energien, nachhaltig über das Holzheizkraftwerk • Flächendeckende Installation von Smart Metern • Modellstadtteil auch für andere Kommunen • Öffentliche Beleuchtung durch LED mit bedarfsgerechter Steuerung (vorauseilendes Licht auf Fahrradwegen)
… nachhaltige Mobilität zu fördern (z. B. den Fuß-, Rad- oder öffentlichen Verkehr zu stärken)?	X							• Direkte Anbindung an Straßenbahn • Fahrradfreundliche Verkehrsplanung • Direkte Nähe zum Hauptbahnhof • Einkaufsmöglichkeit, mehrere Kindergärten und anderes vorhanden, Vermeidung von Wegen
… den Ressourceneinsatz zu reduzieren (z. B. Metalle oder Baustoffe)?			X					
… Abfall zu vermeiden und/oder die Kreislaufwirtschaft zu fördern?			X					

… die Wasser- oder Luftqualität zu verbessern?		X						• Hervorragende Verkehrsanbindung des Quartiers: gehminütige Entfernung zum Hauptbahnhof, Altstadtanbindung in 10 Minuten per Fahrrad oder Straßenbahn • Schaffung von Grün- und Wasserflächen auf urbaner Fläche • Begrünung der Dachflächen
… Flächen effizienter zu nutzen?		X						• Kompakte und damit energiesparende städtebauliche Anordnung der Baukörper bei geringer Verschattung und damit guter Nutzung der (passiv-)solaren Einstrahlung
… Tiere oder Pflanzen zu schützen und zur Artenvielfalt beizutragen?			X			X		• Verzicht auf die Nutzung ökologisch wertvoller Außenbereichsflächen (bestimmte Bereiche werden nicht bebaut, um Grünflächen zu erhalten) • Ausgleichsmaßnahmen • Artgerechte Umsiedelung von Tieren
… auf andere Art die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern?								• Öffentlichkeitsarbeit für ökologisch nachhaltigen Lebenswandel, z. B. Bahnstadtpfad
Ökonomie								
… existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen?	X							• 7.000 Arbeitsplätze, vor allem in Forschung und wissenschaftsbasierten Unternehmen
… Ausbildungsplätze zu schaffen?	X							• Siehe oben
… die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern?	X							• Campus-Technologiepark • Fläche für Wissenschaft und Hightechunternehmen • Prognostizierter Zuwachs von rund 6.200 Beschäftigten im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen und Forschung

… die Wirtschaft sozial- und umweltverträglich zu gestalten?	X							• Schaffung eines urbanen, integrierten Wohn- und Wissensquartiers in höchster Qualität: enge Verzahnung von Wohnen, Forschung/Wissenschaft, Gewerbe sowie Freizeit und Arbeiten (in Anlehnung an die Tradition europäischer Altstädte in der Bahnstadt)
… Innovationen zu fördern?	X							• Wissenschaftsstandort • Forschungseinrichtungen und wissenschaftsbasierte Unternehmen
… auf andere Art die ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]
Soziales								
… das Armutsrisiko von privaten Haushalten zu reduzieren?		X						• Wohnraumförderung (eigengenutztes Wohneigentum und Mieter (bis mittleres Einkommen)) für ca. 20 % der gesamten Wohnbaufläche der Bahnstadt
... bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum zu sichern?		X						• Wohnraumförderung (siehe oben)
… das Gesundheits- und/oder Pflegeniveau zu erhöhen?			X					• Ärzteinfrastruktur vorhanden
… die öffentliche Sicherheit zu erhöhen?		X						• Bedarfsgerechtes Beleuchtungskonzept
… die Bildung zu fördern?		X						• mehrere städtische und private Kindergärten und -tagesstätten • Grundschule mit inklusivem Schulkonzept • Initiatives Bildungs-, Betreuungs- und Bürgerhaus „B³“

… kulturelle Angebote zu fördern und/oder den sozialen Zusammenhalt zu stärken?	X							• Lebendige Nachbarschaftsstrukturen: Stammtisch des Stadtteilvereins und Quartiersfeste wie das Bahnstadtfest oder das Nachbarschaftsfest • Bürgerzentren als Mehrgenerationentreffpunkt • Fitnessanlagen, Gemeinschaftsräume • Bahnstadttreff (Kommunikations- und Begegnungsort) • Halle 02 als Kulturzentrum
… auf andere Art die soziale Nachhaltigkeit zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]
Governance								
… Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit im öffentlichen Leben zu fördern?			X					• Grundschule mit inklusiven Schulkonzept • Barrierefreier Zugang zu allen Gebäuden
… eine gesunde Struktur des kommunalen Haushalts zu sichern?				X				
… ausreichende Investitionen der Kommune zu sichern?	X							
… demokratische oder dialogische Beteiligungsformen zu stärken?	X							• Lebendige Nachbarschaftsstrukturen: Stammtisch des Stadtteilvereins und Quartiersfeste wie das Bahnstadtfest oder das Nachbarschaftsfest • Bürgerzentren als Mehrgenerationentreffpunkt • Fitness-Anlagen, Gemeinschaftsräume • Bahnstadttreff (Kommunikations- und Begegnungsort) • Halle 02 als Kulturzentrum
… nachhaltige Beschaffung zu fördern?							X	
… das Eine-Welt-Engagement zu stärken?							X	

… auf andere Art die Nachhaltigkeit von Politik und Verwaltung zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]

3) Identifikation von förderlichen/hemmenden Rahmenbedingungen

Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um in der Zukunft die Aktivitäten/den Erfolg des Projektes zu verstetigen bzw. auszubauen? (z. B. politische, regulatorische, technische, institutionelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche etc.)	• Geplanter Verzicht auf Autos nicht möglich → gesetzliche Vorschriften bzgl. der Mindestanzahl von Parkplätzen pro Wohneinheiten
Was sind die größten Risiken für den Erfolg des Projektes?	

Zusammenschau und Fazit: [Hier können Sie eine kurze Gesamtbetrachtung der verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekte schreiben.]

Die Bahnstadt in Heidelberg setzt Maßstäbe, wie Neubauprojekte in Kommunen gestaltet werden können. Durch eine konsequente Ausrichtung auf Nachhaltigkeit werden effektiv CO_2-Ausstoß und weitere Treibhausgasemissionen vermieden. Eine gute Lage und eine hervorragende Anbindung an den ÖPNV halten die Wege kurz und sorgen für die Vermeidung von Autofahrten.

Auch die Gebäude des örtlichen Gewerbes wie Supermärkte oder Kinos sind im Passivhausstandard gebaut und tragen damit aktiv zum Schutz der Umwelt bei.

Landkreis Cochem-Zell: Projekt „Bürgerportal“

1) Projektsteckbrief

Name des Projektes	**Bürgerportal Cochem-Zell mit Integration Servicekonto**
Kurzbeschreibung des Projektes (einschließlich der Ziele, der Visionen und des geplanten Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung)	E-Government wird von den Projektpartnern als Mittel angesehen, die Bürgernähe zur Verwaltung zu stärken und die Effektivi-tät sowie die Effizienz des Verwaltungshandelns zu erhöhen. Ziel ist es, ein ganzheitliches digitales Verwaltungsangebot für Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden sowie den Landkreis zu implementieren. Hierdurch sollen unabhängig von den jeweiligen Zuständigkeiten Verwaltungsleistungen behördenübergreifend elektronisch angeboten sowie möglichst medienbruchfrei abgewickelt werden. Damit werden die Prozesse für Bürger, Wirtschaft, aber auch die Verwaltungen selbst vereinfacht, beschleunigt und verbessert.

	Die Grundfunktionalitäten wurden bereits implementiert. Nunmehr sind sukzessive sämtliche externen und internen Verwaltungsprozesse der beteiligten Partner digital im Portal zu integrieren.
Kommune (Stadt/Kreis/Gemeinde)	Landkreis Cochem-Zell gemeinsam mit seinen Verbandsgemeinden Cochem, Kaisersesch, Ulmen und Zell sowie den 89 Ortsgemeinden.
Projektlaufzeit (ggf. Vorläuferprojekte nennen)	1.1.2017 – fortlaufend (Vorläuferprojekt: Konzeptentwicklung im Rahmen des BMI-Projektes „Modellkommune E-Government“ durch Landkreis Cochem-Zell i. V. m. Verbandsgemeinde Kaisersesch im Zeitraum 1.1.2014 – 30.11.2015).
Projektpartner bzw. -akteure	Landkreis Cochem-Zell gemeinsam mit seinen Verbandsgemeinden Cochem, Kaisersesch, Ulmen und Zell und den 89 Ortsgemeinden. Erweiterte Zusammenarbeit mit: • Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz • Landkreistag Rheinland-Pfalz • Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz • Städtetag Rheinland-Pfalz • KommWis, Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH • ekom21 – KGRZ Hessen
Organisations-/Rechtsform (z. B. Personengesellschaft; eingetragener Verein oder „ohne formale Organisation“ (z. B. Netzwerk))	Netzwerk (Kooperation) ohne formale Organisation – (Kooperationsvereinbarung zwischen den beteiligten Kommunen)
Kapital/Ressourcen (z. B. finanzielles Kapital (Eigenmittel der Kommune, Stiftungsgelder etc.); soziales Kapital (Kooperationspartner etc.); symbolisches Kapital (Auszeichnungen etc.))	In erster Linie Personalressourcen der beteiligten Kommunen sowie Lizenzkosten für den Betrieb des Bürgerportals
Wesentliche Referenzdokumente (z. B. Internetpräsentation, Leitbild etc.)	Das Bürgerportal ist zu finden unter der URL www.cochem-zell-online.de .

2) Fragebogen Nachhaltigkeit

[Bitte ankreuzen und bei Bedarf durch Erläuterungen ergänzen.]

Trägt das Projekt direkt oder indirekt dazu bei, …	deutlich positiv	leicht positiv	neutral	leicht negativ	deutlich negativ	nicht eindeutig	nicht relevant	Erläuterung
Ökologie								
… den Ausstoß an Klimagasen (z. B. CO_2 oder Methan) und den Energieverbrauch zu reduzieren?	x							Der Landkreis Cochem-Zell hat sich als Ziel gesetzt, ein „Null-Emissions-Landkreis“ zu werden. Bis zum Jahr 2020 sollen bis zu 50 % der CO_2-Emissionen bezogen auf das Jahr 1990 ausgeglichen und langfristig der vollständige Ausstoß kompensiert werden. Das Bürgerportal leistet hinsichtlich Papierverbrauchs und Fahrstrecken hierzu seinen Beitrag.
… nachhaltige Mobilität zu fördern (z. B. den Fuß-, Rad- oder öffentlichen Verkehr zu stärken)?		x						
… den Ressourceneinsatz zu reduzieren (z. B. Metalle oder Baustoffe)?	x							Papier und Kraftstoffe werden eingespart.
… Abfall zu vermeiden und/oder die Kreislaufwirtschaft zu fördern?		x						Der Papierverbrauch und damit auch der damit verbundene Abfall werden reduziert.
… die Wasser- oder Luftqualität zu verbessern?		x						Reduzierung von CO_2
… Flächen effizienter zu nutzen?		x						Mit digitalen Prozessen geht auch die Einführung der elektronischen Akte einher. Hierdurch werden Archivräume sowie Aktenschränke in den Büros zur anderweitigen Nutzung frei.
… Tiere oder Pflanzen zu schützen und zur Artenvielfalt beizutragen?							x	

… auf andere Art die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]
Ökonomie								
… existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen?			x					Eine wirtschaftliche Leistungserbringung aufgrund von optimal und digital gestalteten Prozessabläufen trägt nachhaltig dazu bei, den Standort von Behörden insbesondere im Wettbewerb mit anderen zu sichern. Durch die Automatisierung von „trivialen“ Prozessschritten verbleibt mehr Potenzial für höherwertige Tätigkeiten. Die Durchführung von einfachen Tätigkeiten wird zum Teil zwar durch den Technikeinsatz obsolet, die frei werdenden personellen Ressourcen werden an anderer Stelle aber beispielsweise zur rechtlichen Würdigung eingegangener Anträge benötigt. Insgesamt ist hier also von einer Verschiebung der Personalressourcen innerhalb der Behörde bzw. einer geänderten Schwerpunktsetzung auszugehen.
… Ausbildungsplätze zu schaffen?			x					Siehe oben
… die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern?		x						Arbeitsabläufe können ergonomischer gestaltet, Leistungen effizienter und effektiver erbracht werden.
… die Wirtschaft sozial- und umweltverträglich zu gestalten?			x					
… Innovationen zu fördern?		x						Die Onlineplattform des Bürgerportals bietet den Einstieg für weitere innovative Projekte.
… auf andere Art die ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]

Soziales								
… das Armutsrisiko von privaten Haushalten zu reduzieren?							x	
... bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum zu sichern?							x	
… das Gesundheits- und/oder Pflegeniveau zu erhöhen?							x	
… die öffentliche Sicherheit zu erhöhen?							x	
… die Bildung zu fördern?							x	
… kulturelle Angebote zu fördern und/oder den sozialen Zusammenhalt zu stärken?			x					
… auf andere Art die soziale Nachhaltigkeit zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]
Governance								
… Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit im öffentlichen Leben zu fördern?		x						Durch ein elektronisches Verwaltungsangebot vereinfacht sich die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen durch mobilitätseingeschränkte Personen.
… eine gesunde Struktur des kommunalen Haushalts zu sichern?		x						Es werden Einsparungen im Papierverbrauch und mittel- bis langfristig bei den Personalressourcen erwartet, welche dem Haushalt zugutekommen.
… ausreichende Investitionen der Kommune zu sichern?							x	
… demokratische oder dialogische Beteiligungsformen zu stärken?							x	
… nachhaltige Beschaffung zu fördern?							x	
… das Eine-Welt-Engagement zu stärken?							x	

… auf andere Art die Nachhaltigkeit von Politik und Verwaltung zu fördern?								[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier ergänzende Kriterien ausführen.]

3. Identifikation von förderlichen/hemmenden Rahmenbedingungen

Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um in der Zukunft die Aktivitäten/den Erfolg des Projektes zu verstetigen bzw. auszubauen? (z. B. politische, regulatorische, technische, institutionelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche etc.)	• Zurverfügungstellung einer leistungsfähigen und flächendeckenden Breitbandinfrastruktur (vorliegend bereits erfolgt). • Rechtliche Rahmenbedingungen bezüglich Schriftform- und Unterschriftserfordernis klären. • Rechtliche Hürden diesbezüglich reduzieren. • Zielorientiertes und innovatives Marketing (entsprechende Kampagnen bereits vorbereitet).
Was sind die größten Risiken für den Erfolg des Projektes?	Erfolg setzt Akzeptanz seitens der Bürger und Unternehmen sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. Andererseits sollte davon ausgegangen werden, dass diese Akzeptanz dann erreicht wird, wenn man den potenziellen Nutzern eine einfache Abwicklung ermöglicht, die sie aus ihrem privaten Handeln gewöhnt sind und auch dort akzeptieren. Motto hier: So einfach wie möglich – so sicher wie nötig!

Was können wir aus den Fällen in Heidelberg und Cochem-Zell lernen?

Die „Bahnstadt Heidelberg“ und das „Bürgerportal Cochem-Zell“ sind zwei Projekte sehr unterschiedlicher Reichweite. Die „Bahnstadt Heidelberg“ kann als nachhaltiges Großprojekt gewertet werden, in dem Digitalisierung **ein** Element ist, um das große Bauprojekt nachhaltig und innovativ zu gestalten. Das „Bürgerportal Cochem-Zell“ ist ein reines Digitalisierungsprojekt. Ein Vergleich der beiden Projekte bietet sich mithin nicht an und auch Verallgemeinerungen über Digitalisierung können aus zwei Projekten nicht gezogen werden. Der Blick auf die einzelnen Bewertungen ermöglicht aber durchaus interessante Rückschlüsse auf die Übertragbarkeit in andere Kommunen.

Große Neubauprojekte sind aufgrund des damit verbundenen Flächenverbrauchs, der Flächenversiegelung sowie der Energie- und Ressourcenverbräuche in Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit kritisch zu sehen, insbesondere in Anbetracht sinkender Bevölkerungszahlen. Heidelberg sah sich allerdings mit großer Wohnraumknappheit konfrontiert, die aufgrund der geographischen Lage und städtebaulichen Vorbedingungen schwer zu lösen war. In einem solchen Fall, in dem Neubau dringend nötig ist, zeigt die „Bahnstadt Heidelberg“ eindrucksvoll, wie ein nachhaltiges Gesamtkonzept, welches alle Dimensionen der Nachhaltigkeit adressiert, gelingen kann. Der Bau einer Passivhaussiedlung steht im Zentrum eines integrierten Gesamtkonzeptes, welches auch ein nachhaltiges Verkehrskonzept beinhaltet und Raum für soziale Kontakte bietet. Das Quartier deckt umfassend verschiedene Lebensbereiche wie Arbeit, Lernen und Wohnen/Leben ab, gleichzeitig sollte die Nähe zum Stadtkern einem „Geisterstadt“- oder „Satellitenstadt“-Charakter vorbeugen. Innovative Digitalisierungselemente, wie Smart Metering oder intelligente Beleuchtungssysteme, wurden punktuell eingesetzt, um die entsprechenden Nachhaltigkeitspotenziale zu heben.

Bei dem „Bürgerportal Cochem-Zell“ handelt es sich um ein Projekt, welches den Alltag der Bürger im Kontakt mit der Verwaltung erleichtern soll. Das Projekt verdeutlicht den Mehrwert solcher Digitalisierungsbestrebungen insbesondere in ländlichen Regionen: Die Wege auf dem Land sind häufig länger und ein Amtstermin meist mit einer Autofahrt und den damit verbundenen Emissionen sowie einem erheblichen zeitlichen Aufwand für die Bürger verbunden. Zugleich können dünner besiedelte Gemeinden mit kleinem Verwaltungsapparat teils nur verkürzte Amtsöffnungszeiten anbieten. Das Auslagern beispielsweise der Terminierung in ein Bürgerportal kann helfen, den Service für die Bürger zu verbessern. Gleichzeitig kann eine Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben auch Arbeitsplätze ersetzen, was weder ökonomisch noch sozial nachhaltig ist. Bei der Umsetzung gilt es, dies zu bedenken und langfristig einzuplanen. Fast alle Kommunen haben mit Personalknappheit zu kämpfen. Digitalisierung sollte so eingesetzt werden, dass sie die Mitarbeiter der Kommunen in ihrer Arbeit unterstützt, nicht sie vollends ersetzt. Es gilt also mit einer Umgestaltung der Aufgaben der Mitarbeiter den Mehrwert für Bürger und Kommune zu steigern.

Überarbeiteter Fragebogen

Das auf theoretischer Basis entwickelte Verfahren wurde dank der Mitwirkung der Stadt Heidelberg und dem Landkreis Cochem-Zell einer Praxisprüfung unterzogen. Mit der „Bahnstadt Heidelberg“ und dem „Bürgerportal Cochem-Zell“ haben in dieser ersten Anwendung zwei sehr unterschiedliche Projekte das Verfahren genutzt. Die gewünschte breite Anwendbarkeit scheint also gegeben. Anhand dieser ersten Ergebnisse haben wir den Fragebogen nochmals weiterentwickelt. Zum einen wurden die einzelnen Kriterien mit Beispielen unterfüttert, damit Anwender die Stoßrichtung der Frage besser einordnen können. Zum anderen wurden aufgrund von Rückmeldungen einzelne Kriterien (wieder) eingeführt bzw. ergänzt, um „Nachhaltigkeit“ umfassender abzubilden.

Eine Vorlage des Fragebogens steht für Anwender unter folgendem Link zum **Download** bereit: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/monitor-nachhaltige-kommune/projektthemen/berichte-monitor-nachhaltige-kommune/.

Nachhaltigkeitsbewertung für Projekte in Kommunen – Fragebogen

1) Projektsteckbrief

Name des Projektes	
Kurzbeschreibung des Projektes	*Einschließlich der Ziele, der Visionen und des geplanten Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung*
Kommune	*Stadt/Kreis/Gemeinde*
Projektlaufzeit	*Ggf. Angabe von Vorläuferprojekten*
Projektpartner bzw. -akteure	
Organisations-/Rechtsform	*Bspw. Personengesellschaft, eingetragener Verein oder „ohne formale Organisation“ (z. B. Netzwerk)*
Kapital/Ressourcen	*Bspw. finanzielles Kapital (Eigenmittel der Kommune, Stiftungsgelder etc.); soziales Kapital (Kooperationspartner etc.); symbolisches Kapital (Auszeichnungen etc.).*

Wesentliche Referenzdokumente	*Bspw. Internetpräsentation, Leitbild etc.*

2) Fragebogen Nachhaltigkeit

[Bitte ankreuzen und durch Erläuterungen ergänzen.]

Trägt das Projekt direkt oder indirekt dazu bei, …	deutlich positiv	leicht positiv	neutral	leicht negativ	deutlich negativ	nicht eindeutig	nicht relevant	Erläuterungen *Unten finden Sie einige Punkte, die Ihnen bei Ihrer Bewertung helfen sollen. Sie sollten kurz in Stichpunkten notieren, wie Sie zu Ihrer Bewertung gekommen sind. Die Erläuterungen bieten eine Hilfestellung und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.*
Ökologie								
… den Ausstoß an Klimagasen und den Energieverbrauch zu reduzieren?								*1) Auswirkung auf Treibhausgasemissionen (z. B. CO_2, Methan, aber auch andere)* *2) Emissionen verschiedener Sektoren* *3) CO_2-Speicherung (z. B. im Boden)*
… nachhaltige Mobilität zu fördern? (z. B. den Fuß-, Rad- oder öffentlichen Verkehr zu stärken)								*1) Bereitstellung von baulicher Infrastruktur und* *2) technischer Infrastruktur* *3) Motivierung zur Nutzung*
… den Einsatz von Rohstoffen zu reduzieren?								*1) erneuerbare Rohstoffe (z. B. Holz, energetische nachwachsende Rohstoffe)* *2) nicht erneuerbare Rohstoffe (z. B. Metalle, Mineralien, bspw. für Technologien), Steine (z. B. für Baustoffe))*
… Abfall zu vermeiden und/oder die Kreislaufwirtschaft zu fördern?								*1) Müllvermeidung* *2) Wiederverwendung* *3) Recycling (Müllkategorien: Hausmüll, Bau- und Abbruchabfälle, Abfälle aus Produktion und Gewerbe, Sondermüll)*
… die Wasserqualität zu verbessern?								*Verschiedene Wasserschadstoffe/wassergefährdende Stoffe (z. B. Säuren, Laugen, Öle, Gifte etc.)*

…die Luftqualität zu verbessern?								*Verschiedene Schadstoffe und deren Quellen (Feinstaub, Kohlenmonoxid, Ozon, Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid):* *1) technische Lösungen,* *2) nicht technische Lösungen (z. B. Anpflanzungen und Frischluftschneisen zur Verbesserung der Luftqualität)*
…die Bodenfunktionen zu verbessern?								*Bodenfruchtbarkeit, Filterfunktion für Schadstoffe, Wasserspeicher, Lebensraum, etc. vs. Erosion, Kontamination, Versiegelung, Verdichtung, Versalzung, Erdrutsche*
… Flächen effizienter zu nutzen?								*1) öffentliche Flächen (baulich, Ausgleichsflächen etc.)* *2) private Flächen (Wohnraum etc.)*
… Tiere oder Pflanzen zu schützen und zur Artenvielfalt beizutragen?								*1) Artenvielfalt* *2) Variantenreichtum innerhalb einer Art (etwa Sortenspektrum bei Nutzpflanzen) und* *3) Vielfalt von Ökosystemen*
… auf andere Art die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern? *[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier in Stichworten weitere ausführen.]*								
Ökonomie								
… existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen?								*Anzahl neuer Arbeitsplätze/Erhalt bestehender Arbeitsplätze*
… Ausbildungsplätze zu schaffen?								*Anzahl Ausbildungsplätze/Ausbildungsbetriebsquote*
… die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern?								*Umsatz und Einnahmen, Diversifizierung der Wirtschaftssektoren, Anzahl Betriebe nach Größenklassen*
… die Wirtschaft sozial- und umweltverträglich zu gestalten?								*Umwelt- und/oder sozialverträgliche Produktionsbedingungen, Herstellung umweltfreundlicher Güter*
… Innovationen zu fördern?								*Forschungsförderung (u. a. für Wissenschaft, Unternehmen), Bereitstellung technischer Infrastruktur (z. B. Breitbandausbau)*

… auf andere Art die ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern? *[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier in Stichworten weitere ausführen.]*								
Soziales								
… das Armutsrisiko von privaten Haushalten zu reduzieren?								*Fokus auf relative Einkommensarmut (da absolute Armut in Deutschland kaum relevant ist)*
... bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum zu sichern?								*1) Wohnungsgröße vs. Haushaltsgröße* *2) Sozialwohnungen* *3) barrierefreie Wohnungen*
… das Gesundheits- und/oder Pflegeniveau zu erhöhen?								*1) Minderung verfrühter Sterbefälle (präventive Maßnahmen im Bereich von Krebs-, Diabetes- und chronischen Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Verbesserung mentaler Gesundheit und Suizidprävention)* *2) Suchtprävention (v. a. Alkohol und Tabak, aber auch andere)* *3) Ernährungssicherheit (Zugang zu nahrhafter und qualitativ hochwertiger Nahrung)*
… die öffentliche Sicherheit zu erhöhen?								*Gewaltkriminalität, Aufklärungsquote, Eigentumsdelikte, Wohnungseinbruchdiebstahl, Links- und Rechtsextremismus*
… die Bildung zu fördern?								*1) Schulische und außerschulische Bildung, frühkindliche Förderung, betriebliche Weiterbildung, universitäre Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung* *2) Bildung für verschiedene Zielgruppen*
… kulturelle Angebote zu fördern und/oder den sozialen Zusammenhalt zu stärken?								*1) Förderung und Angebot von Kulturveranstaltungen* *2) Anzahl Besucher von Kulturveranstaltungen*
… auf andere Art die soziale Nachhaltigkeit zu fördern? *[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier in Stichworten weitere ausführen.]*								

Governance								
… Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit im öffentlichen Leben zu fördern?								*1) Zugang zu Bildung, Wohnraum, Arbeit, Kultur etc.* *2) Diskriminierung vermindern/Inklusion fördern (Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft oder ökonomischen Status)*
… eine gesunde Struktur des kommunalen Haushalts zu sichern?								*1) Liquiditätskredite* *2) Schuldendeckungsquote* *3) Verschuldung*
… ausreichende Investitionen der Kommune zu sichern?								1*) Bruttoinvestitionen* *2) Nettoinvestitionen* *3) Investitionsrückstand*
… demokratische oder dialogische Beteiligungsformen zu stärken?								*1) Durchführung (innovativer) Beteiligungsprozesse* *2) Spielraum für die Aufnahme von Ergebnissen aus Beteiligungen* *3) (ausgewogene) Repräsentation in Entscheidungsprozessen (Geschlecht, Altersgruppen, Herkunft, soziale Schicht, Menschen mit Behinderung etc.)*
… nachhaltige Beschaffung zu fördern?								*1) Bei Verbrauchsmaterial* *2) Bei Investitionsgütern*
… das Eine-Welt-Engagement zu stärken?								*1) Entwicklungszusammenarbeit* *2) Fair gehandelte Produkte*
… auf andere Art die Nachhaltigkeit von Politik und Verwaltung zu fördern? *[Sollte Ihnen ein Aspekt in den obigen Fragen fehlen, können Sie hier in Stichworten weitere ausführen.]*								

3) Identifikation von förderlichen/hemmenden Rahmenbedingungen

Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um in der Zukunft die Aktivitäten/den Erfolg des Projektes zu verstetigen bzw. auszubauen?	*Bspw. politische, regulatorische, technische, institutionelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche etc.*
Was sind die größten Risiken für den Erfolg des Projektes?	

Zusammenschau und Fazit: [Hier können Sie eine kurze Gesamtbetrachtung der verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekte schreiben.]

Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016). *Smart Country – Vernetzt. Intelligent. Digital.* Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/smart-country-vernetzt-intelligent-digital-2/ (Download 22.11.2017).

Beuth, Patrick (2016). „Wo Deutschland bei der Digitalisierung lahmt". *Die Zeit* 25.5.2016. http://www.zeit.de/digital/internet/2016-05/e-government-digitalisierung-deutschland-fortschrittsbericht (Download 14.11.2017).

Danish Ministry of Finance, Local Government Denmark and Danish Regions (2016). *A Stronger and more Secure Digital Denmark. The Digital strategy 2016–2020*. Copenhagen.

data.gv.at: Infos. Zielsetzung data.gv.at. URL: https://www.data.gv.at/infos/zielsetzung-data-gv-at/ (Download 15.11.2017).

Europäische Kommission (2016). *European Digital Progress Report (EDPR)*. Brüssel.

Lange, Steffen, und Tilman Santarius (2016). „Wolf oder Wollmilchsau? Drei Fragen an das transformative Potential der Digitalisierung". Ökologisch Wirtschaften (31) 3. 23–24.

Riedel, Henrik, Oliver Haubner, Nils Zumbansen, Kirsten Witte, Busso Grabow, Jasmin Honold, Uta Bauer, Ulrike Wolf, Detlef Landua und Paul Gallep (2016). *Monitor Nachhaltige Kommune. Bericht 2016 – Teil 1: Ergebnisse der Befragung und der Indikatorenentwicklung.* Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/monitor-nachhaltige-kommune-bericht-2016-teil-1/ (Download 27.11.2017).

Rifkin, Jeremy (2014). *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*. Frankfurt, New York 2014.

Wunder, Stephanie, Katharina Umpfenbach, Lucas Porsch, Beáta Welk Vargová und Stefanie Albrecht (2017). *Von der Nische in den Mainstream – Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. Kriterien zur Erfassung und Bewertung von Nachhaltigkeitsinitiativen und sozialen Innovationen*. Studie für das Umweltbundesamt. Berlin.

B. Befragungen

1. Ergebnisse einer Befragung von Bürgerinnen und Bürgern

Torsten Schneider-Haase

Zusammenfassung

Um Kenntnisse und Bewertungen in der bundesdeutschen Bevölkerung zum Thema „Nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ zu untersuchen, hat Kantar EMNID im Oktober 2017 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine **repräsentative Telefonbefragung** durchgeführt. Die Kernergebnisse:

Die Rolle von Nachhaltigkeit im Alltagsleben

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ hat aktuell Hochkonjunktur – vor allem, was seine Verwendung in der politischen und Unternehmenskommunikation anbelangt. Dies birgt jedoch auch die Gefahr einer Übersättigung und inhaltlichen Verwässerung. Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht die Frage, welches Verständnis von Nachhaltigkeit in der allgemeinen Bevölkerung vorherrscht.

Offenbar hat die mediale Präsenz des Begriffs in der Bevölkerung durchaus Spuren hinterlassen: Mehr als acht von zehn Bundesbürgern geben an, bereits davon gehört oder gelesen zu haben. Nicht selten allerdings bleibt das Begriffsverständnis oberflächlich. Vielen fällt es schwer, die eigene Interpretation des Begriffs näher zu erläutern. Vor allem betrifft dies bildungsfernere Schichten. Auch darüber hinaus erscheint die Bedeutung von **Nachhaltigkeit oft schwer greifbar**: Wenn nach Assoziationen zum Begriff gefragt wird, bleiben die Antworten fragmentiert. Die Hauptmotive kreisen um die Themen Umwelt- und Naturschutz, Ressourcenverbrauch, Zeit oder die beteiligten Akteure.

Auch sind nur vergleichsweise wenige Bundesbürger mit den Nachhaltigkeitsstrategien sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene (Agenda 2030 der Vereinten Nationen) vertraut.

Nachhaltiges Handeln im politischen Kontext beinhaltet aus Sicht der Bevölkerung insbesondere eine **intergenerationale sowie eine themenübergreifende Komponente**. Demgegenüber fallen die Berücksichtigung überregionaler bzw. internationaler Auswirkungen sowie partizipative Elemente auf kommunaler Ebene etwas ab.

Nachhaltigkeit ist für den Einzelnen ein Thema mit hoher Relevanz. Je größer jedoch der soziale Radius, desto weniger gewichtig fällt die Rolle nachhaltigen Verhaltens aus. Im Freundes- und Bekanntenkreis sowie am Arbeitsplatz ist das Thema weniger präsent. Wenn Nachhaltigkeit subjektiv gegenwärtig als weniger wichtig gilt, dann vor allem deshalb, weil angesichts der eigenen Lebensumstände andere Themen schlicht wichtiger sind – beispielsweise die Etablierung im Beruf oder die Gründung einer eigenen Familie.

Nachhaltigkeit ist als handlungsleitendes Konzept auf jeden Fall positiv besetzt. Und: Die Studie zeigt, dass **Nachhaltigkeit im Lebensalltag darüber hinaus auch handlungs*wirksam* wird**: Zwei von drei Bundesbürgern erklären sich grundsätzlich bereit, sich innerhalb ihres persönlichen Umfelds für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen.

Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik

Während das Thema Nachhaltigkeit medial häufig auf der nationalen oder globalen Ebene diskutiert wird, beginnt die Umsetzung nachhaltigen Handelns am Ende vor der eigenen Haustür. **Und es wird klar erwartet, dass die Kommunalpolitik bei Nachhaltigkeitsprojekten aktiv wird** – auch und gerade im Hinblick auf die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Es muss daher zu denken geben, dass die überwiegende **Mehrheit nicht den Eindruck hat, Nachhaltigkeit besitze in der eigenen Stadt oder Gemeinde einen hohen Stellenwert** – übrigens gibt es kein Bundesland in Deutschland, das in dieser Hinsicht bedeutend besser abschneidet.

Dabei zählen nachhaltige Politikfelder auf kommunaler Ebene zu den wichtigsten Aufgabenbereichen überhaupt – beispielhaft seien hier der Klimaschutz oder die Reduzierung der Abfallmengen zu nennen. Daneben sind es soziale Aspekte wie Armut und Wohnungsnot sowie das Dauerthema Arbeitsplätze, die nach Ansicht vieler Bundesbürger dringend anzugehen sind. Was den Umsetzungsgrad kommunalpolitischer Aufgaben anbelangt, liegt in den Augen der Bundesbürger **noch viel Arbeit vor den Städten und Gemeinden:** Kein einziger Bereich gilt mehrheitlich bereits heute als gut umgesetzt. Dies gilt auch und insbesondere für stärker nachhaltigkeitsorientierte Felder wie beispielsweise den Ausbau des ÖPNV, die Abfallvermeidung oder den Klimaschutz.

Praxisbeispiel

Erzgebirgskreis – Sozialnavigator

Auf der Internetplattform Sozialnavigator sind die sozialen Angebote des Erzgebirgskreises verzeichnet. Dies macht es den Bürgerinnen und Bürgern leichter, entsprechende Angebote zu finden – entweder, weil sie diese selbst benötigen oder weil sie sich ehrenamtlich engagieren wollen. Kommunen, Wohlfahrtsverbände und soziale Dienstleister können den Sozialnavigator als Informationssystem und für die Planung der zukünftigen sozialen Infrastruktur nutzen.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/erzgebirgskreis-sozialnavigator

Die Bundesbürger stehen dem **Einsatz neuer, digitaler Technologien** durchaus offen gegenüber, wenn dadurch eine nachhaltige kommunale Entwicklung unterstützt wird. Am meisten versprechen sich die Befragten dabei von einem Einsatz in den Bereichen Bildung und Wirtschaft.

Aus Sicht der Förderer nachhaltigen Handelns in Kommunen liefert die Untersuchung **klare Ansatzpunkte**. Auch wenn das Konzept Nachhaltigkeit seit Jahren starken Aufwind erfährt, gilt es, der Bevölkerung ein **tieferes inhaltliches Verständnis** näherzubringen – und zwar stets unter der Berücksichtigung dessen, was Einzelne selbst vor Ort beitragen können. Darüber hinaus erweisen sich **Frauen** beispielsweise als sehr gut erreichbare Zielgruppen. Andere Bundesbürger verfügen weniger häufig über inhaltliche Anknüpfungspunkte, sei es, da andere Lebensthemen als wichtiger angesehen werden (das ist z. B. häufig bei den **30- bis 39-Jährigen** der Fall) oder weil ein inhaltlicher Zugang fehlt (**bildungsfernere Schichten**).

Studiendesign

Mit diesem Bericht legt Kantar EMNID im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung vor. Die Studie untersucht Kenntnisse und Bewertungen zum Thema Nachhaltigkeit insbesondere im Kontext kommunaler Entwicklung aus Sicht der Bundesbevölkerung (Abbildung 1). Für die Datenerhebung und Auswertung war Kantar EMNID verantwortlich.

ABBILDUNG 1: Studiensteckbrief (Quelle: Kantar EMNID)



Methodische Hinweise

Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze **Zahlen gerundet** sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z. B. sogenannte **Top-Two-Werte** wie: „sehr zufrieden" + „eher zufrieden") von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit **mehreren Antwortoptionen** können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

Alle Befragungen, die auf Stichproben beruhen, weisen eine statistische Unsicherheit auf. Die Befragungsergebnisse können also in gewissem Umfang vom „wahren" Meinungsbild der Grundgesamtheit abweichen. Bei der vorliegenden Erhebung beträgt diese sogenannte **Fehlertoleranz** ±1 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bis ±3 Prozentpunkte (Anteilswert von 50 Prozent).

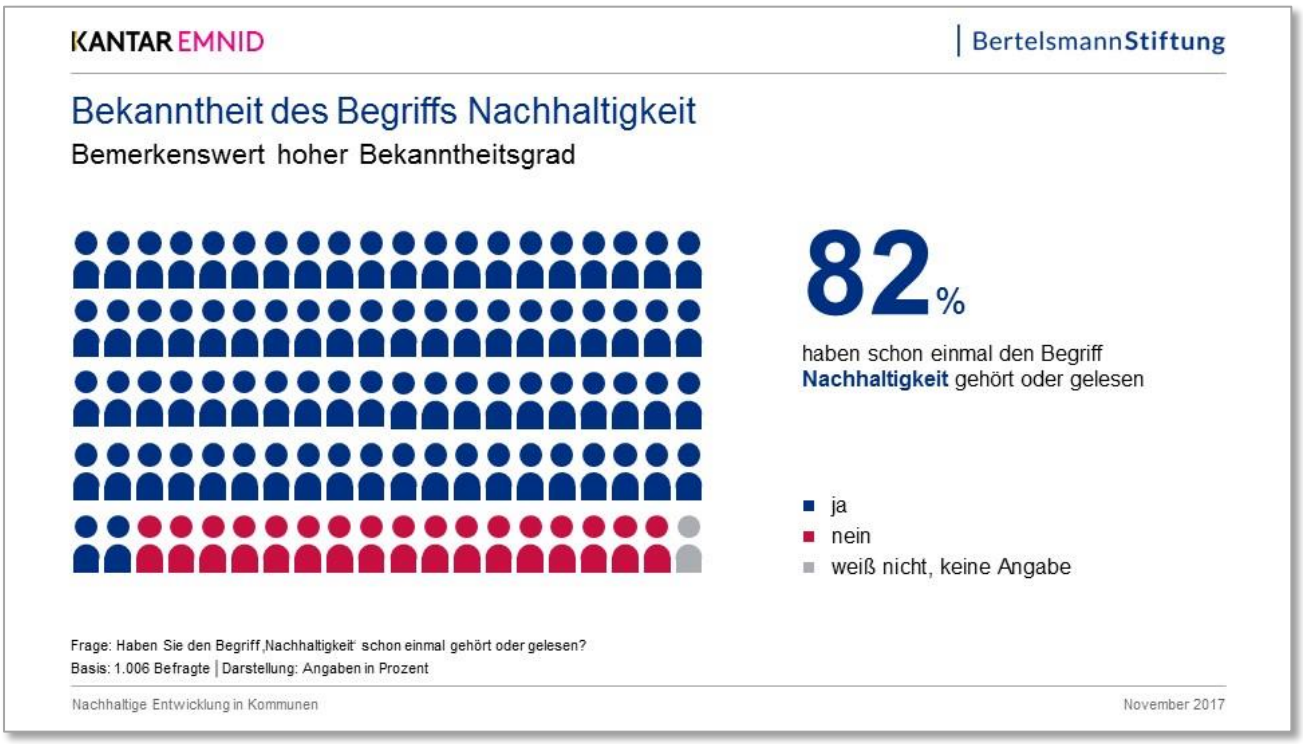
Nachhaltigkeit – was bedeutet das eigentlich?

In seiner langen Begriffsgeschichte wurde das Einsatzgebiet des Begriffs „Nachhaltigkeit“ tendenziell immer weiter gefasst. Heute findet sich kaum ein Lebensbereich, in dem das Prinzip Nachhaltigkeit keine Rolle spielt. Diese fast schon „inflationäre“ Verwendung birgt die Gefahr einer inhaltlichen Verwässerung. Kaum verwunderlich also, dass schon die reine Begriffsdefinition auch in Fachkreisen Unterschiede aufweist. Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht die Frage, welches Verständnis von Nachhaltigkeit **in der allgemeinen Bevölkerung** vorherrscht. Inwiefern ist der Begriff überhaupt bekannt? Welche Themen und Wertungen werden damit verbunden? Und welche Kriterien gelten in den Augen der Öffentlichkeit für „nachhaltige“ politische Entscheidungen?

Bekanntheit des Begriffs

Nachhaltigkeit ist momentan ein wichtiges und, so scheint es, beinahe omnipräsentes Schlagwort. Fast könnte man sagen, der Begriff ist aktuell „in aller Munde“. Grund genug, nach der Begriffsbekanntheit in der Bevölkerung zu fragen (Abbildung 2). Was darunter im Einzelnen inhaltlich verstanden wird, spielt erst im darauffolgenden Abschnitt eine Rolle.

ABBILDUNG 2: Bekanntheit des Begrifs Nachhaltigkeit (Quelle: Kantar EMNID)



- Die weit überwiegende Mehrheit der Bundesbürger hat bereits vom Begriff Nachhaltigkeit gehört oder gelesen. Im Umkehrschluss bedeutet dies auch, dass nicht ganz jeder Fünfte bislang noch keinen Berührungspunkt damit hatte.

- Während Faktoren wie die Wohnregion oder das Geschlecht nicht nennenswert mit der Bekanntheit des Begriffes zusammenhängen, spielt das Alter der Befragten hingegen sehr wohl eine Rolle. Vor allem die Generation 50+ ist nach eigenen Angaben vertraut damit. So geben 92 Prozent der 50- bis 59-Jährigen und immerhin noch 86 Prozent jener ab 60 Jahren an, den Begriff bereits wahrgenommen zu haben. Der geringste Bekanntheitsgrad ergibt sich mit 70 Prozent bei Befragten zwischen 30 und 39 Jahren.
- Auch die Schulbildung ist relevant. Mit zunehmendem Bildungsgrad steigt der Anteil jener, denen der Begriff Nachhaltigkeit geläufig ist (Bekanntheitswerte zwischen 70 bis 93 Prozent).

Assoziationen mit dem Begriff Nachhaltigkeit

Die breite mediale Präsenz des Themas Nachhaltigkeit geht also mit einem durchaus hohen Bekanntheitsgrad des Begriffes in der Bevölkerung einher. Doch inwiefern existiert überhaupt ein inhaltlicher Konsens über die Bedeutung des Konzeptes? Um potenziell verzerrende Richtungsvorgaben zu vermeiden, wurde die Frage nach dem subjektiven Nachhaltigkeitsverständnis im Rahmen einer gänzlich offenen Abfrage geklärt (Abbildung 3).

ABBILDUNG 3: Assoziationen zum Begriff Nachhaltigkeit (Quelle: Kantar EMNID)



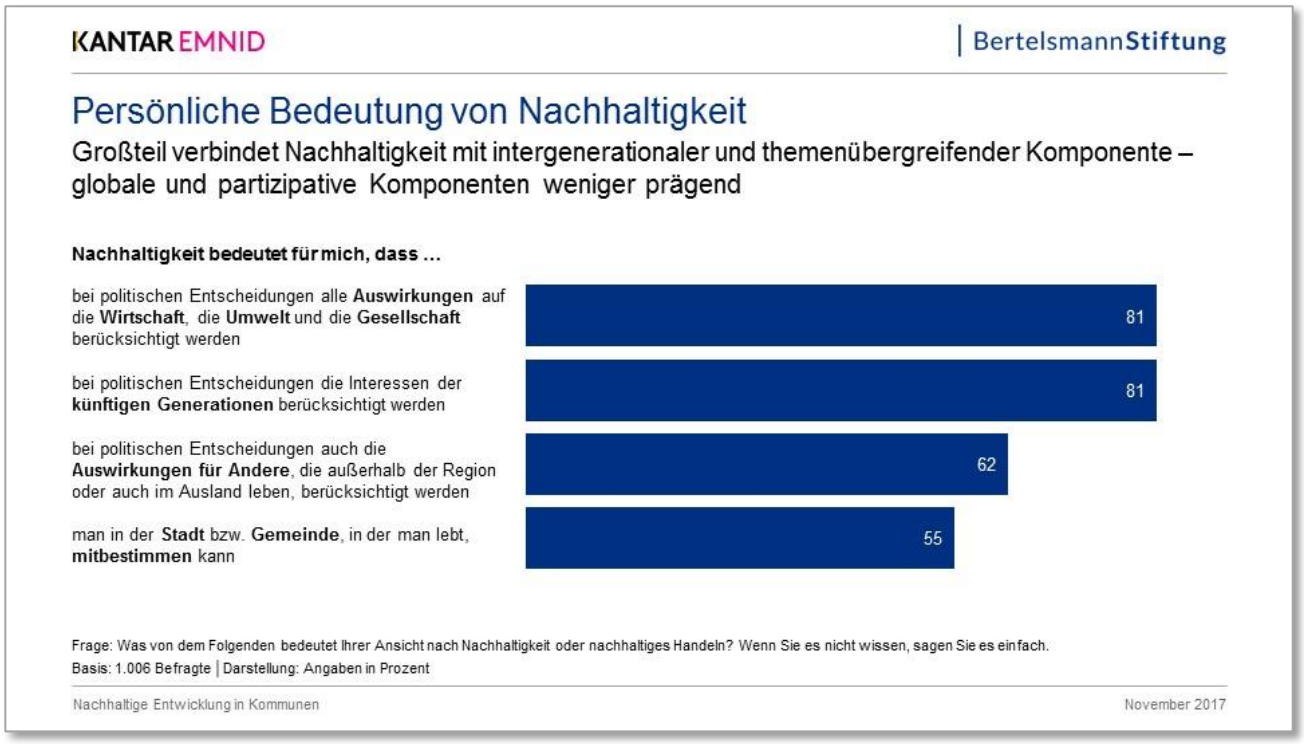
- Offenbar ist Nachhaltigkeit, obwohl als Begriff durchaus geläufig, inhaltlich häufig schwer greifbar: Mehr als jedem Dritten fällt es schwer, das eigene Begriffsverständnis näher zu erläutern. Dabei lässt sich ein deutlicher Bildungszusammenhang feststellen. Während in bildungsferneren Schichten rund die Hälfte keine Assoziation nennen kann oder will, sind es bei Befragten mit (Fach-)Hochschulreife lediglich 14 Prozent.

- Der Blick auf die am häufigsten genannten Assoziationen liefert weitere Hinweise für die These, dass sich Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit heute zu einem vielschichtigen, mehrdimensionalen – oder kritisch gefasst: beinahe beliebigen – Begriff gewandelt hat. Die größte Schnittmenge ergibt sich noch allgemein im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Naturschutz. Selbst diese Verbindung wird jedoch lediglich von 13 Prozent der Befragten zu Protokoll gegeben.
- Dahinter steht das allgemeine Thema Ressourcenverbrauch durch den Menschen (9 Prozent) – oftmals verbunden mit der Forderung, diesen Verbrauch gemäß der Endlichkeit vieler Ressourcen anzupassen (Stichwort „regenerativ“). Spezielle Bezugspunkte ergeben sich zu den Aspekten Recycling, verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaft, Energie und Lebensmittel (jeweils maximal 7 Prozent).
- Daneben wird vergleichsweise häufig auf die zeitliche Komponente des Begriffs verwiesen. Hier fallen dann Begriffe wie „dauerhaft“ oder „langfristig“ (Beständigkeit), „auf die Zukunft ausgerichtet“, „kommende Generationen“ (jeweils maximal 7 Prozent).
- Ein letztes relevantes Motiv thematisiert die Akteure, die im Themenkontext Nachhaltigkeit in Erscheinung treten: die Wirtschaft (6 Prozent) oder allgemeiner der Mensch selbst (7 Prozent). Alle weiteren genannten Aspekte werden höchstens von jeweils 2 Prozent der Befragten angesprochen; darunter auch Wortmeldungen, die sich kritisch mit dem Begriff („leere Phrase“) auseinandersetzen.
- Frauen und Männer sind sich recht einig, was Assoziationen zum Begriff Nachhaltigkeit anbelangt. Am wichtigsten sind auch bei ihnen die ökologischen und zeitlichen Bedeutungsaspekte.
- Deutlichere Differenzen treten auf, wenn das Antwortverhalten in Ost und West verglichen wird. 45 Prozent aller Befragten aus den neuen Ländern bleiben ohne nähere Erläuterung des eigenen Begriffsverständnisses – in den alten Ländern sind es hingegen nur 31 Prozent. Die genannten Hauptmotive sind in Ost und West in etwas unterschiedlicher Gewichtung dieselben.
- Der bereits beim Blick auf überhaupt genannte Assoziationen deutlich zutage getretene Bildungsunterschied setzt sich bei den einzelnen Nennungen fort. Befragte aus bildungsnäheren Schichten nennen überdurchschnittlich häufig zeitliche und ökologische Aspekte des Begriffs (auf den Umweltschutz beziehen sich bspw. 20 Prozent von ihnen), während sich das Antwortverhalten von Befragten mit einfacherem Bildungshintergrund breiter ausfächert und am häufigsten auf die Lebensweise des Menschen selbst abzielt (7 Prozent).

Persönliche Bedeutung von Nachhaltigkeit

Angesichts der Bandbreite an persönlichen Begriffsdefinitionen und individuellen Schwerpunktsetzungen stellt sich die Frage, was im politischen Kontext als nachhaltiges Verhalten gesehen wird (Abbildung 4).

ABBILDUNG 4: Persönliche Bedeutung von Nachhaltigkeit (Quelle: Kantar EMNID)



- Laut Einschätzung der Befragten beinhaltet Nachhaltigkeit im politischen Umfeld insbesondere eine zeitliche Komponente sowie die Berücksichtigung des ökologischen, ökonomischen und sozialen Systems. Für jeweils acht von zehn Bundesbürgern ist ein nachhaltiges Verhalten seitens der Politik dann gegeben, wenn dieses erstens Auswirkungen auf den Dreiklang zwischen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ausgewogen berücksichtigt und zweitens zeitlich die nächste Generation im Auge behalten wird.
- Die weiteren zur Auswahl gestellten Kriterien fallen demgegenüber deutlich ab, auch wenn sie weiterhin mehrheitlich vertreten werden. Nicht ganz zwei Drittel der Bevölkerung beziehen die räumliche Reichweite politischen Handelns in die Betrachtung ein („Auswirkungen für andere, die außerhalb der Region oder auch im Ausland leben“). Und jeder Zweite verbindet Nachhaltigkeit mit partizipativen Elementen auf lokaler Ebene. In Sachen Mitbestimmung treten zudem die größten Unterschiede auf, wenn das Antwortverhalten verschiedener Generationen betrachtet wird. Während im Alter unter 30 Jahren lediglich 36 Prozent lokale Mitbestimmung als wesentliches Element von Nachhaltigkeit ansehen, steigt dieser Anteil in älteren Bevölkerungsgruppen deutlich an. Von den Älteren ab 60 Jahren sind es dann ganze 74 Prozent, die den partizipativen Aspekt starkmachen.
- Insbesondere in Bezug auf die beiden insgesamt besonders prägnanten Nachhaltigkeitsdimensionen (zeitliche Wirkung des Handelns und Wirkung auf verschiedene Systeme) treten hingegen nur unwesentliche Altersdifferenzen auf. Am ehesten ist hier noch der räumliche Aspekt zu nennen, der besonders häufig von den ganz Jungen sowie den Älteren ab 60 Jahren genannt wird, in den mittleren Altersgruppen dagegen jedoch abfällt (z. B. nur 47 Prozent bei Befragten zwischen 40 und 49 Jahren).

- Interessant ist der Blick auf den Einfluss des Bildungsniveaus. Je höher der Schulabschluss, desto relevanter die intergenerationale, die themenübergreifende und auch die räumliche Komponente. Umgekehrt verhält es sich beim Aspekt Partizipation: Hier sind es vor allem die Befragten mit einfacheren oder mittleren Bildungsabschlüssen, die lokale Mitbestimmung als zentrales Nachhaltigkeitselement ansehen (59 bzw. 66 Prozent), während Befragte mit höherem Bildungsgrad nur zu 39 Prozent derselben Ansicht sind.

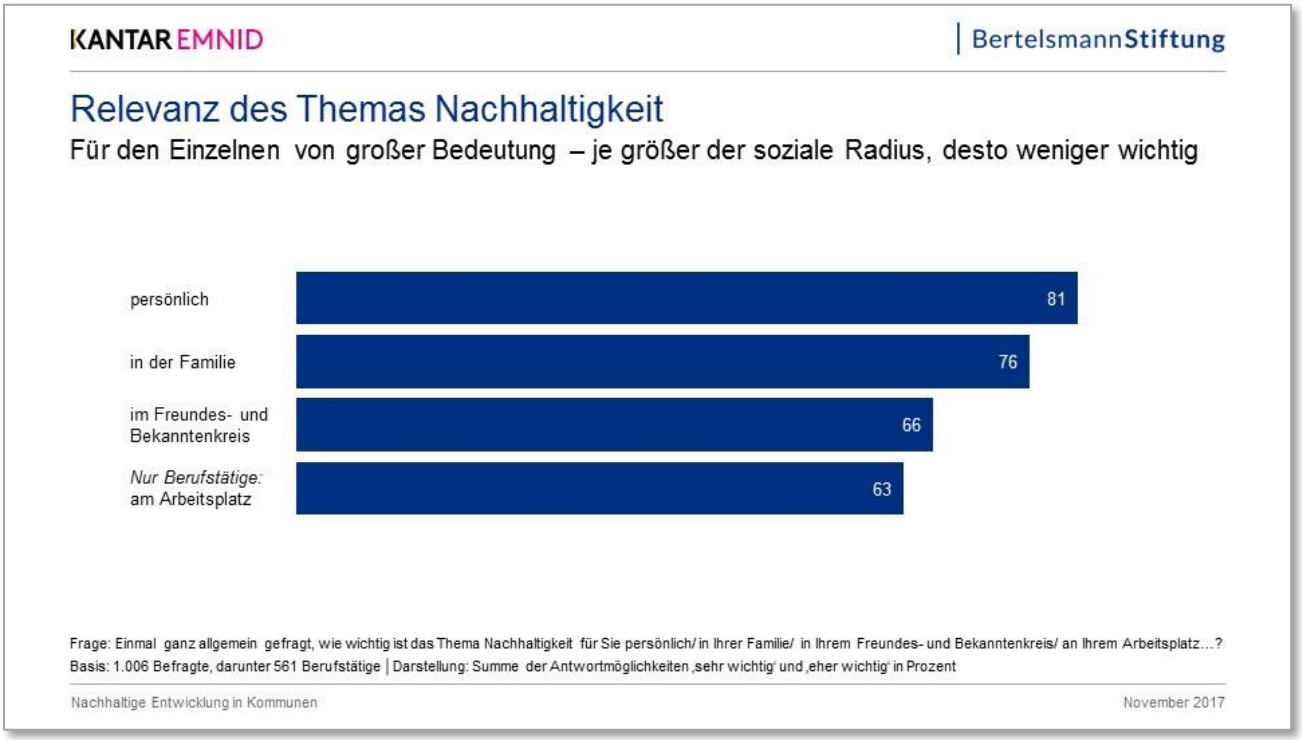
Nachhaltigkeit in der persönlichen und politischen Sphäre

Nachhaltigkeit gilt in Politik und Wirtschaft mittlerweile als viel beschworenes, übergeordnetes Leitbild. Es stellt sich daher die Anschlussfrage, welche Relevanz das Thema im persönlichen und gesellschaftlichen Kontext besitzt – schließlich ist das Konzept in seiner Breite prinzipiell in jedem denkbaren Lebensbereich anwendbar.

Relevanz des Themas Nachhaltigkeit

Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit im alltäglichen Lebensumfeld? Und inwiefern werden Differenzen zwischen dem privaten und beruflichen Umfeld gesehen? Zur Klärung dieser Fragen umfasst die Untersuchung eine Relevanzeinschätzung zur Nachhaltigkeit in Bezug auf unterschiedliche Lebensbereiche (Abbildung 5).

ABBILDUNG 5: Relevanz des Themas Nachhaltigkeit (Quelle: Kantar EMNID)



- Dabei zeigt sich eine klassische Relevanzverteilung je nach persönlicher Nähe. Für den Einzelnen ist Nachhaltigkeit von großer Bedeutung – für acht von zehn Befragten ist das Thema persönlich „sehr“ oder „eher wichtig“. Während für drei Viertel im Familienkontext dasselbe gilt, fällt der entsprechende Wert in Bezug auf den (weiteren) Freundes- und Bekanntenkreis auf 66 Prozent. Und: Werden die Berufstätigen gefragt, geben knapp zwei Drittel von ihnen an, dass Nachhaltigkeit auch am Arbeitsplatz eine große Bedeutung zugesprochen wird.
- Die Schulbildung erweist sich abermals als wesentlicher Einflussfaktor: Je höher die Schulbildung, desto eher wird Nachhaltigkeit als relevant eingeschätzt. Während 89 Prozent der Befragten mit höherem Bildungsgrad das Thema für sich persönlich als relevant ansehen, sind es bei den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss 70 Prozent. Besonders auffällig: Die Berufstätigen unter den Befragten mit einfacherem Bildungsgrad geben nur zu 42 Prozent an, dass Nachhaltigkeit am eigenen Arbeitsplatz eine wichtige Rolle spielt, ganz im Kontrast zu Berufstätigen mit höheren Schulabschlüssen, die hier fast doppelt so häufig mit „sehr“ oder „eher wichtig“ antworten (75 bzw. 72 Prozent).
- Männer und Frauen bewerten die Relevanz des Themas Nachhaltigkeit unterschiedlich: Für die befragten Frauen ist Nachhaltigkeit generell relevanter, insbesondere, was den weiteren persönlichen Umkreis oder den Arbeitsplatz anbelangt (Differenz zu Männern: 10 bis 12 Prozentpunkte).
- Im Altersvergleich sticht die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen heraus: Diese Befragten messen dem Thema Nachhaltigkeit in ihrem Umfeld nur vergleichsweise selten eine hohe Bedeutung bei. Insbesondere gilt dies für den Freundes- und Bekanntenkreis. Es gibt nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten in dieser Gruppe an, dass das Thema dort wichtig sei. Ansonsten bewegen sich die Vergleichswerte eher im Bereich 67 bis 71 Prozent. Ein ähnliches Muster ergibt sich im Hinblick auf den eigenen Arbeitsplatz.

ABBILDUNG 6: Begründung bei geringer Wichtigkeit des Themas Nachhaltigkeit (Quelle: Kantar EMNID)

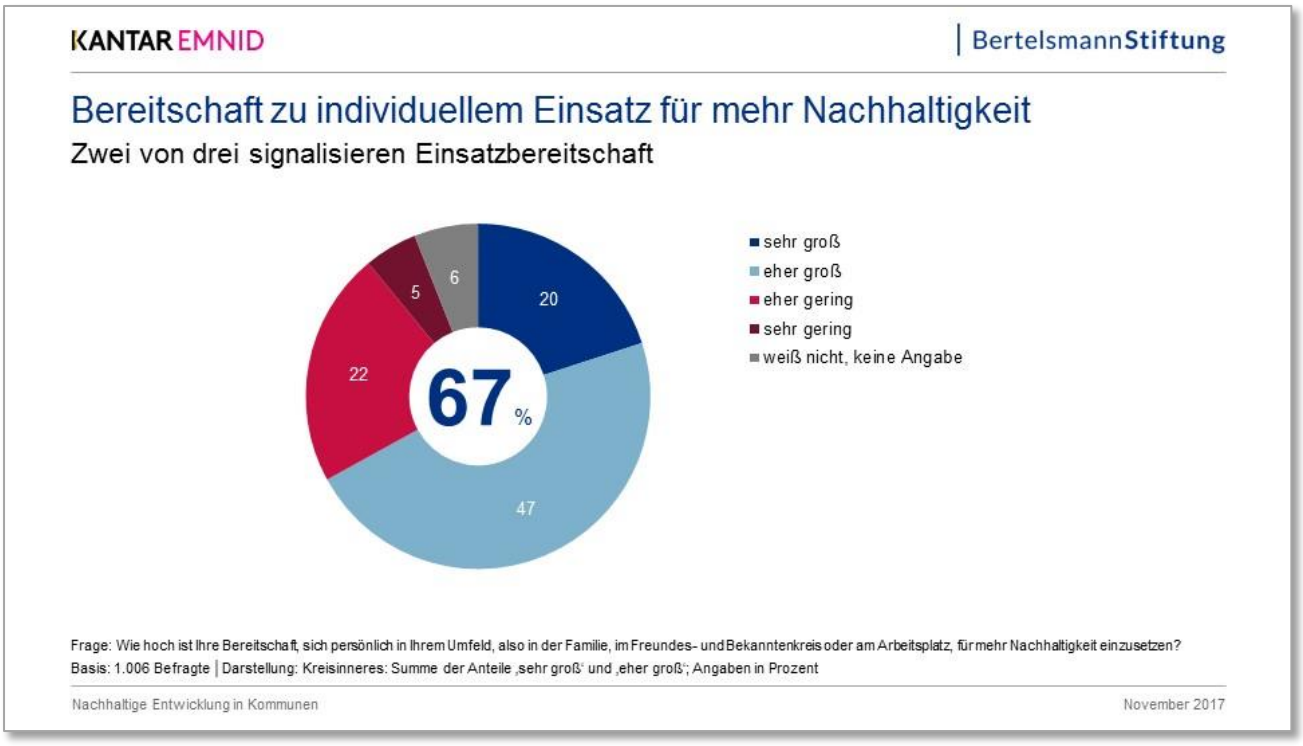


- Insgesamt 13 Prozent gaben in der vorherigen Frage an, dass das Thema Nachhaltigkeit für sie persönlich „eher unwichtig“ oder „gar nicht wichtig“ sei. Die Gründe dafür liegen offenbar in den eigenen Lebensumständen – die Mehrheit von ihnen gibt an, dass es sich bei den anderen Themen derzeit schlicht um wichtigere Themen handele (Abbildung 6). Dieses Motiv passt zum oben beschriebenen Alterseffekt: Demnach rückt Nachhaltigkeit vor allem bei Personen ab 30 Jahren in den Hintergrund – in der Phase also, in der es gilt, sich beruflich zu etablieren und in der häufig die Gründung einer eigenen Familie angestrebt wird.
- 38 Prozent derjenigen Befragten, für die Nachhaltigkeit eine geringe persönliche Relevanz besitzt, sehen die Verantwortung für die Besetzung des Themas nicht beim Einzelnen, sondern schreiben dies der Politik zu. Knapp ein Drittel merkt zudem kritisch an, dass Nachhaltigkeit für sie häufig nicht mehr als eine leere „Worthülse“ sei.
- Einige möchten zu den Gründen ihres Desinteresses keine Angaben machen (22 Prozent). Dabei gibt es starke regionale Unterschiede in der Beantwortung, da überdurchschnittlich viele Antwortverweigerer aus den neuen Bundesländern stammen (55 Prozent). Ebenfalls möchten im Verhältnis überdurchschnittlich viele Befragte bildungsferner Schichten keine Angaben zu dem Thema machen (29 Prozent).

Bereitschaft zu individuellem Einsatz für mehr Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit als handlungsanleitendes Konzept ist zweifelsfrei positiv besetzt. Offen bleibt jedoch, inwiefern Nachhaltigkeit im Lebensalltag tatsächlich **handlungswirksam** wird. An diesem Punkt sind einer Befragung selbstredend methodische Grenzen gesetzt. Jedoch kann festgehalten werden: Werden Bundesbürger danach gefragt, inwiefern sie bereit sind, sich in ihrem persönlichen Umfeld für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen, zeigen sich viele generell offen (Abbildung 7).

ABBILDUNG 7: Bereitschaft zu individuellem Einsatz für mehr Nachhaltigkeit (Quelle: Kantar EMNID)



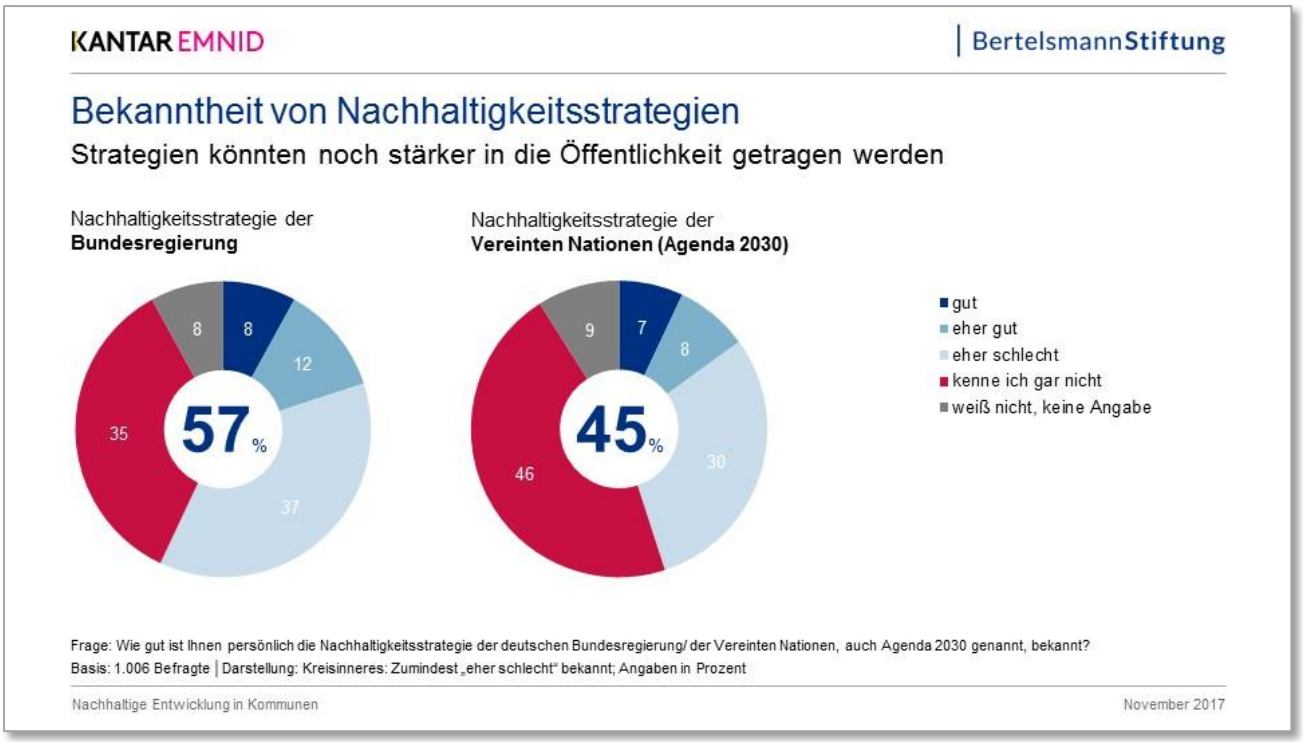
- Insgesamt zwei von drei Bundesbürgern signalisieren „eher“ oder gar „sehr große“ Bereitschaft, sich innerhalb ihres persönlichen Umfelds für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen. Einschränkend muss festgehalten werden, dass die abgeschwächte Formulierung („eher groß“) mit 47 Prozent dabei deutlich häufiger gewählt wird.
- Frauen berichten eher von einem ausgeprägten Einsatzwillen als Männer, vor allem was die unbedingte Bereitschaft anbelangt („sehr groß“: 25 gegenüber 15 Prozent).
- Abermals stellt auch die Schulbildung einen wesentlichen Einflussfaktor dar. Während Befragte mit mittleren und höheren Schulabschlüssen mindestens zu 70 Prozent Einsatzbereitschaft zeigen, sind es in bildungsferneren Schichten lediglich 52 Prozent. Dabei findet der Zuwachs mit steigendem Bildungsgrad vor allem im Hinblick auf die schwächer formulierte Antwortkategorie statt („eher große“ Bereitschaft: 35 bis 58 Prozent).
- Mit Blick auf potenzielle Altersdifferenzen sticht erneut die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen heraus, die sich besonders selten bereit zeigt, sich im persönlichen Umkreis für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen. Insgesamt bejahen dies nur 51 Prozent, lediglich 15 Prozent berichten von einem starken Einsatzwillen. Im Kontrast dazu sind es vor allem Befragte ab 50 Jahren, die besonders häufig von einer „sehr großen“ Bereitschaft sprechen (23 bzw. 27 Prozent).

Bekanntheit von Nachhaltigkeitsstrategien

Als Nachfolger der Milleniumsziele der Vereinten Nationen trat zu Beginn des Jahres 2016 die Agenda 2030 in Kraft. Bereits ihr Name verrät die Absichten: Formuliert sind „Sustainable Development Goals“ (SDGs). Sie umfassen insgesamt 17 zentrale Nachhaltigkeitsziele mit 169 Unterzielen auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene und sind für jedes UN-Land anzustreben. Die Bundesregierung hat diese Aufforderung zum Anlass genommen, ihre Nachhaltigkeitsstrategie zu überarbeiten und die globalen Ziele für die Bundesrepublik zu konkretisieren.[3] Welche Rolle aber spielen diese Nachhaltigkeitsstrategien in der Bevölkerung (Abbildung 8)?

[3] Siehe https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Infodienst/2017/01/2017-01-11-Nachhaltigkeitsstrategie/2017-01-10-Nachhaltigkeitsstrategie_2016.html (Download 26.10.2017).

ABBILDUNG 8: Bekanntheit von Nachhaltigkeitsstrategien (Quelle: Kantar EMNID)



- Nur vergleichsweise wenige Bundesbürger sind mit den Nachhaltigkeitsstrategien sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene vertraut: Jeweils weniger als jeder Zehnte gibt an, diese Strategien „gut" zu kennen. Immerhin jeweils rund die Hälfte gibt zu Protokoll, dass die Strategien zumindest nicht gänzlich unbekannt sind. Dabei schneidet die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung noch etwas besser ab als die Agenda 2030. Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass hier durchaus Informationslücken zu füllen sind.
- Die Grundtendenz der Befragten spiegelt sich bei den Nachhaltigkeitsstrategien nahezu über alle betrachteten Bevölkerungsgruppen hinweg wider.
- Die Bekanntheit der Nachhaltigkeitsstrategien ist zudem explizit keine Frage des Schulabschlusses: Hier ergibt sich ein vergleichsweise homogenes Antwortverhalten.

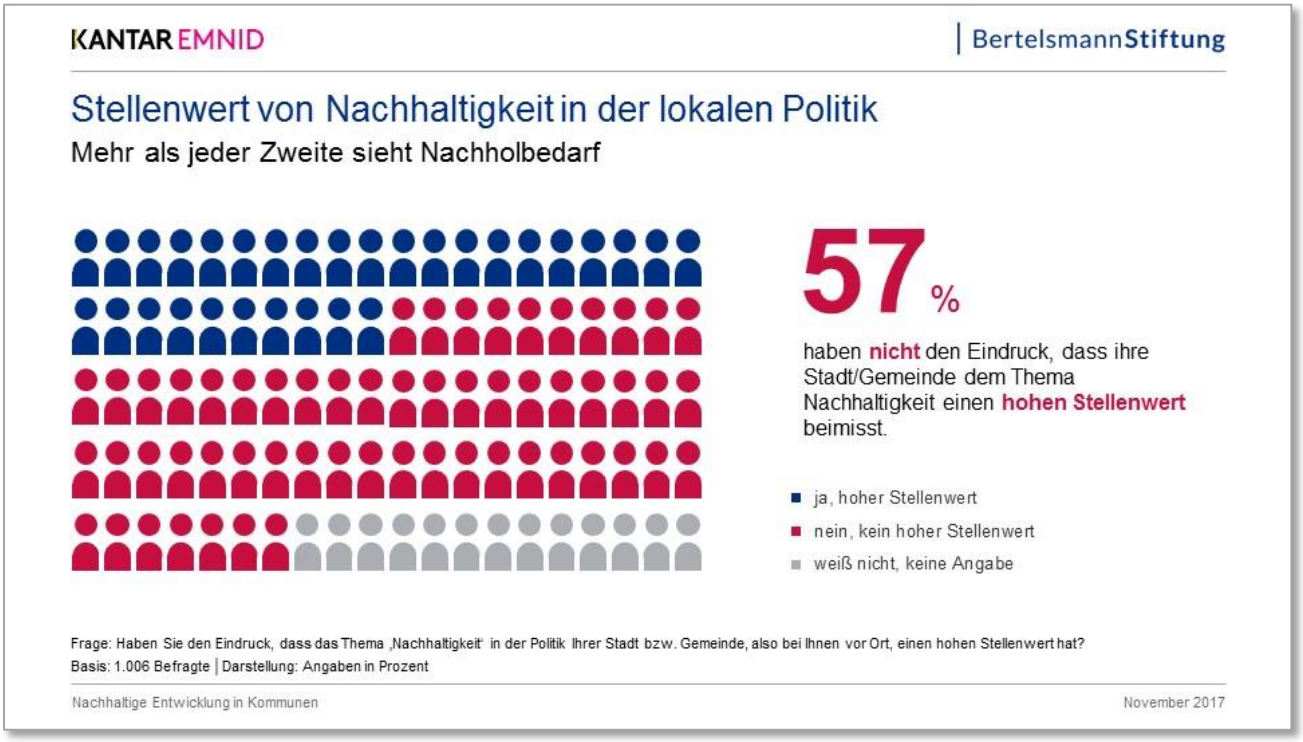
Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik aus Sicht der Bürger

Während Nachhaltigkeit insbesondere medial häufig auf der nationalen oder globalen Ebene diskutiert wird, ist gerade die Umsetzung nachhaltigen Handelns auf die lokale Ebene angewiesen und beginnt auch dort. Der folgende Abschnitt widmet sich daher dem Stellenwert sowie der Umsetzung nachhaltiger Politikziele, insbesondere auf der kommunalen Ebene.

Stellenwert von Nachhaltigkeit in der lokalen Politik

Den Grundstein dieses Abschnitts bildet die Einschätzung der Bundesbürger zur Rolle der Nachhaltigkeit in der Politik vor Ort. Findet das Thema genügend Beachtung oder fristet es allzu oft ein Nischendasein (Abbildung 9)?

ABBILDUNG 9: Stellenwert von Nachhaltigkeit in der lokalen Politik (Quelle: Kantar EMNID)



- Die Einschätzung der Bundesbürger gibt zu denken: Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent hat nicht den Eindruck, dass Nachhaltigkeit in der eigenen Stadt oder Gemeinde einen hohen Stellenwert besitzt. Lediglich knapp jeder Dritte würde diesem Urteil widersprechen wollen.
- Zwar lassen sich durchaus regionale Unterschiede feststellen. So geben in Bayern und im Nordosten des Landes vergleichsweise viele eine positive Wertung ab, während Bundesbürger aus Nordrhein-Westfalen und Berlin zu den kritischsten zählen. Jedoch überwiegt ausnahmslos in jedem Bundesland die Einschätzung, wonach Nachhaltigkeit eben keinen hohen Stellenwert in der Kommunalpolitik besitzt (die entsprechenden Anteile bewegen sich zwischen 49 und 65 Prozent).
- Diese Grundtendenz bleibt ebenfalls bestehen, wenn Alters-, Geschlechter- oder Bildungsdifferenzen in den Blick genommen werden. Interessant beim Thema Bildung: Während kritische Äußerungen über alle Bildungsklassen hinweg ähnlich häufig auftreten, sind Befragte mit höherem Bildungsgrad vergleichsweise häufig positiv gestimmt (36 Prozent). Im Kontrast hierzu fällt insbesondere bei bildungsferneren Schichten auf, dass stattdessen deutlich häufiger gar kein Urteil abgegeben wird („weiß nicht, keine Angabe“: 22 Prozent gegenüber ansonsten maximal 7 Prozent).

Aufgabenfelder und Umsetzungsstand

Jede Stadt und jede Gemeinde steht vor individuellen kommunalpolitischen Aufgaben. Sie sicher zu identifizieren, ist ein unabdingbarer Schritt hin zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands bzw. der Lebensqualität. Im Rahmen der Untersuchung wurde den Befragten eine Liste mit 15 unterschiedlichsten Politikfeldern vorgelegt, aus denen die Themen auszuwählen waren, die aus Sicht der Befragten „vordringlich angegangen“ werden sollten (Abbildung 10).

ABBILDUNG 10: Vordringlich zu lösende lokale politische Aufgaben (Quelle: Kantar EMNID)

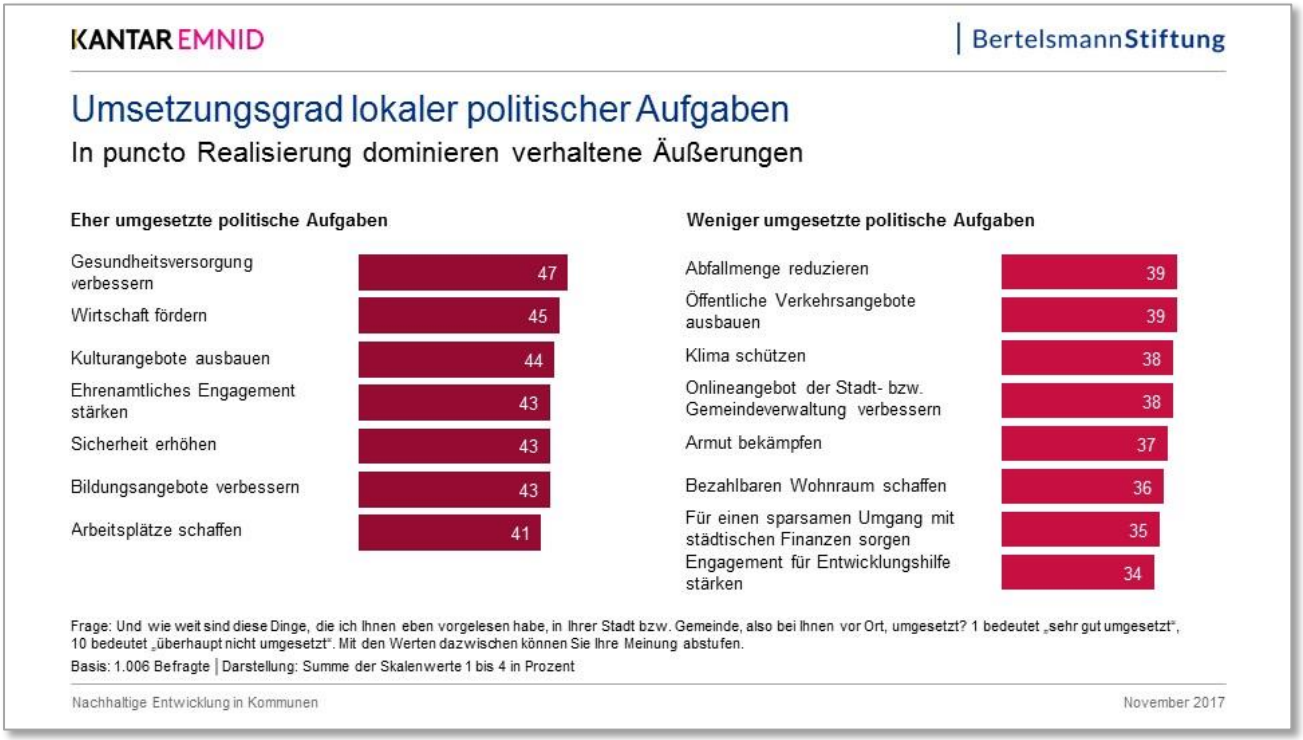


- In der Gesamtschau wird eines deutlich: Die Kommunalpolitik in Deutschland steht vor breit gefächerten lokalen Herausforderungen – geht es nach den Bundesbürgern, wird es nicht ausreichen, sich auf einige wenige Kernthemen zu konzentrieren.
- Allein sechs Politikfelder gelten aus Sicht von jeweils 70 Prozent der Befragten und mehr als „vordinglich anzugehende“ Aufgaben, darunter ökologische (Klimaschutz, Abfallmenge), soziale (Armut, Wohnraum) und ökonomische Aspekte (Arbeitsplätze). Auch die sieben in der Rangliste der wichtigsten Politikfelder folgenden Aufgaben gelten mehrheitlich als „vordringlich“. Lediglich der Ausbau der Kulturangebote sowie die Verbesserung der Onlineangebote der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung werden jeweils lediglich von einer Minderheit eingefordert.
- Die grundsätzliche Einteilung in wichtige und weniger wichtige Aufgabenfelder findet sich in ähnlicher Weise in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen wieder – mit einigen nennenswerten Ausnahmen: Diese betreffen ein weiteres Mal insbesondere das Lebensalter der Befragten. Hier sind vor allem die Jüngeren unter 30 Jahren zu nennen, die fast durchgehend seltener bereit sind, Aufgabenfelder als „vordringlich“ zu bezeichnen. Am deutlichsten wird dies bei der Forderung nach einer Erhöhung der Sicherheit, die lediglich 39 Prozent der Jüngeren äußern. Zum Vergleich: Im Gesamtschnitt sind es 59 Prozent und bei Befragten ab 60 Jahren sogar 73 Prozent. Einzig beim Thema Kultur kehren sich die Verhältnisse um: Unter jüngeren Befragten gilt es überdurchschnittlich häufig als wichtig (53 gegenüber 48 Prozent im Gesamtschnitt).
- Neuer bezahlbarer Wohnraum ist aus bekannten Gründen vor allem in den alten Bundesländern ein Thema (75 gegenüber 63 Prozent). Interessanterweise zeigt sich im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine ähnliche Ost-West-Differenz (73 gegenüber 61 Prozent).

- An einzelnen Stellen zeichnet sich zudem ein Bildungsunterschied ab. So steht für bildungsnahe Schichten der ökologische Aspekt des Klimaschutzes deutlich stärker im Vordergrund als für bildungsferne Schichten (84 gegenüber 71 Prozent). Ähnlich verhält es sich bei der Verbesserung des Bildungsangebotes (74 gegenüber 64 Prozent). Umgekehrt ist die Erhöhung der Sicherheit vorrangig unter Befragten mit einfacheren und mittleren Abschlüssen ein wichtiges Thema (60 bzw. 69 Prozent gegenüber 47 Prozent).

Zusätzlich zur Relevanz kommunalpolitischer Themenfelder wurde in der Befragung die Umsetzung dieser Aufgaben thematisiert (Abbildung 11). Hierzu wurden die Befragten gebeten, jedes einzelne Aufgabengebiet auf einer Skala von 1 „sehr gut umgesetzt“ bis 10 „überhaupt nicht umgesetzt“ zu bewerten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit zeigt die Abbildung 11 eine zusammenfassende Übersicht der Ergebnisse. Ausschlaggebend war jeweils der Anteil positiver Urteile, also eines vergleichsweise guten Umsetzungsgrades (Werte 1 bis 4).

ABBILDUNG 11: Umsetzungsgrad lokaler politischer Aufgaben (Quelle: Kantar EMNID)



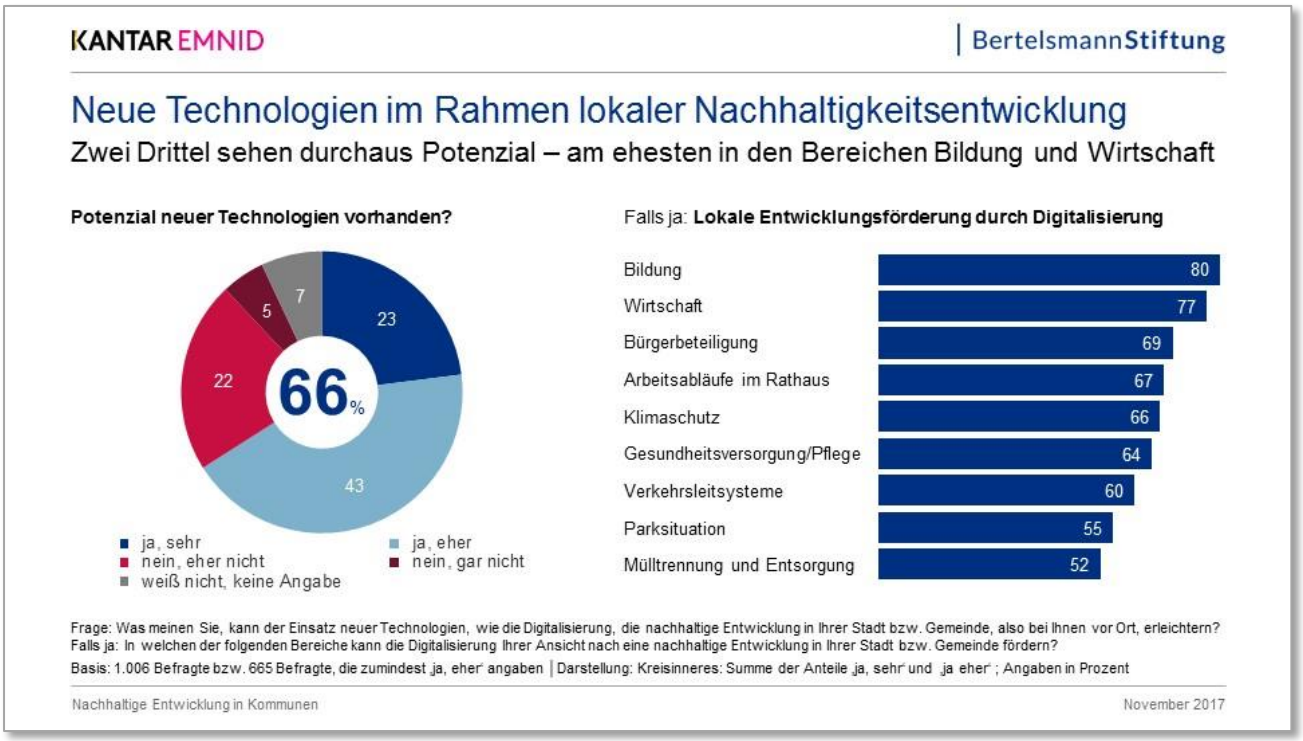
- Die Einschätzung zum Umsetzungsgrad kommunalpolitischer Aufgaben ist eindeutig: Kein einziger Bereich gilt mehrheitlich als gut umgesetzt. Aber: Gleichzeitig findet sich ebenfalls kein Aufgabengebiet, das von einer Mehrzahl der Befragten explizit als schlecht oder gar nicht umgesetzt angesehen wird.
- Dieses eher „durchwachsene“ Ergebnis bedeutet auch, dass die zuvor als besonders wichtig herausgestellten kommunalen Aufgabenbereiche (Klima schützen, Armut bekämpfen, bezahlbaren Wohnraum schaffen) in ihrer Umsetzung häufig hinterherhinken. Jeweils höchstens 38 Prozent der Befragten sehen diese drei Themen vor Ort gut umgesetzt.

- Insgesamt schneidet mit 47 Prozent die Verbesserung der Gesundheitsversorgung noch am besten ab. Ähnlich werden die Förderung der Wirtschaft sowie der Ausbau des Kulturangebotes bewertet. Dagegen finden sich Aufgabengebiete, wie Schaffung bezahlbaren Wohnraumes, sparsamer Umgang mit den städtischen Finanzen sowie Engagement für Entwicklungshilfe, ganz unten in der Rangliste wieder. Jeweils nicht mehr als 36 Prozent der Befragten bewerten den aktuellen Umsetzungsgrad hier positiv.
- Auffällig ist, dass Bundesbürger in den neuen Bundesländern durchgängig seltener dazu bereit sind, die Umsetzung kommunalpolitischer Handlungsfelder vor Ort als gut zu bezeichnen als jene in den alten Ländern – mit der bereits angesprochenen Ausnahme im Bereich der Wohnraumpolitik. Der größte Unterschied ergibt sich im Bereich der Sicherheit (31 gegenüber 46 Prozent).
- Ebenfalls durch die Bank geben Männer eher einen höheren Umsetzungsgrad zu Protokoll als Frauen. So wählen beispielsweise 55 Prozent der Männer im Bereich der Gesundheitsversorgung einen Skalenwert zwischen 1 und 4, während es bei den Frauen nur 41 Prozent sind.
- Altersdifferenzen ergeben sich im Detail etliche – eine klare Richtung lässt sich dabei aber nicht erkennen. Gleichwohl fällt auf, dass Befragte im Alter zwischen 30 und 39 Jahren häufig zu denjenigen zählen, die den Umsetzungsgrad der politischen Aufgabengebiete am seltensten positiv bewerten.

Neue Technologien im Rahmen lokaler Nachhaltigkeitsentwicklung

Ein Weg, wie Nachhaltigkeit effektiver vorangetrieben werden könnte, könnte die Einbeziehung innovativer digitaler Technologien sein (Abbildung 12). Welche Chance sehen Bundesbürger in der Nutzung der Digitalisierung?

ABBILDUNG 12: Neue Technologien im Rahmen lokaler Nachhaltigkeitsentwicklung (Quelle: Kantar EMNID)



- Die Bundesbürger stehen neuen Technologien als Unterstützung für die nachhaltige Entwicklung durchaus offen gegenüber: Zwei Drittel sprechen sich dafür aus, dass beispielsweise der Einsatz neuer digitaler Lösungen die Nachhaltigkeitsbestrebungen einer Kommune vorantreiben würde. Die meisten davon wählen hierbei jedoch die vorsichtigere Formulierung „ja, eher“.
- Die mehrheitliche Zustimmung zum Einsatz neuer Technologien zieht sich durch alle Altersgruppen; gerade unter Befragten zwischen 30 und 39 Jahren ist sie mit 74 Prozent jedoch besonders hoch. Der Einfluss anderer Faktoren – wie der Wohnregion, dem Geschlecht oder dem Bildungsgrad – hält sich dagegen in Grenzen.
- Bei der Frage, in welchen konkreten Bereichen Digitalisierung eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen fördern könnte, denken die meisten Bundesbürger an Bildung und Wirtschaft. Häufig wird zudem darauf verwiesen, dass die Bürgerbeteiligung von digitalen Lösungen profitieren könnte. Überhaupt kann sich jeweils eine Mehrheit der Befragten, die neuen Technologien für die nachhaltige kommunale Entwicklung als Chance betrachten, positive Auswirkungen für alle der neun vorgeschlagenen Bereiche vorstellen – selbst für die Mülltrennung und -entsorgung, die mit 52 Prozent auf dem letzten Platz der Rangliste rangiert.
- Trotz unterschiedlicher Bewertungen im Detail finden sich mit Blick auf Geschlechts-, Bildungs- und Wohnortdifferenzen nur selten Fälle, bei denen das jeweilige Antwortverhalten um mehr als 10 Prozentpunkte auseinanderliegt. Das gilt auch für den Vergleich der Altersgruppen, bei dem die Jüngeren keineswegs am ehesten technikaffin antworten. Am ehesten ist es die Gruppe der 40- bis 49-Jährigen, die in der Regel das Potenzial der Einzelbereiche für die Förderung der Nachhaltigkeit durch Digitalisierung überdurchschnittlich häufig als stark einschätzt.

Lokaler Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Zum Abschluss der Untersuchung wird der Blick noch einmal um die globale Perspektive erweitert: Welche kommunalen Projekte gelten aus Sicht der Bundesbürger als sinnvoller Beitrag für die internationale Entwicklungszusammenarbeit (Abbildung 13)?

ABBILDUNG 13: Lokale Beiträge zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit (Quelle: Kantar EMNID)



- Unabhängig von den einzelnen Forderungen lässt sich das Befragungsresultat zu dieser Frage als eindeutiger Handlungsauftrag an die Kommunalpolitik verstehen: Jeder der vier vorgebrachten Vorschläge lokaler Projekte zur Förderung internationaler Entwicklungszusammenarbeit wird von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.
- Jeweils sieben von zehn Befragten sprechen sich dabei für Nachhaltigkeitsprojekte insbesondere im Bildungsbereich sowie für den Kauf fair gehandelter Produkte aus.
- Mit jeweils 61 Prozent werden auch Projekte mit Partnerkommunen in ärmeren Ländern sowie die Zusammenarbeit mit Migranten und Flüchtlingen mehrheitlich klar unterstützt.
- Befragte aus den alten Bundesländern sprechen sich durchgehend häufiger für die vorgebrachten Vorschläge aus. Die größte Differenz ergibt sich dabei im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und Migranten (63 gegenüber 48 Prozent).
- Durchgehende Alters- und Geschlechterunterschiede zeigen sich nicht. Der Bildungshintergrund spielt hingegen sehr wohl eine Rolle. Deutlich seltener als im Schnitt geben Befragte mit einfacherem Bildungshintergrund an, dass Kommunen mittels der vorgeschlagenen Maßnahmen einen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit leisten sollten. Besonders weit liegen die Bildungsgruppen bei der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und Migranten auseinander, die von Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich häufiger eingefordert wird (74 Prozent) als von jenen mit mittleren oder einfacheren Abschlüssen (höchstens 57 Prozent).

2. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern

Dr. Jasmin Honold unter Mitarbeit von Dr. Dirk Assmann, Jan Winkelhaus und Dr. Busso Grabow

Zusammenfassung

Um den Stand der nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen aus Sicht der Kommunalpolitik zu untersuchen und diese Perspektive mit einer im Vorjahr durchgeführten Befragung von Verwaltungsspitzen zu vergleichen, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im September und Oktober 2017 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Onlinebefragung von Fraktionsvorsitzenden der Stadt- und Gemeinderäte aller bundesdeutschen Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner und der Kreistage aller (Land-)Kreise in Deutschland durchgeführt. Die Kernergebnisse von insgesamt 937 Befragten in Kürze:

Stand und Stellenwert von nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist in den Räten von rund zwei Dritteln der Befragten ein wichtiges Thema – und das gilt für Kommunen aus ost- und westdeutschen Bundesländern, für Städte und Gemeinden verschiedener Einwohnergröße und für Kreise gleichermaßen. Dennoch bleibt die Kommunalpolitik mit ihrer Einschätzung deutlich hinter der Beurteilung deutscher Verwaltungschefinnen und -chefs zurück, von denen knapp 90 Prozent Nachhaltigkeit als wichtiges Thema verstanden haben. Außerdem wird das Thema in den einzelnen Fraktionen vergleichsweise häufiger diskutiert und als insgesamt wichtiger eingeschätzt als in den Räten insgesamt.

Stand und Stellenwert von übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategien

Entsprechend der Einschätzung von Nachhaltigkeit als wichtiges Thema in den Räten kennen etwa zwei Drittel der beteiligten Kommunalpolitiker die Agenda 2030 der Vereinten Nationen wenigstens dem Namen nach. Ein etwas geringerer Anteil ist zumindest grob auch mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vertraut. Für beide politischen Nachhaltigkeitsleitlinien gilt, dass ihr Bekanntheitsgrad unter Kommunalpolitikern aus größeren Städten höher ist, aber weitestgehend an der Oberfläche bleibt.

Rolle, Möglichkeiten und Schwerpunkte der Kommunalpolitik

Im Hinblick auf diverse Rollen, die die Kommunalpolitik im lokalen Transformationsprozess einnehmen kann, verstehen es die meisten Fraktionsvorsitzenden vor allem als ihre Aufgabe, Nachhaltigkeitskriterien bei Ratsbeschlüssen zu berücksichtigen. Die Erarbeitung strategischer Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung wird vor allem als eine gemeinsame Aufgabe von

Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und weiteren Interessengruppen verstanden. Außerdem sieht die große Mehrheit Nachhaltigkeit nicht als parteipolitisches, sondern als parteienübergreifendes Thema an. Für die Schwerpunktsetzung auf bestimmte Themen und Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung in den einzelnen Fraktionen gilt, dass sie sich in Abhängigkeit von Kommunaltyp und Kommunalgröße, der regionalen Lage und der Parteizugehörigkeit stark unterscheiden. Insgesamt sind jedoch Bildung, Mobilität und Wohnen die Topthemen in den Fraktionen, während Sicherheit, Armut und Eine-Welt-Engagement kaum als wichtige Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung verstanden werden. Letzteres gilt gleichermaßen für die im Jahr 2016 befragten Verwaltungschefinnen und -chefs, die ihrerseits hingegen angaben, dass in ihrer Kommune die Themen Haushaltsführung, Bildung und Wohnen am intensivsten bearbeitet werden.

Stand des Nachhaltigkeitsmanagements und dessen Implikationen für die Ratsarbeit

Praxisbeispiel

Mönchengladbach – smarte Senioreninfrastruktur mit UrbanLife+

Smarte städtebauliche Objekte für Senioren: Das Projekt UrbanLife+ in Mönchengladbach entwickelt Lösungen, um beispielsweise Stadtmobiliar, Ampeln und Hinweisschilder mittels Mensch-Technik-Interaktion in smarte städtebauliche Objekte zu überführen. So sollen Seniorinnen und Senioren ihren sicheren Aktionsradius im öffentlichen Raum erweitern können.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/monchengladbach-smarte-senioreninfrastruktur-mit-urbanlife-

Die Nutzung von Instrumenten eines systematischen Nachhaltigkeitsmanagements in der Kommune ist bei einer deutlichen Mehrheit der befragten Kommunalpolitiker noch kein Thema – allerdings bewerten diejenigen, deren Kommune eines oder mehrere Instrumente bereits eingeführt hat, diese mehrheitlich als hilfreich für ihre Ratsarbeit. Diese Einschätzung trifft etwa auf übergreifende Nachhaltigkeitsstrategien stärker zu als auf Nachhaltigkeitsberichte. Entsprechend wird auch nur etwa ein Fünftel der Befragten in Beschlussvorlagen mithilfe von Indikatoren informiert. Im Hinblick auf fördernde Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung sehen sowohl Kommunalpolitiker als auch die 2016 befragten Verwaltungschefinnen und -chefs das Engagement der Verwaltungsspitzen als den bedeutsamsten Erfolgsfaktor. Die am stärksten verbreiteten Förderfaktoren für eine nachhaltige Entwicklung sind nicht diejenigen, denen die größte Bedeutung zugeschrieben wird.

Perspektive auf die Übernahme globaler Verantwortung

Globale Verantwortung ist als Thema noch kaum in den deutschen Kommunalräten angekommen. Dennoch geben immerhin 15 Prozent der Befragten an, dass das Thema in ihrem Rat als ein wichtiges angesehen werde. Auch hier unterscheiden sich Kommunen unterschiedlicher Lage, Größe und Typs nicht voneinander. Innerhalb der Fraktionen wird der Übernahme globaler Verantwortung auf kommunaler Ebene jedoch mehr Bedeutung zugemessen, was insbesondere auf westdeutsche Kommunen und einzelne Parteien zutrifft.

Rolle der Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung

Rund zwei Drittel der befragten Kommunalpolitiker sehen in der Digitalisierung eine Chance für die kommunale nachhaltige Entwicklung – was insbesondere auf die Digitalisierung von Verwaltung und Ratsarbeit zutrifft, aber auch auf andere Handlungsfelder wie Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur, Mobilität und Bildung.

Methode

Ziel und Grundgesamtheit der Befragung

Die Befragung zielte darauf ab, den Stand der nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen aus Sicht der Kommunalpolitik zu erheben. Konkret war sie an die Fraktionsvorsitzenden der Stadt- und Gemeinderäte aller bundesdeutschen Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie an die Fraktionsvorsitzenden der Kreistage aller (Land-)Kreise in Deutschland gerichtet. Damit war die Befragung als Vollerhebung angesetzt. Es muss aber vorausgestellt werden, dass zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Studie keine Statistiken über die Fraktionen in deutschen Kommunen und damit die genaue Anzahl von Fraktionsvorsitzenden vorlag, wodurch die Grundgesamtheit dieser Studie nicht bekannt ist.

Auswahl der Befragungsform

Um eine hohe Fallzahl und damit eine möglichst repräsentative Abbildung der Perspektive deutscher Kommunalpolitiker zur nachhaltigen Entwicklung in Kommunen erreichen zu können, wurde auf eine quantitative Befragungsform mit standardisierten und größtenteils geschlossenen Antwortformaten gesetzt. Da persönliche oder telefonische Erhebungen aus zeitlichen und finanziellen Gründen ausgeschlossen werden mussten, lag die Entscheidung zwischen einer Befragung in postalischer Form und einer Onlineumfrage. In der Verwaltungsbefragung des Vorjahres (Riedel et al. 2016: 32–56) wurde eine schriftliche Befragung auf postalischem Weg u. a. deshalb vorgezogen, da davon auszugehen war, dass zur angemessenen Beantwortung der Fragen in manchen Kommunen der Fragebogen ggf. verwaltungsintern mehrfach weitergegeben werden musste. Der Fokus der diesjährigen Befragung hingegen lag stärker auf der Wahrnehmung und Einschätzung individueller Personen als auf der Abfrage von Fakten zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement. Entsprechend wurden die Befragten als individuelle Personen adressiert und daher, wie unten detaillierter beschrieben, größtenteils über private Adressen rekrutiert. Aus diesem Grund entfiel auch der Einwand einer erschwerten mehrfachen Weitergabe im Fall einer Onlinebefragung. Da davon auszugehen war, dass Kommunalpolitiker durch ihre Funktion als öffentliche Personen mit der Handhabung digitaler Medien vertraut sind und damit keine systematische „Aversion“ gegenüber diesen Medien aufweisen, wurden ähnliche Rücklaufwahrscheinlichkeiten für beide Alternativen angenommen. Da Onlinebefragungen jedoch deutlich ressourceneffizienter und damit auch zeitgemäßer sind, wurde entschieden, diese Befragung als **Onlinebefragung** durchzuführen. In wenigen Fällen wurde auf Nachfrage alternativ der Fragebogen in Papierversion zur Verfügung gestellt und nach Rücksendung intern eingegeben.

Praxisbeispiel

Wien – Digitale Agenda Wien

Wir leben in einem Zeitalter der Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche: Die Stadt Wien legt mit der Digitalen Agenda Wien eine Strategie vor, wie mit diesem besonderen Veränderungsprozess erfolgreich umgegangen werden kann. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Positionierung von Wien als Smart City zu sehen.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/international/wien-digitale-agenda-wien

Entwicklung des Fragebogens

Aufgrund der schriftlichen Befragungsform ohne die Möglichkeit zur direkten Rücksprache zwischen der Zielgruppe und der Studienleitung musste die Befragung auch ohne persönliche Ansprache zur

vollständigen Teilnahme motivieren, möglichst einfach handhabbar und der Fragebogen selbsterklärend sein, was hohe Ansprüche sowohl an die Rekrutierung und den Ablauf der Befragung als auch an den Inhalt des Fragebogens mit sich brachte. Der Fragebogen und begleitende Einladungsschreiben wurden durch das Difu in enger Abstimmung mit der Bertelsmann Stiftung und dem das Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ begleitenden Projektbeirat entwickelt. Im Projektbeirat wirken Vertreter des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit, sodass bei der Rekrutierung zur Befragung die ausdrückliche Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände versichert werden konnte.

Inhaltlich standen **fünf Bausteine** im Zentrum der Erhebung: (1) Der Stand und Stellenwert von nachhaltiger Entwicklung – sowohl in den Räten im Allgemeinen als auch in den einzelnen Fraktionen im Speziellen –, (2) der Stand und Stellenwert von übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategien (Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie), (3) die Rolle, Möglichkeiten und Schwerpunkte der Kommunalpolitik beim Thema nachhaltige Entwicklung, (4) der Stand des Nachhaltigkeitsmanagements in der jeweiligen Kommune und dessen Implikationen für die Ratsarbeit und schließlich (5) die Perspektive auf die Übernahme globaler Verantwortung in Räten und Fraktionen. Da Letzteres auch den Schwerpunkt unserer Befragung zur nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen aus Sicht der Verwaltungsspitzen bildete (siehe Riedel et al. 2016: 32–56), waren insbesondere in diesem Themenblock auch Vergleiche zu den Befragungsergebnissen des Vorjahres von Interesse. Zusätzlich zu diesen fünf Schwerpunkten wurde außerdem die wahrgenommene **Rolle der Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung in Kommunen** als Sonderthema und Schwerpunkt des im Dezember 2017 ausgerichteten zehnten Kommunalkongresses der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages abgebildet. Die wissenschaftliche Grundlage bei der Entwicklung dieser Bausteine bildete eine umfangreiche Literaturrecherche, bei der ein besonderes Augenmerk auf die Konstitution der politischen Praxis in deutschen Kommunen gelegt wurde – etwa hinsichtlich ihrer Verflechtung mit dem kommunalen Verwaltungshandeln und des potenziellen Verhältnisses von kommunaler Politik und Verwaltung zur nachhaltigen Entwicklung. Gleichsam wurden die aktuellen Debatten und Publikationen zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in deutschen Kommunen im Allgemeinen und zum Agenda-2030-Prozess auf kommunaler Ebene im Speziellen zugrunde gelegt.

Insgesamt setzt sich der Fragenkatalog aus quantitativen Fragen, also Fragen mit geschlossenen Antwortvorgaben zusammen, die in manchen Fällen um eigene, qualitative Anmerkungen ergänzt werden konnten. Er wurde adressatenbezogen formuliert; als Fragetypen kamen Fragen mit Einfach- und Mehrfachantworten sowie Matrixfragen zum Einsatz. Es wurde ein durchschnittlicher Bearbeitungsaufwand von 15 bis 20 Minuten angestrebt, da erfahrungsgemäß die mittlere benötigte Dauer insbesondere in einer Onlinekommunalbefragung diesen Rahmen nicht überschreiten darf, um keine hohen Abbruchraten zu riskieren.

Planung und Vorbereitung der Befragung

Wie bereits oben angesprochen, galt es sicherzustellen, dass der Fragebogen und alle begleitenden Informationen selbsterklärend waren und zur Teilnahme motivierten. Um die Formulierung von einführenden Informationen, Einzelfragen und deren Antwortvorgaben im Detail zu prüfen und damit jegliche Verständnisschwierigkeiten oder andere Fehlerquellen auszuschließen, wurde eine erste Papierversion des Fragebogens im Zeitraum vom 8. bis 25. August 2017 einem **Pretest** unterzogen. Hierfür wurden zehn Fraktionsvorsitzende aus vier Kommunen aus vier verschiedenen Bundesländern und unterschiedlichen Kommunaltyps (drei Städte und ein Kreis) ausgewählt. Insgesamt gab es sieben Rückläufe. Anhand von begleitenden Zusatzfragen konnten die Kommentare und Anmerkungen der Befragten systematisch erfasst und so für eine Überarbeitung der Befragung nutzbar

gemacht werden. Es wurde vor allem überprüft, ob die innere Logik kohärent, die verwendete Sprache verständlich und die Länge des Fragebogens zumutbar war – mit dem Ziel auszuschließen, dass Form und/oder Inhalt der Fragen Effekte provozieren, die nicht intendierte Auswirkungen auf die Ergebnisse haben könnten.

Im Ergebnis äußerten sich die sieben Befragten grundsätzlich positiv. Da drei von sieben Personen angaben, dass ihnen die angekündigte Bearbeitungsdauer von 15 bis 20 Minuten nicht ausgereicht habe, wurde die Anzahl der Fragen reduziert. Zudem wurden nach Vorschlag der Befragten einleitende Texte gekürzt und wenige Detailänderungen an Fragen oder Antwortmöglichkeiten vorgenommen. Zusätzlich wurde angemerkt, dass der komplexe Gegenstand eine hohe Konzentration der Befragten erfordere, wenngleich eine Komplexitätsreduktion als unangemessen eingeschätzt worden wäre. Insgesamt konnten auf Grundlage des Pretests keine vermeidbaren systematischen Fehlerquellen angenommen werden, sodass keine grundsätzlichen Änderungen an der inneren Logik der Fragen bzw. des Fragebogens als solchem vorgenommen werden mussten.

Die finale Version des Fragebogens beinhaltete **16 Fragen**, die in Abhängigkeit bestimmter Antworten durch **fünf Filterfragen** ergänzt wurden, sowie **fünf Hintergrundfragen** zur statistischen Einordnung der Befragten (d. h. Kommunaltyp und -größe, Rolle der Befragten, Bundesland und Parteizugehörigkeit). Der Fragebogen wurde mittels der Onlineanwendung des Anbieters LimeSurvey digitalisiert. Dabei mussten manche Fragen aufgrund technischer Beschränkungen in der Darbietungsform leicht abgewandelt werden. Nach weiteren Difu-internen Testläufen wurde die Onlinebefragung in **anonymisierter Form** aktiviert, sodass jede Person mit gültigem Link auf die Befragung zugreifen konnte. Den Teilnehmer wurde durch einen Fortschrittsbalken der aktuelle Stand im Fragebogen angezeigt. Die Rückwärtsnavigation war zugelassen, und es war möglich, Zwischenergebnisse zu speichern und die Befragung zu einem späteren Zeitpunkt zu beenden. Am Ende der Befragung konnten die Teilnehmer individuelle Antworten zudem für ihre eigene Dokumentation ausdrucken und hatten die Möglichkeit, sich auf eine zweite Befragung zur Eingabe der E-Mail-Adresse für die Rückmeldung von Ergebnissen weiterleiten zu lassen. Durch das Setzen eines Cookies wurde verhindert, dass Personen von derselben IP-Adresse mehrfach teilnehmen konnten.

Durchführung der Befragung

Die Rekrutierung zur Befragung erfolgte über ein **postalisches Anschreiben**, das Informationen zum Zweck und Hintergrund der Befragung, zum Datenschutz, zur Teilnahmefrist und zur Handhabung enthielt. So wurde etwa hervorgehoben, dass die Fraktionsvorsitzenden um möglichst persönliche Beantwortung gebeten wurden, eine Beantwortung jedoch auch an geeignete andere Personen in der Fraktion übertragen werden konnte. Im Falle von Fraktionsgemeinschaften wurden die Vorsitzenden oder ggf. geeignete andere Personen, im Falle fehlender Fraktionen die Vorsitzenden des Stadt-/Gemeinderates bzw. Kreistages um die Beantwortung der Fragen gebeten. Zudem wurden Ansprechpartner im Difu für mögliche Fragen genannt und der Link zur Onlinebefragung mitgeteilt, den die Adressierten händisch übernehmen mussten (er lautete „http://umfrage.difu.de/monako“). Dieses Anschreiben wurde den Fraktionsvorsitzenden aller Kommunen über 20.000 Einwohnern in personalisierter Form an die Privatadresse zugestellt. Die entsprechende Datenbank wurde von einem kommerziellen Anbieter bezogen und beinhaltete die Namen und postalischen Anschriften von 2.959 Fraktionsvorsitzenden aus Städten über 20.000 Einwohnern sowie von 1.358 Fraktionsvorsitzenden aus Kreisen. Da diese Agentur jedoch keine Adressen von Fraktionsvorsitzenden aus Städten und Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern anbieten konnte, musste die Rekrutierung dieser Teilgruppe auf anderem Weg erfolgen. So wurde für insgesamt 2.209 Kommunen auf eine bereits 2016 verwendete interne, nicht öffentlich zugängliche

Datenbank mit den Anschriften der kommunalen Verwaltungen zurückgegriffen. In einem unpersönlich formulierten Anschreiben, das inhaltlich ansonsten dem persönlichen Anschreiben für größere Kommunen entsprach, wurde darum gebeten, das Anschreiben an die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden oder andere adressierte Personen weiterzuleiten. Damit ergibt sich in der Rekrutierung ein **Methodenmix**, von dem auszugehen war, dass er unterschiedliche Rücklaufquoten von Kommunen gleich, über und unter 20.000 Einwohnern und damit auch unterschiedlich repräsentative Teilstichproben nach sich ziehen würde. Dennoch fiel die Entscheidung für diese Vorgehensweise, da hiermit insgesamt eine höhere Teilnahmequote zu erwarten war als bei einer ausschließlichen Rekrutierung über die Verwaltungen. Zudem sind erfahrungsgemäß auch bei gleichen Rekrutierungsmethoden die Beteiligungen aus Kommunen unterschiedlicher Größen ungleichmäßig hoch, da kleinere Städten und Gemeinden schwieriger für eine Teilnahme zu gewinnen sind als größere Kommunen (vgl. Riedel et al. 2016: 36–37).

Der Versand der **insgesamt 6.526 Anschreiben** erfolgte am 7. September 2017 mittels Dialogpost; davon kamen fünf als unzustellbar zurück. Der Fragebogen wurde zum 7. September 2017 aktiviert und am 14. September von den ersten Teilnehmern beantwortet. Als Teilnahmefrist wurde zwar der 30. September angegeben, jedoch wurden – aufgrund von mehreren Nachfragen – noch Teilnahmen bis am 22. Oktober 2017 in der Auswertung berücksichtigt. Eine Nachfassaktion wurde nicht durchgeführt.

In der Onlinebefragung wurde einleitend erneut erläutert, an welche Personen sich die Befragung richtete. Zudem wurden weitere Informationen zum Datenschutz sowie Instruktionen zur Beantwortung der Fragen gegeben, häufig genannte Begriffe erläutert und Ansprechpartner im Difu genannt, die ggf. auch telefonisch Fragen beantworten konnten. Abschließend hatten die Befragten die Möglichkeit, ihren Wunsch nach Rückmeldung der zusammengefassten Ergebnisse zu bekunden.

Ergebnisse

Erläuterungen zur Auswertungsmethodik und Angaben zur Stichprobe

Die in die Auswertung einbezogenen Fragebögen wurden von den Teilnehmern sorgfältig und größtenteils vollständig ausgefüllt, sodass mit Ausnahme der Filterfragen, die sich nur an eine Teilgruppe richteten, die meisten Fragen verhältnismäßig wenig fehlende Antworten aufweisen. Angaben zu den Fallzahlen je Frage finden sich bei den entsprechenden Abbildungen. Alle Fragen wurden standardmäßig für die Gesamtstichprobe und für die Teilstichproben Städte/Gemeinden versus Kreise, regionaler Bezug (d. h. west- versus ostdeutsche Bundesländer) sowie für Städte und Gemeinden nach folgenden Größenklassen ausgewertet: 5.000 bis unter 10.000, 10.000 bis unter 50.000, 50.000 bis unter 100.000 sowie 100.000 und mehr Einwohner (vgl. Riedel et al. 2016: 38–39). In manchen Fällen wurden die Antworten zudem nach den am häufigsten vertretenen Parteien ausgewertet. Auf eine vollständige Darstellung aller Ergebnisse in Form von Abbildungen musste aus Platzgründen verzichtet werden;

Praxisbeispiel

Österreich – Transparenzplattform Offenerhaushalt.at

Maximale Transparenz in österreichischen Gemeindehaushalten: Mit der Open-Government-Data-Plattform wird es Kommunen leicht gemacht, ihre Daten für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Auch die Nutzer profitieren von der Vergleichbarkeit, der Detailtiefe und dem zentralen Zugriff auf die Daten.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/international/osterreich-transparenzplattform-offenerhaushalt-at

textlich wird jedoch auf Besonderheiten und interessante Ergebnisse, die nicht aus den Abbildungen hervorgehen, eingegangen. Die Antworten wurden mit Kennzahlen der deskriptiven Statistik ausgewertet. Um statistisch bedeutsame („signifikante“) Unterschiede zwischen Teilstichproben zu ermitteln, wurden prozentuale Verteilungen kategorialer Merkmale mittels „Chi-Quadrat-Test“ überprüft, Mittelwertsunterschiede wurden mit „t-Tests“ bei zwei Teilgruppen (Vergleich regionaler Bezug und Kommunaltyp) und „F-Tests“ bei mehreren Teilgruppen (Vergleich Einwohnergrößenklasse und Parteizugehörigkeit) getestet. Die maximale Irrtumswahrscheinlichkeit wurde dabei auf 5 Prozent festgelegt.

Der **Rücklauf** belief sich auf insgesamt ***N* = 937** vollständige Teilnahmen. In 228 Fällen wurde der Fragebogen nicht abgeschlossen; diese Fälle fanden in der Auswertung keine Berücksichtigung. Eine Rücklaufquote kann nicht angegeben werden, da unbekannt ist, wie viele Fraktionen in den über die Verwaltungen angeschriebenen Städten und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern bestehen und weil die Adressdatenbank der Fraktionsvorsitzenden von Kommunen ab 20.000 Einwohnern keine Einwohnerzahlen oder Gemeindeschlüssel beinhaltet.

Unter den 937 Teilnehmern waren ***n* = 878 Fraktionsvorsitzende**, was einer Quote von **93,7 Prozent** entspricht. Hingegen gaben *n* = 44 Personen (4,7 Prozent) an, in anderer Rolle geantwortet zu haben, darunter größtenteils stellvertretende Fraktionsvorsitzende oder Fraktionsmitglieder, teils mit besonderen Aufgaben, wie etwa Fraktionssprecher und Fraktionsgeschäftsführer, Stadt- und Gemeinderäte, Ausschussvorsitzende oder -mitglieder und in wenigen Fällen (Ober-)Bürgermeister. Weitere 15 Personen (1,6 Prozent) machten zu ihrer Rolle keine Angabe. Hinsichtlich des Kommunaltyps waren die meisten Beteiligten Kommunalpolitiker in einer Stadt oder Gemeinde (*n* = 800 bzw. 85,4 Prozent) und damit beinhaltete die Stichprobe einen relativ kleinen Anteil von *n* = 130 Kommunalpolitikern aus Kreisen (13,9 Prozent) und mit *n* = 7 fehlenden Angaben. Schließlich ist auch die Verteilung nach der regionalen Lage unproportional verteilt, mit einem wesentlich höheren Anteil aus westlichen bzw. alten (*n* = 828 bzw. 88,4 Prozent) gegenüber östlichen bzw. neuen Bundesländern (n = 104 bzw. 11,1 Prozent) bei *n* = 5 fehlenden Angaben. Abbildung 14 schlüsselt die regionale Lage weiter auf. Hier wird ersichtlich, dass sich Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen (21,1 Prozent), Bayern (17,7 Prozent), Niedersachsen (14,8 Prozent) und Baden-Württemberg (14,4 Prozent) am stärksten beteiligt haben, während die Bundesländer Berlin und Mecklenburg-Vorpommern anteilig mit jeweils *n* = 6 Teilnahmen (0,6 Prozent) am schwächsten sowie Bremen und Hamburg gar nicht vertreten waren. Wie in Abbildung 15 ersichtlich ist, war die Beteiligung von Kommunalpolitikern aus Großstädten mit *n* = 31 Fällen (3,3 Prozent) und von Vertretern aus größeren Mittelstädten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern (*n* = 56, 6,0 Prozent) relativ gering. Die anteilig größte Teilgruppe stellen Fraktionsvorsitzende aus Städten und Gemeinden zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern dar (*n* = 484, 51,7 Prozent), gefolgt von Kommunalpolitikern aus Kleinstädten und Gemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern (*n* = 224, 23,9 Prozent). Aus Abbildung 16 zudem hervor, dass Politiker der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE (21,9 Prozent), der SPD (21,7 Prozent) und der CDU/CSU (20,3 Prozent) am häufigsten vertreten sind. Für Auswertungen nach der Parteizugehörigkeit wurden aus statistischen Gründen alle Parteien zusammengefasst, die mit weniger als 30 Fällen repräsentiert waren, sodass neben den bereits genannten Parteien nur FREIE WÄHLER, FDP und DIE LINKE als Teilgruppen analysiert werden konnten, während alle anderen zu „andere bzw. keine Partei“ zusammengefasst wurden.

ABBILDUNG 14: Beteiligung von Kommunalpolitikern aus verschiedenen Bundesländern (n = 937; Bremen und Hamburg nicht vertreten) (Quelle: Difu)

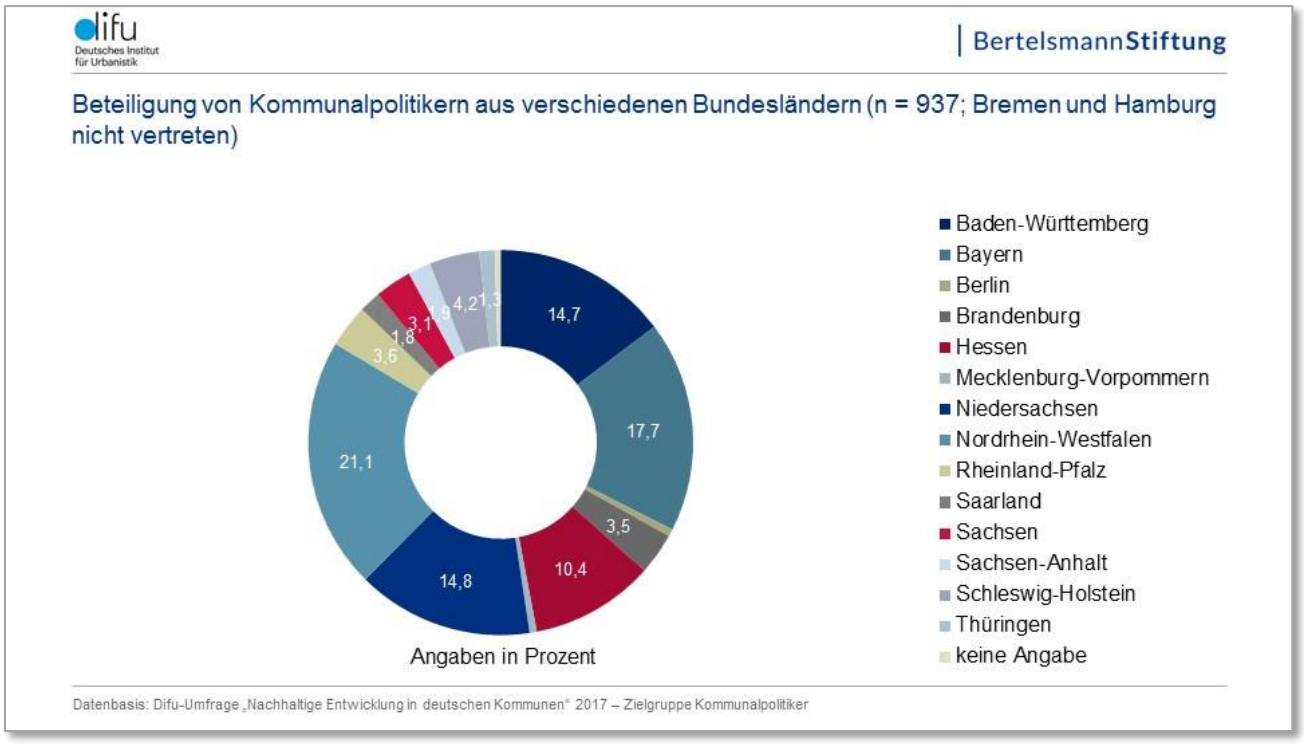


ABBILDUNG 15: Beteiligung von Kommunalpolitikern aus Kommunen verschiedener Typen und Größenklassen (n = 925) (Quelle: Difu)

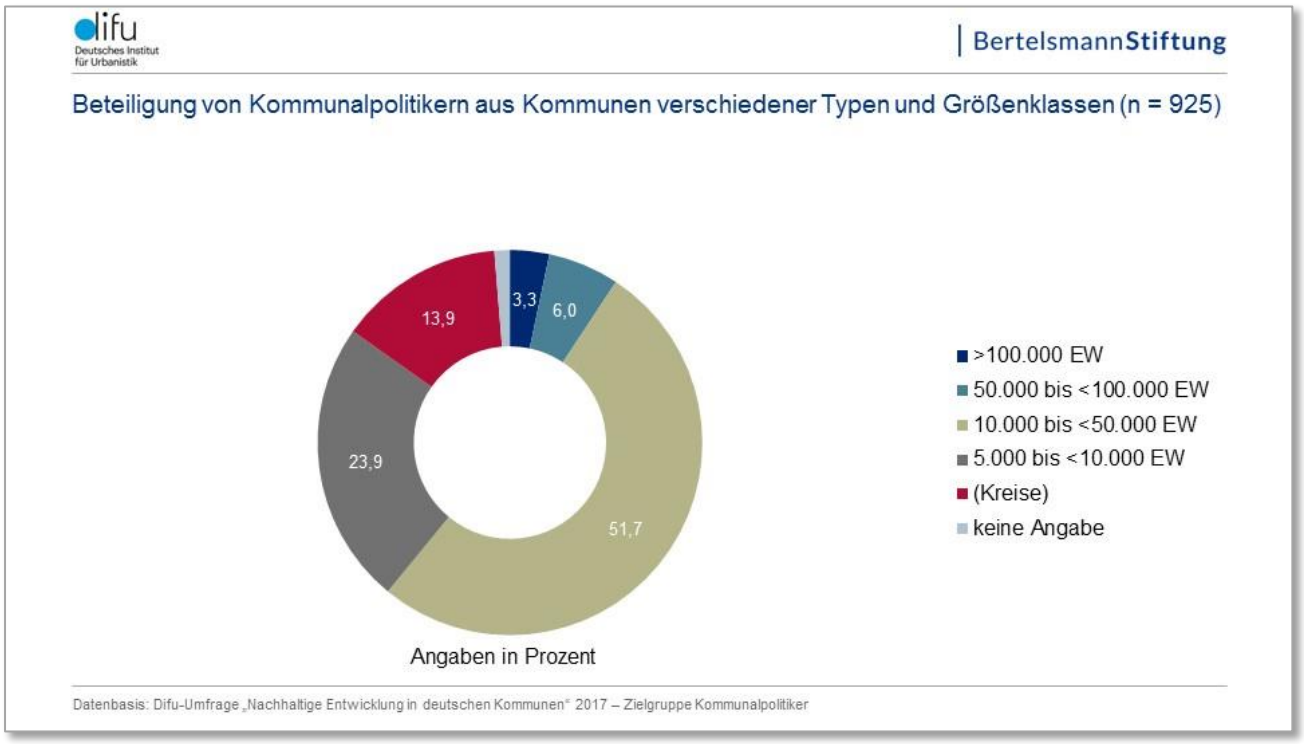
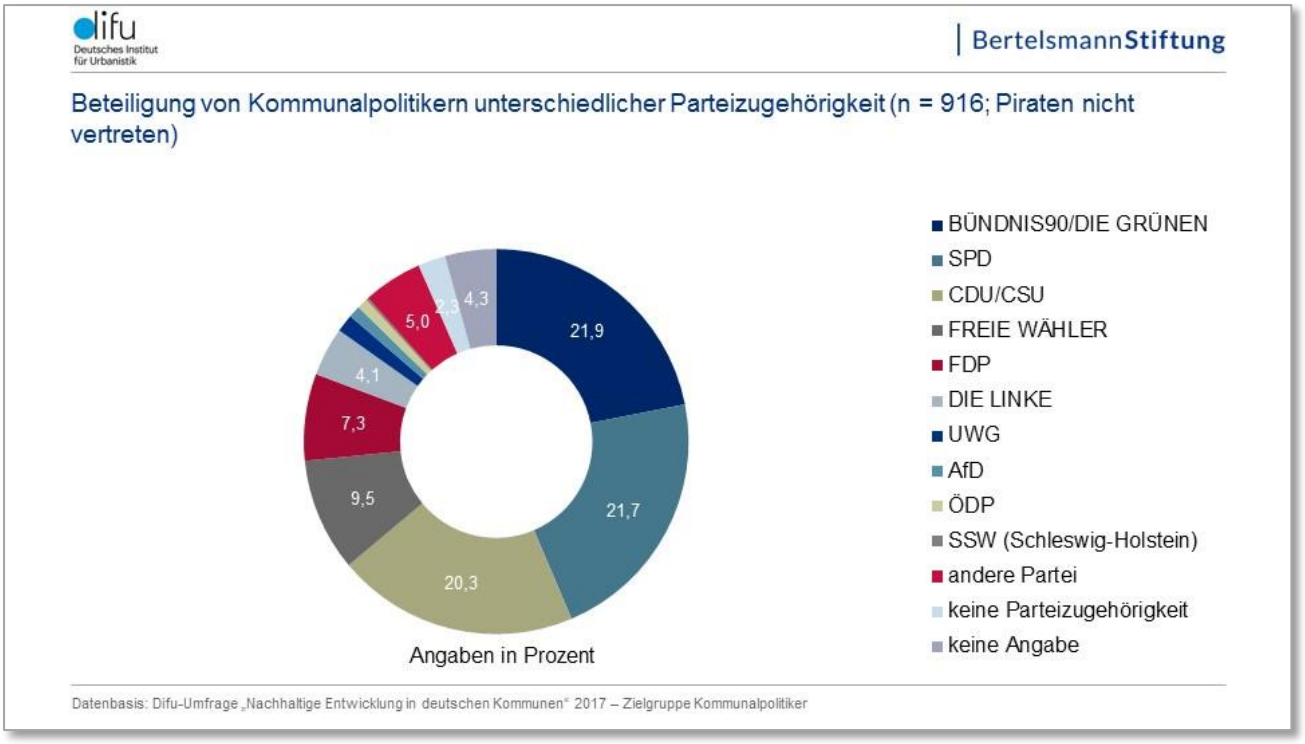


ABBILDUNG 16: Beteiligung von Kommunalpolitikern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit (n = 916; Piraten nicht vertreten) (Quelle: Difu)

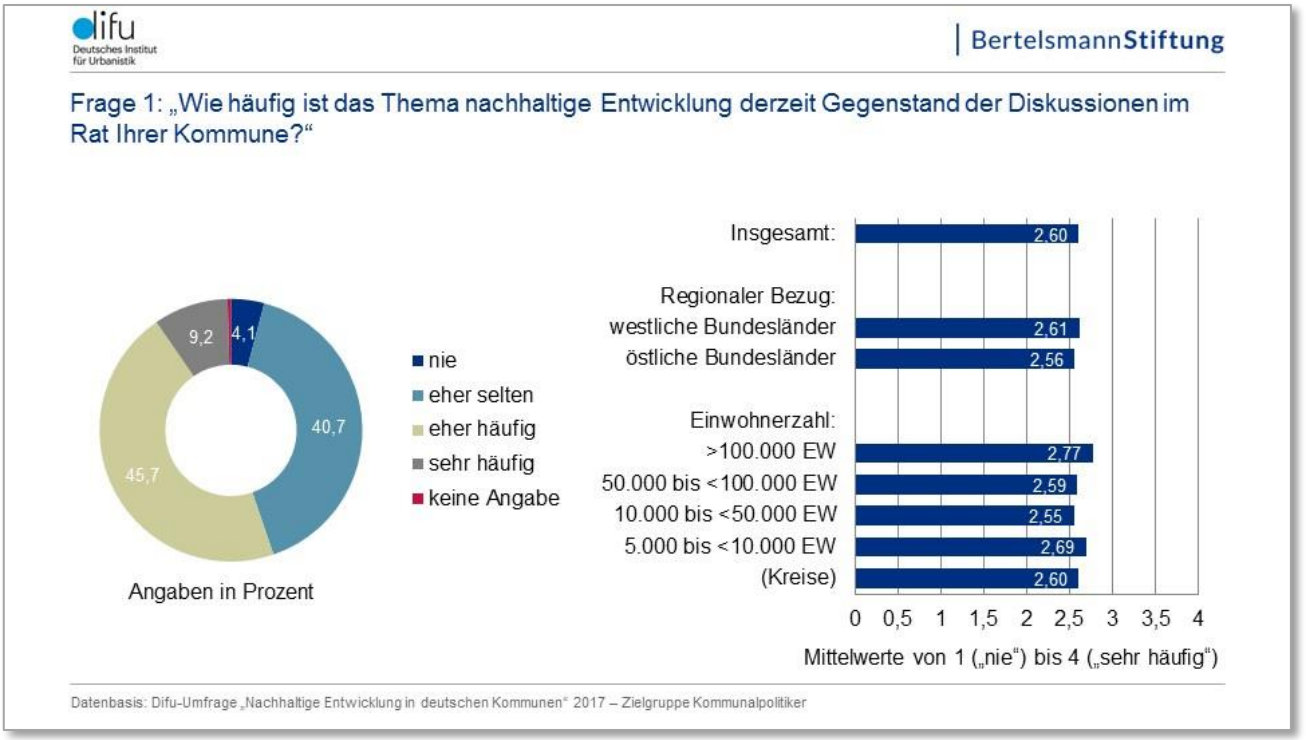


Stand und Stellenwert von nachhaltiger Entwicklung

Frage 1: „Wie häufig ist das Thema nachhaltige Entwicklung derzeit Gegenstand der Diskussionen im Rat Ihrer Kommune?"

Nachhaltigkeit hat in den Diskussionen der deutschen Kommunalpolitik inzwischen fast flächendeckend Eingang gefunden (Abbildung 17): Über die Hälfte der Befragten (rund 55 Prozent) gab an, dass das Thema nachhaltige Entwicklung eher häufig oder sehr häufig im Rat ihrer Kommune diskutiert werde; nur bei rund vier Prozent der Befragten kam das Thema gar nicht zur Sprache. Der Mittelwert auf der Bewertungsskala von „nie" (1) bis „sehr häufig" (4) lag mit 2,6 im oberen mittleren Bereich. Bei dieser Frage machte es kaum einen Unterschied, ob Kommunen in den west- oder ostdeutschen Bundesländern oder ob Städte und Gemeinden oder aber Kreise angesprochen waren. Hinsichtlich der Einwohnerzahl war nachhaltige Entwicklung tendenziell vor allem in den Großstädten durchschnittlich häufiger Thema. Darüber hinaus gaben verhältnismäßig viele Befragte aus Kleinstädten und Gemeinden bis 10.000 Einwohnern an, dass das Thema in der Ratsarbeit „häufig" oder „sehr häufig" präsent sei. Allerdings sind die Unterschiede nicht signifikant, sodass insbesondere der erhöhte Mittelwert der kleinsten Städte und Gemeinden an dieser Stelle nicht alleinstehend interpretiert werden sollte.

ABBILDUNG 17: Häufigkeit des Themas nachhaltige Entwicklung in den Räten (n = 933) (Quelle: Difu)



Frage 2: „Wie häufig ist das Thema nachhaltige Entwicklung derzeit Gegenstand der Diskussionen in Ihrer Fraktion?“

In Abbildung 18 zeigt sich, dass in den Diskussionen innerhalb der Fraktionen nachhaltige Entwicklung häufiger präsent war als in den Ausschüssen der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Kreistage: So gaben rund 77 Prozent der Befragten an, dass nachhaltige Entwicklung „eher häufig“ oder „sehr häufig“ Gegenstand der fraktionsinternen Diskussionen sei – während dies bei nur einem Prozent der Teilnehmer nie der Fall war. Dementsprechend war der Mittelwert auf der Bewertungsskala von „nie“ (1) bis „sehr häufig“ (4) mit rund 3,0 deutlich höher als in Frage 1, die sich auf die allgemeine Ratsarbeit bezog. Wie in der allgemeinen Ratsarbeit in Frage 1 stand das Thema Nachhaltigkeit auch auf der Fraktionsebene tendenziell in den Großstädten am häufigsten auf der Agenda: Bei rund einem Drittel der Befragten war dies „sehr häufig“ der Fall. Ansonsten zeigten sich auch hier keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich Kommunaltyp oder Bundesland, jedoch unterschied sich die Bewertung in Abhängigkeit der Parteizugehörigkeit signifikant (Abbildung 19): Die Antworten der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lassen darauf schließen, dass in ihrer Fraktion das Thema durchschnittlich am häufigsten Gegenstand der Diskussionen war (Mittelwert 3,45). Dahinter folgten die Kommunalfraktionen anderer Parteien (Mittelwert 3,20) und der Partei DIE LINKE (Mittelwert 3,05), während FDP und CDU/CSU nachhaltige Entwicklung verhältnismäßig seltener in Fraktionssitzungen zum Thema machten. Dennoch lagen selbst deren Mittelwerte von 2,81 bzw. 2,82 über der durchschnittlichen Bewertung der Häufigkeit der Diskussionen im Rat insgesamt (siehe Frage 1). Warum sich also die insgesamt recht häufigen Diskussionen in den einzelnen Fraktionen nicht in der Öffentlichkeit einer Ratssitzung widerspiegeln, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Entweder wird dem Thema Nachhaltigkeit im Rat insgesamt nicht ausreichend Bedeutung für eine häufigere Thematisierung beigemessen oder die Ratssitzungen sind stärker von tagesaktuellen Einzelthemen anstatt von Fragen längerfristiger und strategischer Ausrichtungen vereinnahmt. Alternativ könnte dieser Befund auch mit einer methodischen Fehlerquelle erklärbar sein, nämlich einer typischen Tendenz zur positiven Selbstdarstellung.

ABBILDUNG 18: Häufigkeit des Themas nachhaltige Entwicklung in den Fraktionen (n = 932) (Quelle: Difu)

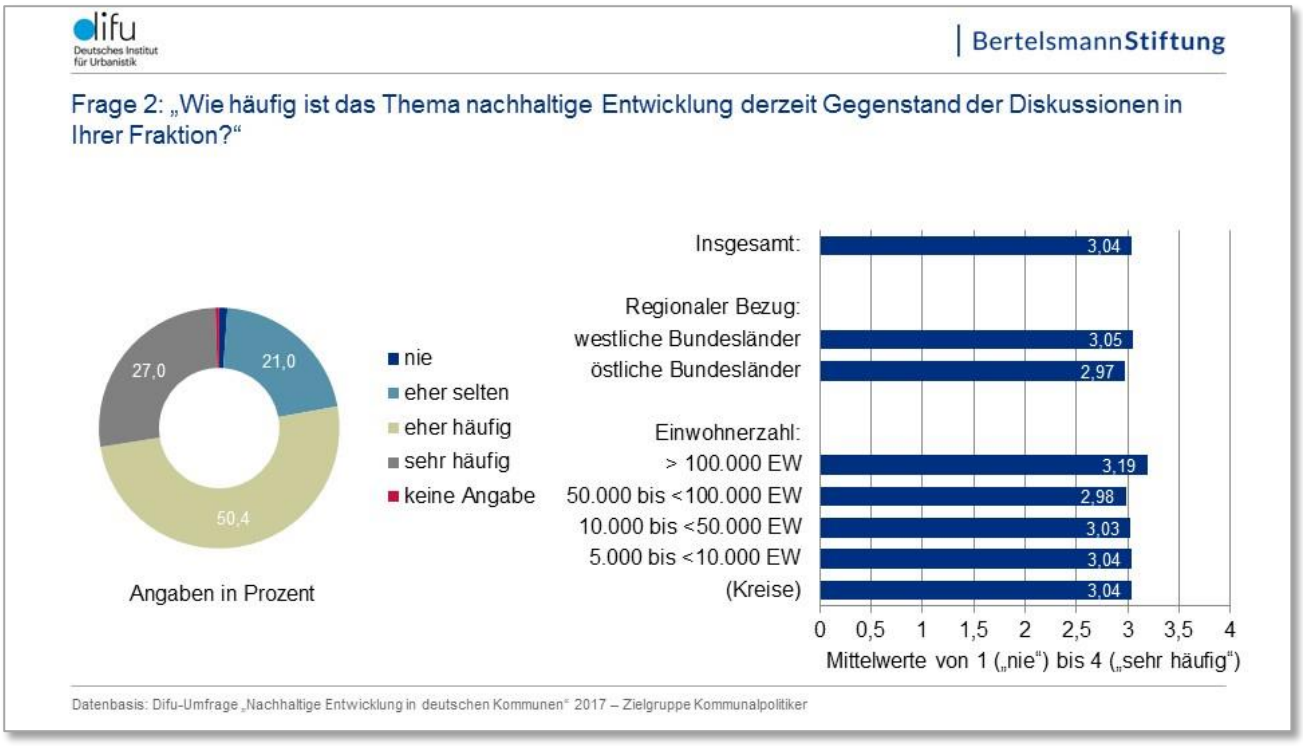
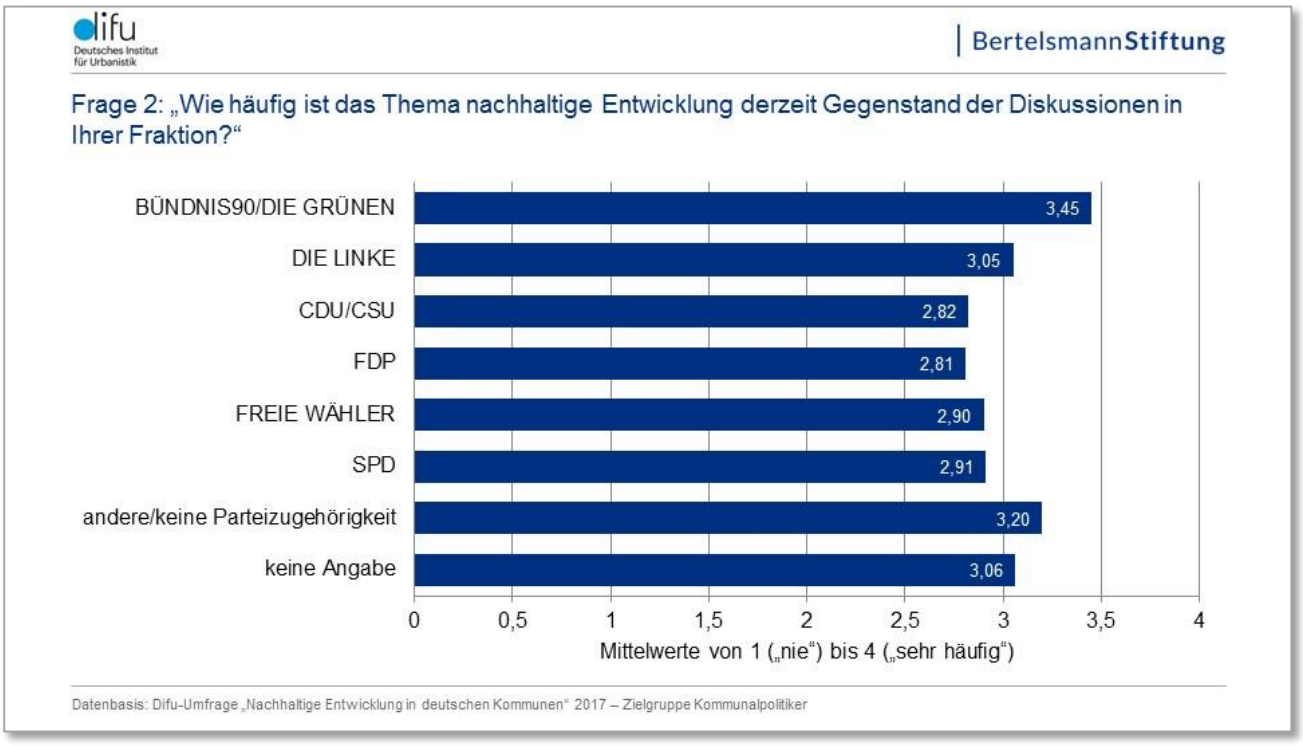


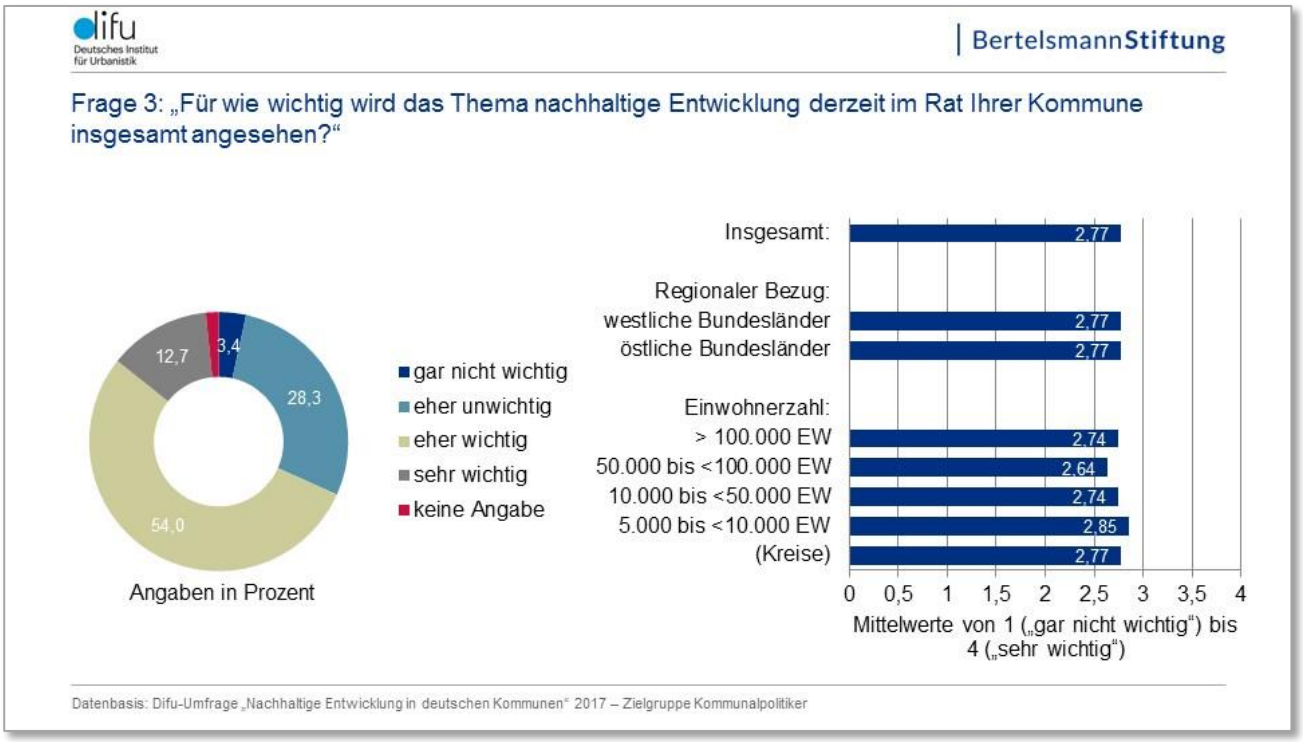
ABBILDUNG 19: Häufigkeit des Themas nachhaltige Entwicklung in den Fraktionen (n = 919) (Quelle: Difu)



Frage 3: „Für wie wichtig wird das Thema nachhaltige Entwicklung derzeit im Rat Ihrer Kommune insgesamt angesehen?“

Die Bewertung der aktuellen Präsenz, d. h. der Häufigkeit des Themas Nachhaltigkeit, in den Fragen 1 und 2 wurde in den darauffolgenden beiden Fragen 3 und 4 um eine Einschätzung der Wichtigkeit des Themas in den Räten und Fraktionen ergänzt. Rund zwei Drittel (66,7 Prozent) der Befragten gaben an, dass das Thema nachhaltige Entwicklung im Rat ihrer Kommune als „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ angesehen werde (Abbildung 20). Der Mittelwert auf der Bewertungsskala von „gar nicht wichtig“ (1) bis „sehr wichtig“ (4) liegt dabei im oberen mittleren Bereich (2,77). Es lassen sich keine signifikanten Unterschiede in den Mittelwerten von Teilnehmern aus westdeutschen gegenüber ostdeutschen Bundesländern, aus Städten und Gemeinden gegenüber Kreisen oder aus Städten und Gemeinden verschiedener Einwohnerzahlen feststellen.

ABBILDUNG 20: Wichtigkeit des Themas nachhaltige Entwicklung in den Räten (n = 922) (Quelle: Difu)

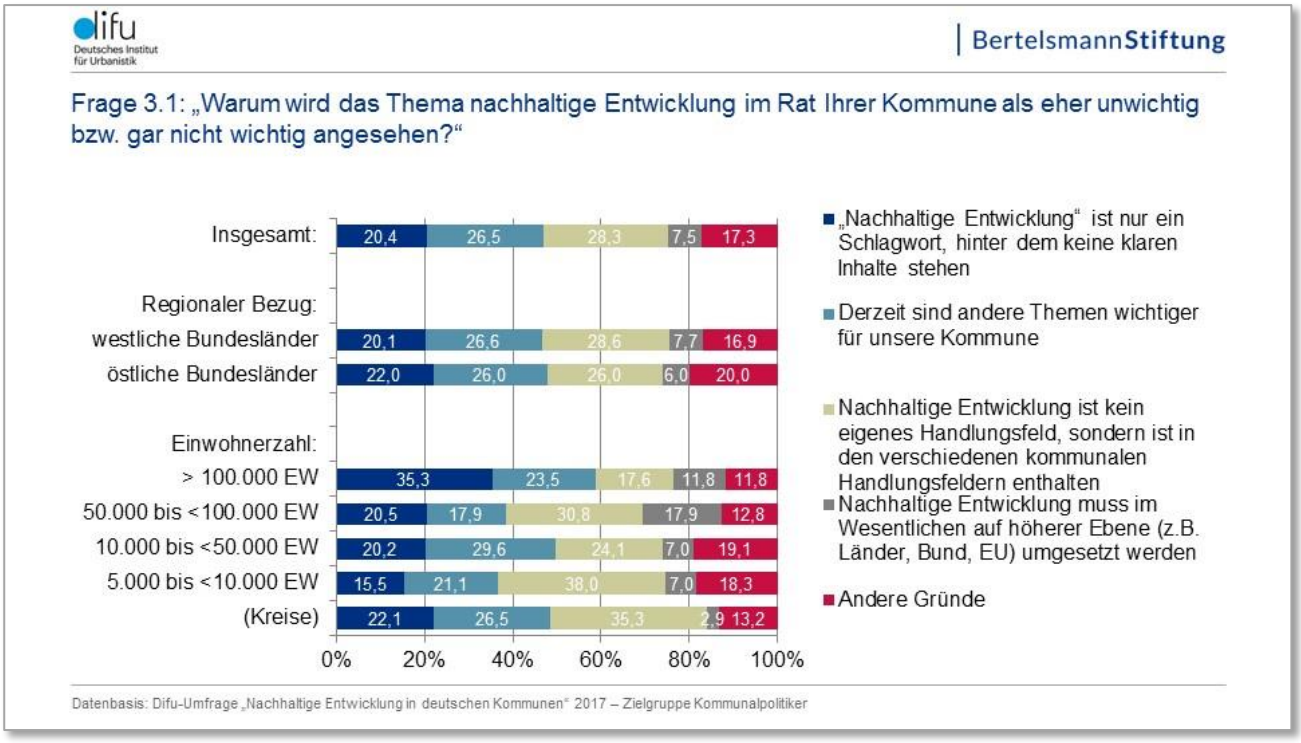


Interessant ist auch ein Vergleich mit einer ähnlichen Frage, die in der Befragung 2016 (Riedel et al. 2016: 39) den Verwaltungschefinnen und -chefs deutscher Kommunen gestellt wurde: Diese wurden gefragt, wie wichtig das Thema nachhaltige Entwicklung derzeit in ihrer Verwaltung sei. Damals hatte rund ein Drittel (32,1 Prozent) angegeben, dass das Thema „sehr wichtig“ sei. Weitere 57,7 Prozent schätzten das Thema in ihrer Verwaltung zum damaligen Zeitpunkt als „wichtig“ ein, während die Option „gar nicht wichtig“ von niemandem gewählt wurde. Der Mittelwert lag mit 3,2 somit deutlich über der mittleren Einschätzung zur Bedeutung des Themas in der Kommunalpolitik (2,77). Kurzum: Nachhaltigkeit wird in der deutschen Kommunalpolitik größtenteils als ein wichtiges Thema verstanden, doch die Verwaltungen messen dem Thema eine noch größere Bedeutung zu.

Frage 3.1: „Warum wird das Thema nachhaltige Entwicklung im Rat der Kommune als eher unwichtig bzw. gar nicht wichtig angesehen?“

Um Erkenntnisse zu gewinnen, aus welchen Gründen mancherorts nachhaltige Entwicklung in der Kommunalpolitik noch keine bedeutsame Rolle spielt, wurden per Filterfrage diejenigen befragt, die in Frage 3 Nachhaltigkeit im Rat als „kaum wichtiges“ oder „gar nicht wichtiges“ Thema wahrgenommen haben. Dazu wurden verschiedene potenzielle Gründe für eine Mehrfachauswahl vorgegeben. Darüber hinaus hatten die Befragten auch die Möglichkeit, offene Antworten zu geben. Durchschnittlich wählten die befragten Personen bei dieser Frage mehr als eine (rund 1,5) Antwortoption. Wie in Abbildung 21 ersichtlich, wurde am häufigsten (bei 28,3 Prozent aller Antworten) genannt, dass nachhaltige Entwicklung in der Kommune nicht als eigenes Handlungsfeld verstanden werde, sondern in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern enthalten sei. Mit anderen Worten wird in diesem Fall Nachhaltigkeit nicht als eigenes Thema behandelt, wodurch vermutlich auch kein explizites Nachhaltigkeitsmanagement in der Kommune existiert, also Nachhaltigkeit als integrales Thema in kommunalen Handlungsfeldern gesehen wird. Dem steht die ähnlich häufige Sichtweise (26,5 Prozent) entgegen, dass andere Themen derzeit wichtiger seien. Einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Konzept Nachhaltigkeit als inhaltsleeres Schlagwort wurde in rund einem Fünftel der Antworten (20,4 Prozent) Ausdruck verliehen, wobei es hier vor allem Befragte aus Großstädten waren, die diese Option gewählt haben. Vergleichsweise selten wurde die Verantwortung für nachhaltige Entwicklung auf höherer Ebene, wie etwa dem Land, dem Bund oder der EU, gesehen; dies trifft insbesondere auf Kommunalpolitiker aus Kreisen zu. Deutlich häufiger wurden andere Gründe genannt: Hier wurden vor allem fehlendes Wissen und Kompetenz von Ratsmitgliedern oder fehlendes Interesse anderer Parteien bzw. Fraktionen oder der Mehrheiten im Rat als Gründe angeführt. Etwas seltener wurde auf die Fokussierung auf aktuelle Themen und kurzfristige (Wahl-)Erfolge eingegangen, auf fehlende finanzielle Ressourcen oder die Unvereinbarkeit mit wirtschaftlichem Wachstum.

ABBILDUNG 21: Gründe für die geringe Bedeutung des Themas nachhaltige Entwicklung in den Räten (n = 295; 452 Mehrfachantworten) (Quelle: Difu)



Frage 4: „Für wie wichtig wird das Thema nachhaltige Entwicklung derzeit in Ihrer Fraktion angesehen?“

Ähnlich wie beim Verhältnis der Häufigkeit der Diskussion über das Thema Nachhaltigkeit in den Räten insgesamt versus den Fraktionen im Speziellen zeigt sich auch beim Vergleich der eingeschätzten Wichtigkeit des Themas, dass nachhaltige Entwicklung in den einzelnen Fraktionen für bedeutsamer eingeschätzt wurde als in den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen (Abbildung 22). So gab knapp die Hälfte aller Befragten (45,6 Prozent) an, dass nachhaltige Entwicklung derzeit in ihrer Fraktion als „sehr wichtiges“ Thema angesehen werde, und ein ähnlich großer Anteil nahm Nachhaltigkeit als „eher wichtiges“ Thema in der eigenen Fraktion wahr. „Gar nicht wichtig“ wurde als Antwortoption hingegen nur von insgesamt vier Befragten (0,4 Prozent) gewählt. Hinsichtlich verschiedener Größenklassen und Kommunen aus west- und ostdeutschen Bundesländern zeigen sich leichte, jedoch nicht signifikante Tendenzen für eine leicht stärkere Bedeutung von Nachhaltigkeit in den Fraktionen westdeutscher Kommunen und Großstädte. Signifikant unterschieden sich jedoch wiederum die Bewertungen von Befragten verschiedener Parteien: Wie in Abbildung 23 veranschaulicht, sprachen Mitglieder der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Thema die größte Bedeutung zu.

ABBILDUNG 22: Wichtigkeit des Themas nachhaltige Entwicklung in den Fraktionen (n = 931) (Quelle: Difu)

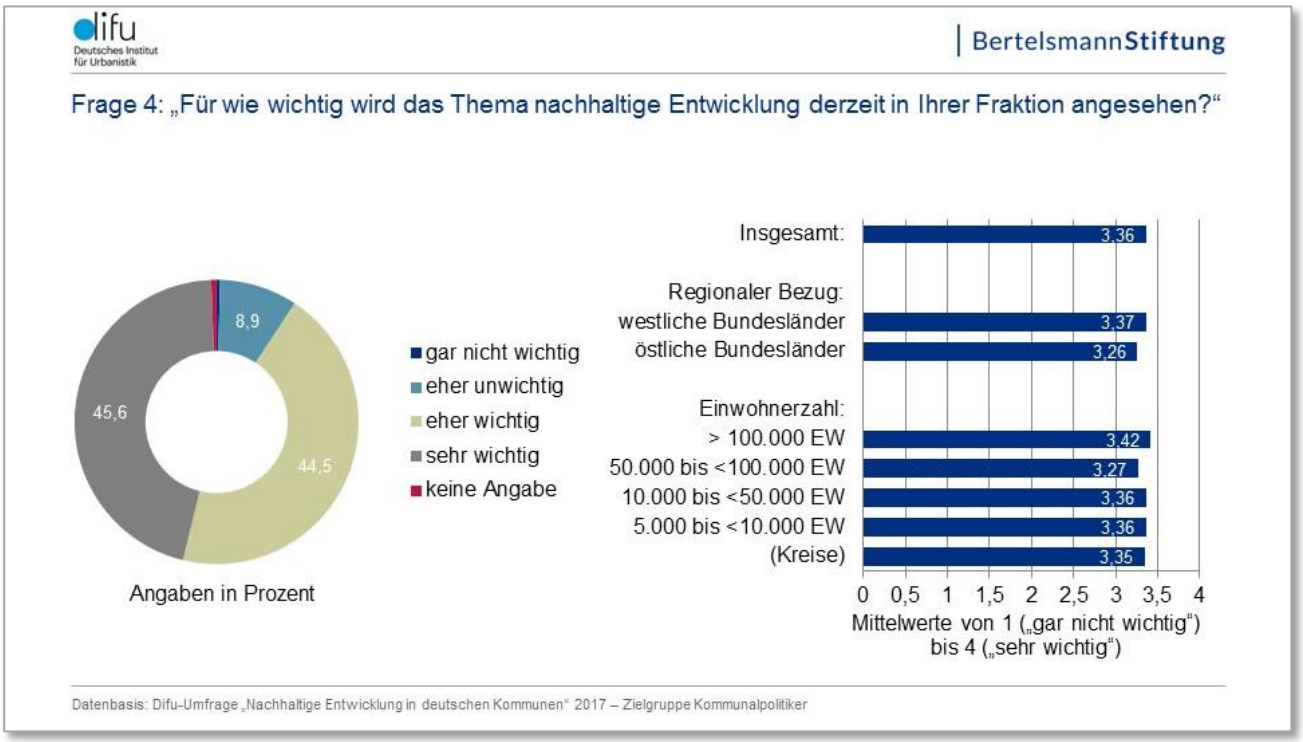
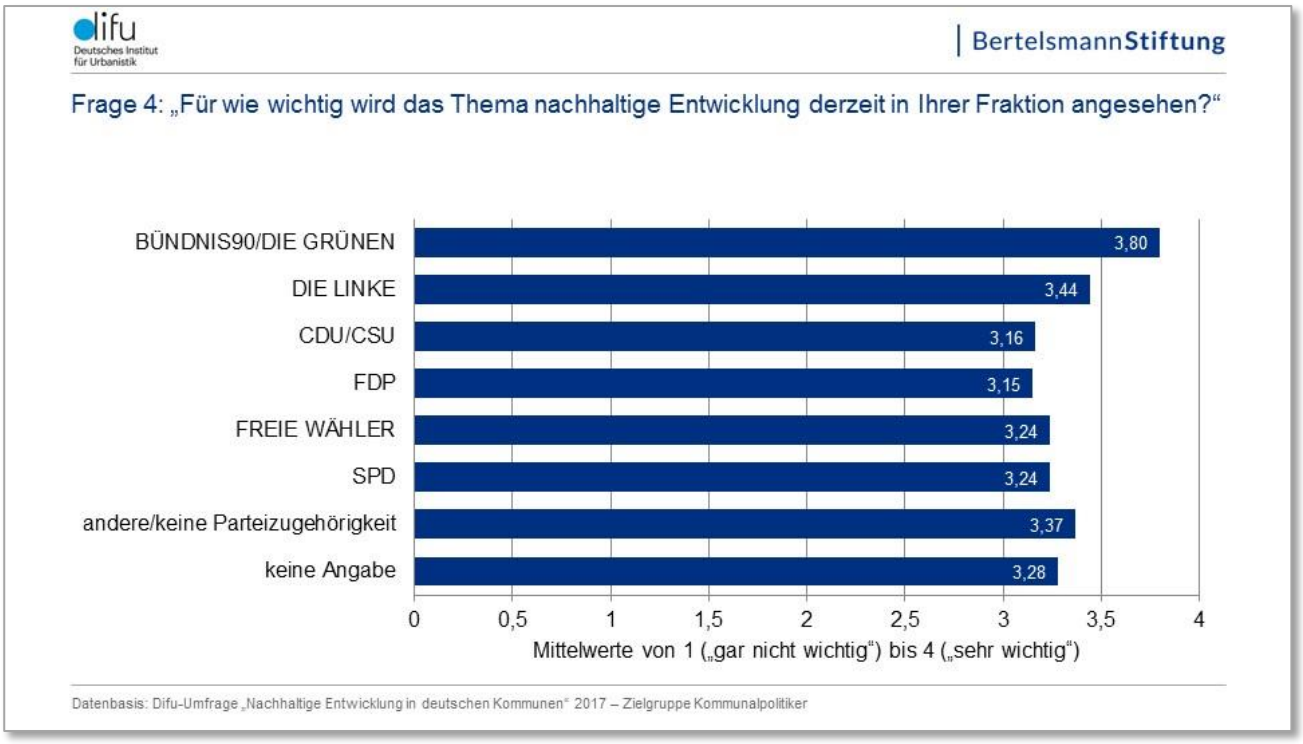


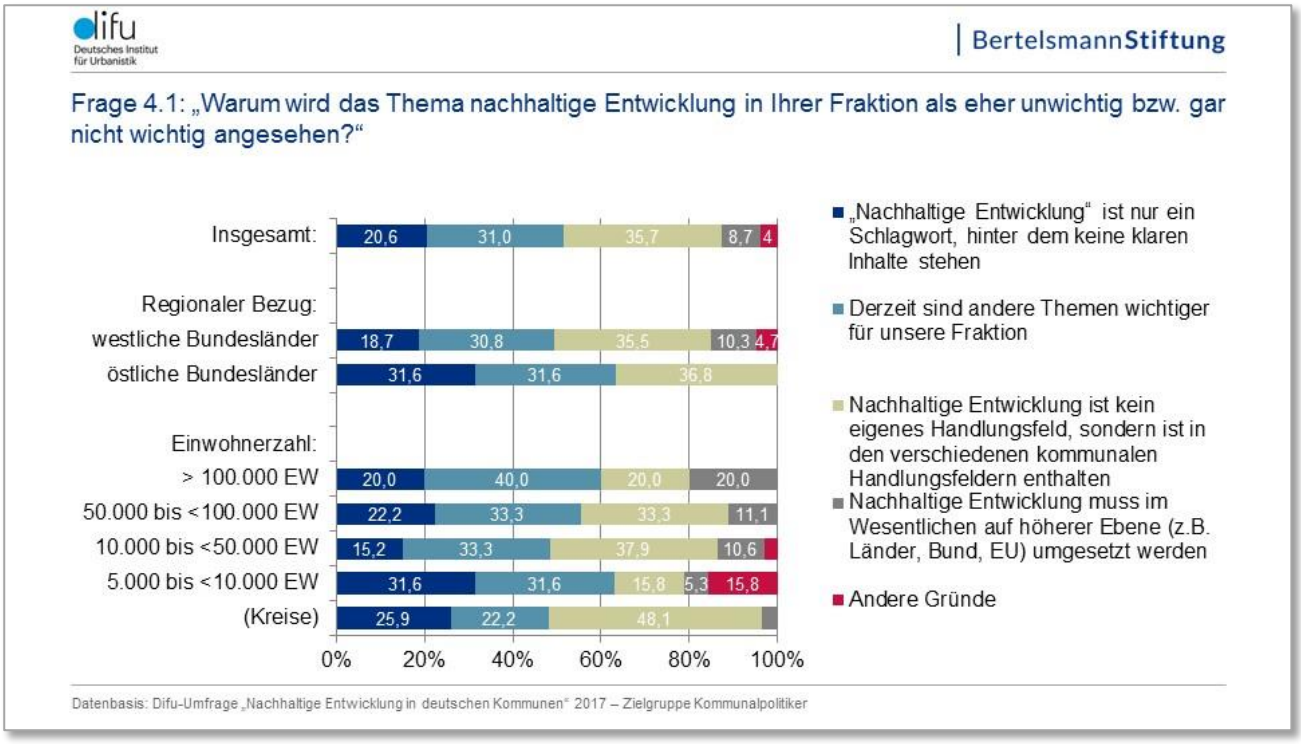
ABBILDUNG 23: Wichtigkeit des Themas nachhaltige Entwicklung in den Fraktionen (n = 911) (Quelle: Difu)



Frage 4.1: „Warum wird das Thema nachhaltige Entwicklung in Ihrer Fraktion als eher unwichtig bzw. gar nicht wichtig angesehen?“

Die insgesamt 85 Befragten, deren Fraktionen Nachhaltigkeit als „eher unwichtiges“ oder „gar nicht wichtiges“ Thema ansahen, wurden wiederum per Filterfrage gebeten, hierfür Gründe anzugeben (siehe Abbildung 24). Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten entsprachen denen zu Frage 3.1, wobei auch bei Frage 4.1 die Möglichkeit bestand, offene Antworten zu geben. Die Auswahl der angeführten Gründe war ähnlich wie bei Frage 3.1; allerdings zeigten sich hier beim Vergleich zwischen verschiedenen Größenklassen und der geographisch-historischen Lage stärkere Unterschiede, die jedoch der verhältnismäßig kleinen Stichprobe und damit dem Zufall geschuldet sein mögen und daher an dieser Stelle nicht interpretiert werden sollten. Die wenigen Personen (n = 5), die „andere Gründe“ gewählt hatten, gaben erneut eigenes Desinteresse oder das fehlende Interesse der Mehrheit in ihrer Fraktion als Gründe an.

ABBILDUNG 24: Gründe für geringe Bedeutung des Themas nachhaltige Entwicklung in den Fraktionen (n = 85; 126 Mehrfachantworten) (Quelle: Difu)

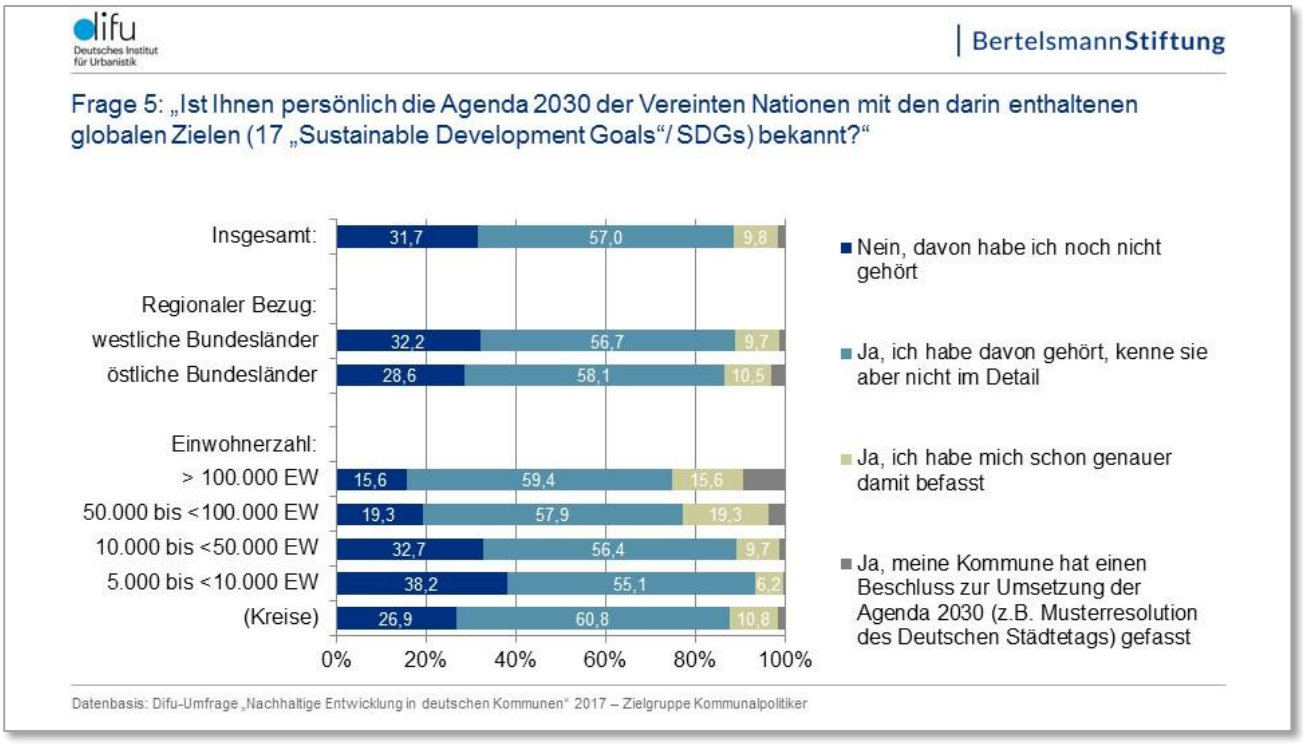


Stand und Stellenwert von übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategien

Frage 5: „Ist Ihnen persönlich die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den darin enthaltenen globalen Zielen (17 ‚Sustainable Development Goals‘/SDGs) bekannt?“

Etwa einem Drittel der Teilnehmer war die Agenda 2030 der Vereinten Nationen noch nicht bekannt (Abbildung 25); dies trifft auf Kommunalpolitiker aus Kreisen und insbesondere aus Kleinstädten und kleineren Mittelstädten deutlich stärker zu als auf Beteiligte aus Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern. Weitere rund 57 Prozent der Befragten kannten die Agenda 2030 und damit die im Jahr 2015 vereinbarten globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht im Detail. Dennoch haben sich immerhin etwa 10 Prozent der Befragten bereits eingängiger mit der Agenda 2030 befasst. Zudem gaben 14 befragte Kommunalpolitiker an, dass ihr Rat bereits einen Beschluss zur Umsetzung der Agenda 2030, wie etwa die Musterresolution des Deutschen Städtetages (2015), gefasst habe – was anteilsmäßig wiederum stärker auf die beteiligten Großstädte zutrifft.

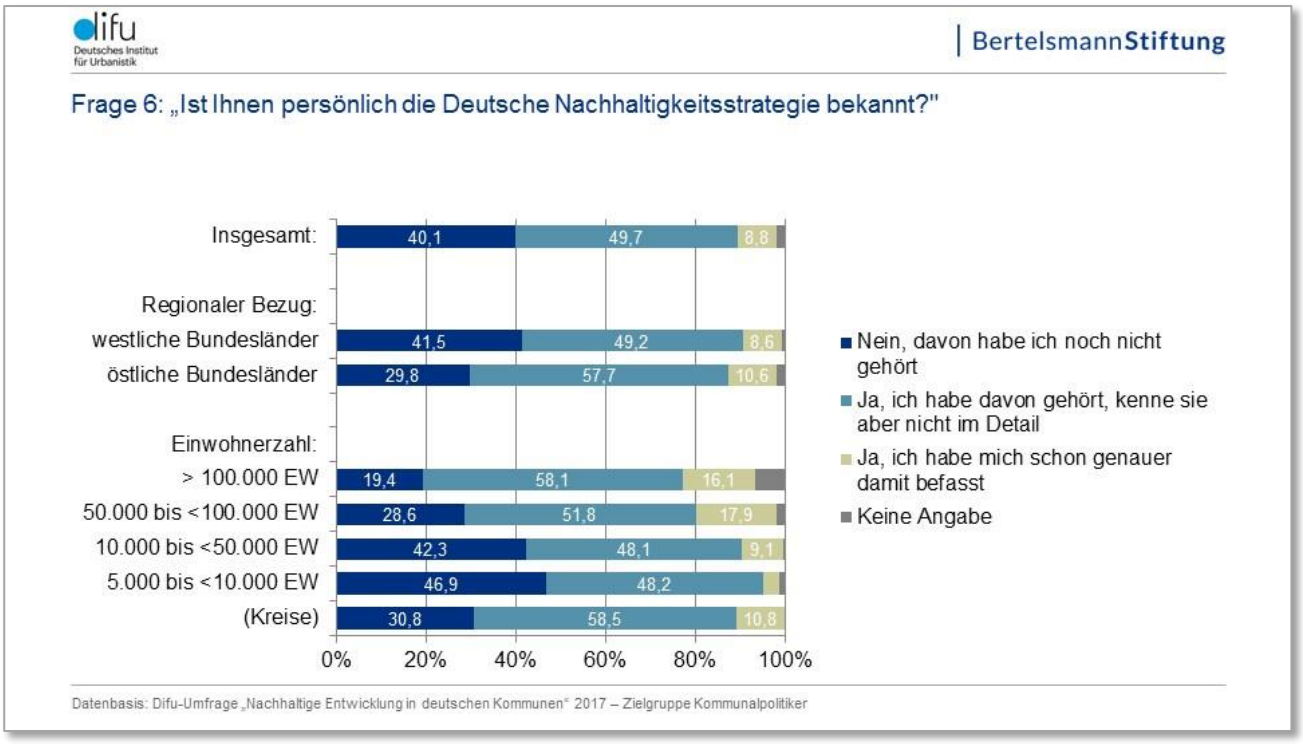
ABBILDUNG 25: Bekanntheit der Agenda 2030 (n = 933; 939 Mehrfachantworten) (Quelle: Difu)



Frage 6: „Ist Ihnen persönlich die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bekannt?“

Die noch relativ seltene Befassung mit übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategien unter deutschen Kommunalpolitikern zeigt sich insbesondere in Abbildung 26, die den Bekanntheitsgrad der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie veranschaulicht: So gaben rund 40 Prozent an, die Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht zu kennen; zusätzlich hat etwa die Hälfte aller Befragten (49,7 Prozent) ausschließlich davon gehört, ohne sie aber genauer zu kennen. Interessanterweise zeigt sich, dass Fraktionsvorsitzende aus westdeutschen Bundesländern tendenziell häufiger angaben, die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung nicht zu kennen als ihre Kollegen aus ostdeutschen Bundesländern; allerdings ist dieser Unterschied nicht signifikant. Hinsichtlich der Größenklasse zeichnet sich ein ähnliches Bild wie in Bezug auf die Agenda 2030 ab, nämlich ein signifikant höherer Bekanntheitsgrad politischer Nachhaltigkeitsleitlinien in größeren Städten.

ABBILDUNG 26: Bekanntheit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (n = 924) (Quelle: Difu)



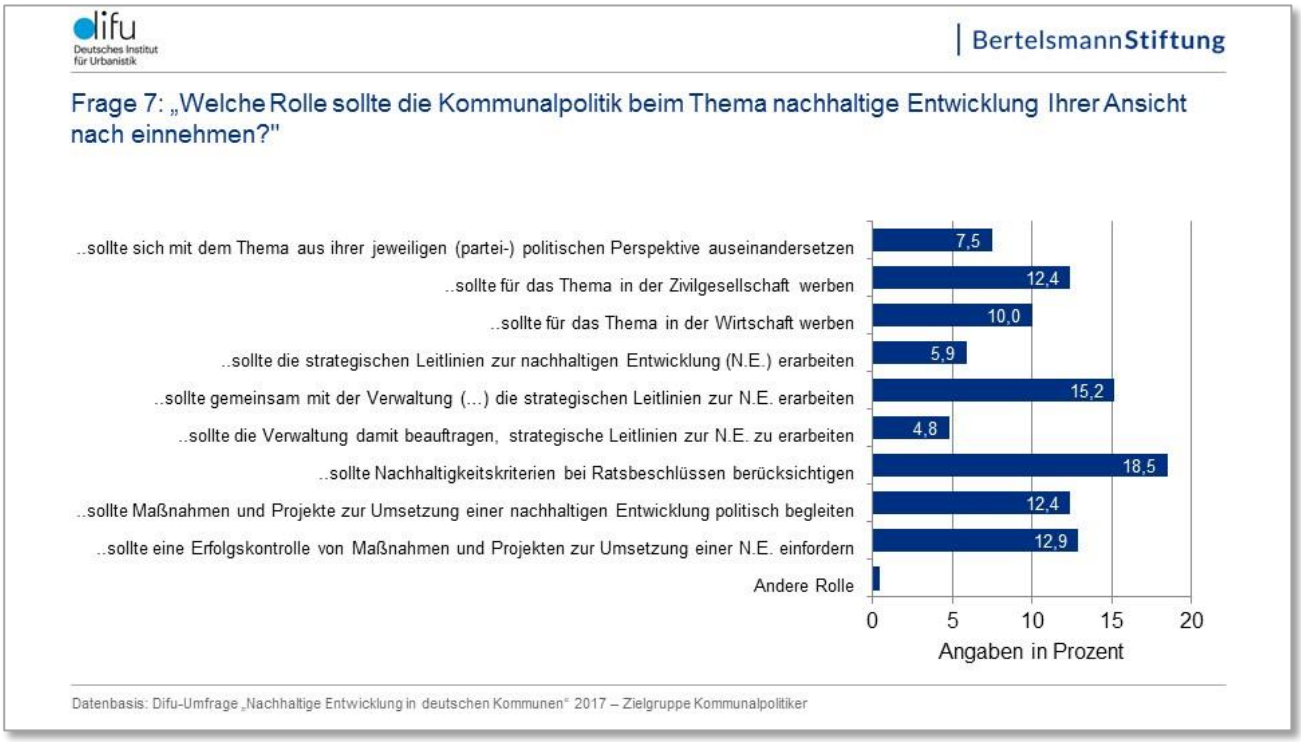
Rolle, Möglichkeiten und Schwerpunkte der Kommunalpolitik beim Thema nachhaltige Entwicklung

Frage 7: „Welche Rolle sollte die Kommunalpolitik beim Thema nachhaltige Entwicklung Ihrer Ansicht nach einnehmen?“

Eine ganz andere, für diese Befragung jedoch zentrale Frage befasste sich mit der wahrgenommenen Rolle, welche die Kommunalpolitik bei der nachhaltigen Entwicklung einnehmen sollte. Zu diesem Zweck wurden wiederum mehrere Antworten vorgegeben, die mehrfach gewählt werden und durch eigene offene Angaben ergänzt werden konnten. Durchschnittlich wurden hier über vier Antwortoptionen je Person gewählt (siehe Abbildung 27). Am häufigsten sahen die Befragten hierbei ihre Rolle darin, Nachhaltigkeitskriterien bei Ratsbeschlüssen zu berücksichtigen (18,5 Prozent aller Antworten; das entspricht rund 76,2 Prozent der Befragten, die diese Antwortoption gewählt haben). Im Hinblick auf die Erarbeitung strategischer Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung sahen deutlich mehr Befragte eine gemeinsame Aufgabe von Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und weiteren Interessensgruppen (15,2 Prozent aller Antworten bzw. 62,7 Prozent der Befragten) als eine alleinige Rolle der Kommunalverwaltung oder der Kommunalpolitik (4,8 Prozent bzw. 5,9 Prozent aller Antworten). Die Aufgabe, für das Thema in der Zivilgesellschaft zu werben, entsprechende Maßnahmen und Projekte politisch zu begleiten und eine nachfolgende Erfolgskontrolle einzufordern wurde ähnlich häufig gewählt, nämlich von etwa der Hälfte aller Befragten. Zudem wurde relativ selten angegeben, dass sich die Kommunalpolitik mit dem Thema aus ihrer jeweiligen (partei-)politischen Perspektive auseinandersetzen sollte (7,5 Prozent der Antworten entsprechen 30,8 Prozent aller Teilnehmer) – also ein klarer Hinweis darauf, dass Nachhaltigkeit als parteienübergreifendes Thema verstanden wird. Eine andere Rolle, die nicht in den Antwortmöglichkeiten enthalten war, wurde von nur 17 Teilnehmern gesehen: Teils wurden hierbei vorgegebene Rollen weiter präzisiert (z. B. „Gemeinsam mit den Bürgern und der Verwaltung strategische Leitlinien erarbeiten“; „Leitlinien und

Rahmenbedingungen gestalten“); es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein eigenes Verständnis für Nachhaltigkeit zu entwickeln („enge Zusammenarbeit mit den Wählern zur Festlegung der Nachhaltigkeit“), stärker eigene Aktivitäten voranzutreiben („durch eigene kommunale Projekte Nachhaltigkeit vorleben“; „eine Fachperson über zwei Jahre einstellen“; „auf Bundes- und Landeebene einwirken“), oder es wurde die Ablehnung des Themas verdeutlicht („vorrangige kommunalpolitische Probleme lösen“; „sollte sich da raushalten“). Nennenswerte Unterschiede zwischen Beteiligten aus Kommunen verschiedener Größenklassen oder regionaler Lage zeigten sich bei dieser Frage nicht.

ABBILDUNG 27: Rolle der Kommunalpolitik beim Thema nachhaltige Entwicklung (n = 932; 3.842 Mehrfachantworten) (Quelle: Difu)



Frage 8: „Im Folgenden sehen Sie eine Auswahl von Themen, die nach Einschätzung von Fachleuten eine wichtige Rolle für die nachhaltige Entwicklung in Kommunen spielen. Für wie wichtig wird das jeweilige Thema derzeit in Ihrer Fraktion (bzw. im Rat, falls es keine Fraktion gibt) angesehen?“

Im folgenden Fragenkomplex wurden wichtige Themen und Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung vorgegeben, und die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, für wie wichtig das jeweilige Thema derzeit in ihrer Fraktion (bzw. im Rat im Falle fehlender Fraktionen) angesehen wird. Wie Abbildung 28 zeigt, ist Bildung das Topthema in den Fraktionen deutscher Kommunalräte (Mittelwert 3,55), gefolgt von Mobilität (Mittelwert 3,41) und Wohnen bzw. Wohnumfeld (Mittelwert 3,41) sowie weiteren, vornehmlich ökologischen und ökonomischen Themen. Verhältnismäßig weniger bedeutsam, dennoch jedoch durchschnittlich als „eher wichtig“ bewertet wurden Fragen zu Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement, Gesundheit und Pflege sowie Verwaltung und Ratsarbeit. Die vergleichsweise geringsten Bedeutungen wurden Armut, Sicherheit, Kultur und dem Eine-Welt-Engagement beigemessen. Dies erstaunt, da Armut (und auch das Prinzip der globalen Verantwortung) als zentrales Thema nachhaltiger Entwicklung – etwa in der Agenda 2030 – verstanden wird. Signifikante Unterschiede gab es in der Bewertung mancher Themen zwischen Kommunen mit

unterschiedlichem regionalen Bezug: So wurden Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur, Gesundheit und Pflege, Kultur, Sicherheit sowie Verwaltung und Ratsarbeit in ostdeutschen Fraktionen als wichtigere Themen wahrgenommen, während Klima und Energie sowie Naturschutz und Ressourceneinsatz häufiger als „sehr wichtige“ Themen von Befragten aus westdeutschen Kommunen eingeschätzt wurden. In Bezug auf den Kommunaltyp schätzten Befragte aus Fraktionen in Kreisen Fragen um Mobilität, Armut und Gesundheit signifikant wichtiger ein, während Fraktionen aus Städten und Gemeinden den Themen Wohnen und Wohnumfeld, Verwaltung und Ratsarbeit sowie Haushaltsführung mehr Bedeutung zumaßen. Die Bedeutungen von Mobilität und Armut unterschieden sich auch innerhalb verschiedener Einwohnergrößenklassen von Städten und Gemeinden signifikant: Der Mobilität wurde in Großstädten die verhältnismäßig stärkste Brisanz zugeschrieben, während Armut in Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern die größte Rolle spielte. Schließlich sahen Fraktionen in Großstädten auch die Handlungsfelder Klima und Energie sowie Naturschutz und Ressourceneinsatz als signifikant wichtiger an als Fraktionen in kleineren Städten und Gemeinden. Abbildung 29 und Abbildung 30 zeigen die mittlere Bewertung des Themas nach Parteizugehörigkeit, die sich nur bei den Themen Bildung, Kultur sowie Verwaltung und Ratsarbeit zwischen den Parteien nicht signifikant unterschied. Wenig überraschend spielten klassische Umweltthemen, wie Klima und Energie, Natur und Ressourceneinsatz sowie Mobilität, aber auch das Eine-Welt-Engagement, in Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die verhältnismäßig wichtigste Rolle, während dies für einige soziale Themen, wie Armut sowie Gesundheit und Pflege, auf die Partei DIE LINKE zutrifft. Befragte aus den beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD, aber auch der FDP hoben sich in ihrer Bewertung größtenteils wenig von den Befragten anderer Fraktionen ab, außer durch eine deutlich geringe Bedeutungszuschreibung beim Thema Armut und teils auch beim Eine-Welt-Engagement.

ABBILDUNG 28: Wichtigkeit verschiedener Themen nachhaltiger Entwicklung in den Fraktionen (n = 926) (Quelle: Difu)

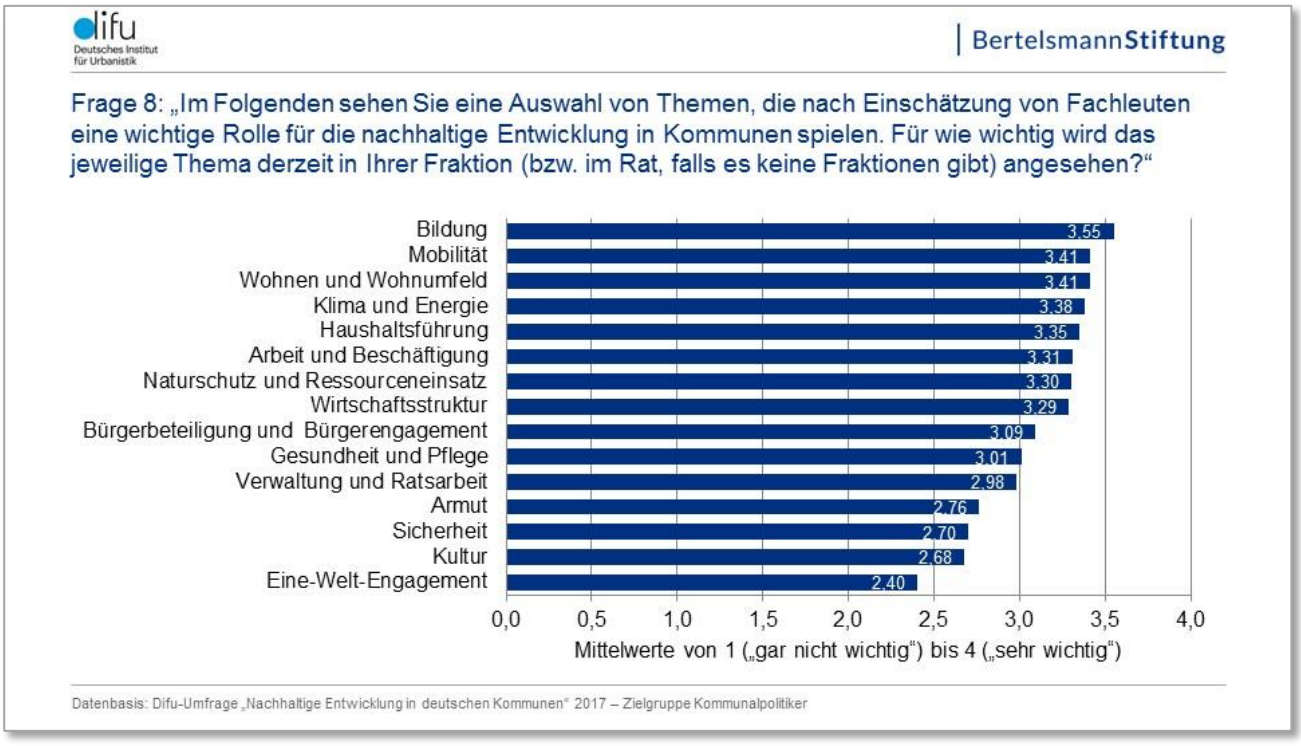


ABBILDUNG 29: Wichtigkeit verschiedener Themen nachhaltiger Entwicklung in den Fraktionen (n = 911) (Quelle: Difu)

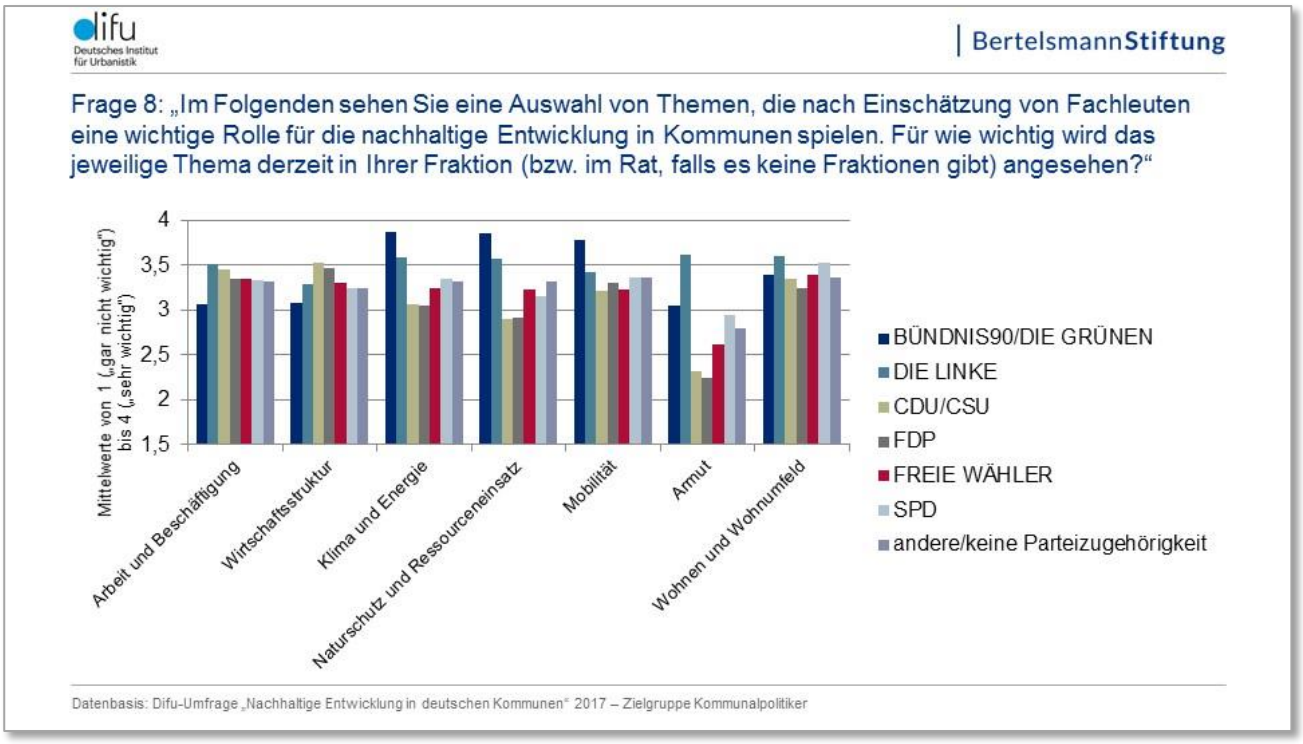
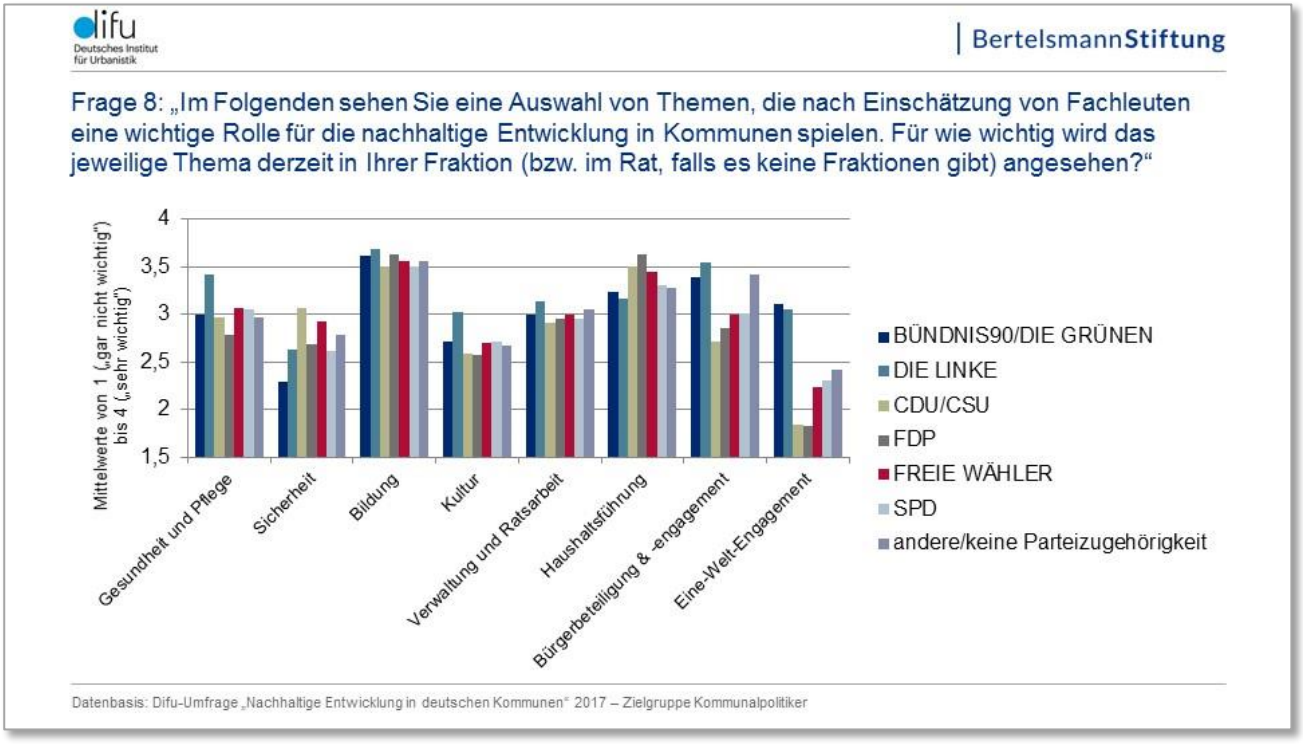


ABBILDUNG 30: Wichtigkeit verschiedener Themen nachhaltiger Entwicklung in den Fraktionen (n = 920) (Quelle: Difu)



An dieser Stelle ist erneut ein Vergleich zu den Ergebnissen der Verwaltungsbefragung des Vorjahres (Riedel et al. 2016: 40–41) interessant, in der die Verwaltungsspitzen u. a. gefragt wurden, wie aktiv ihre Kommune jedes dieser Themen derzeit bearbeite. Hier zeigte sich insbesondere am „unteren Ende“ eine ähnliche Bewertung, da auch hier Sicherheit, Armut und Eine-Welt-Engagement

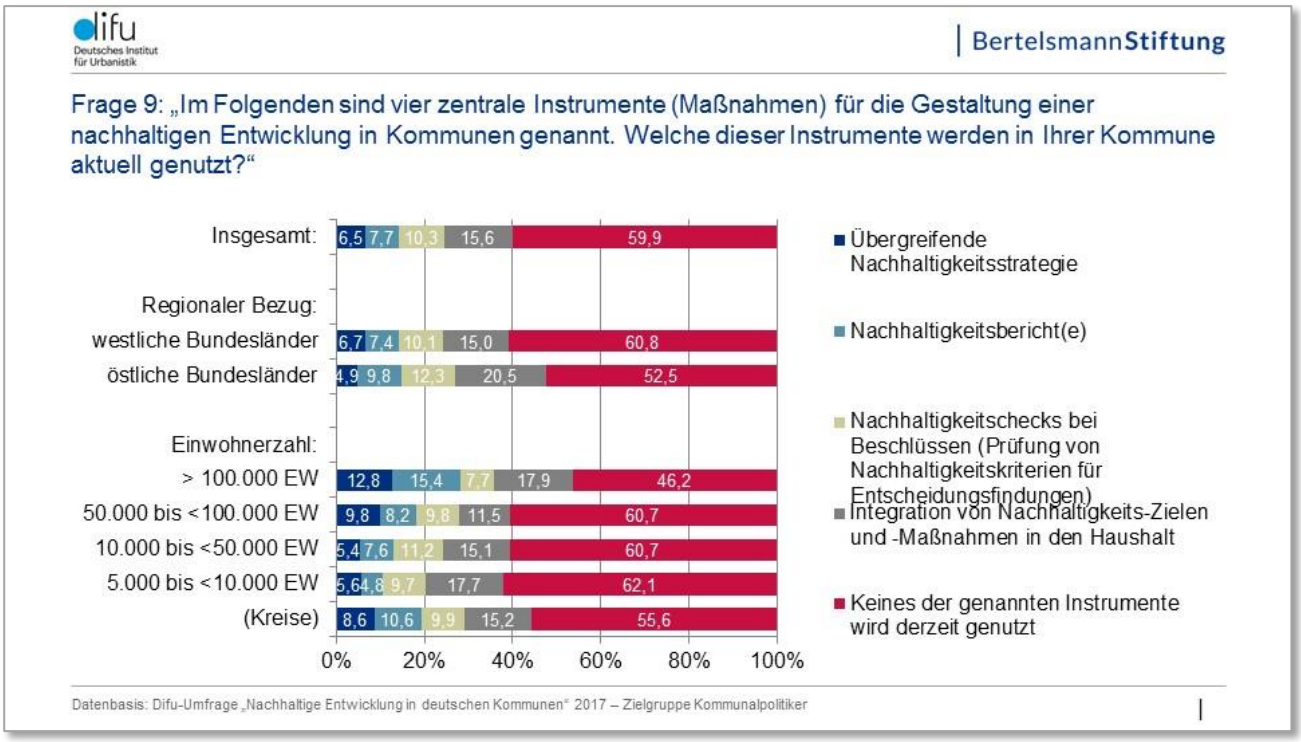
wiederum als Schlusslicht mit einem Mittelwert von 1,7 auf einer Skala von 1 („gar nicht aktiv“) bis 4 („sehr aktiv“) als die am wenigsten aktiv bearbeiteten Handlungsfelder angegeben wurden. Haushaltsführung stand für die Verwaltungsspitzen mit einem Mittelwert von 3,3 im Zentrum der kommunalen Aktivitäten, aber auch hier waren Bildung sowie Wohnen und Wohnumfeld weitere zentrale Handlungsfelder (Mittelwerte je 3,2).

Stand des Nachhaltigkeitsmanagements und dessen Implikationen für die Ratsarbeit

Frage 9: „Im Folgenden sind vier zentrale Instrumente (Maßnahmen) für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen genannt. Welche dieser Instrumente werden in Ihrer Kommune aktuell genutzt?“

Zwei Drittel der befragten Fraktionsvorsitzenden gaben an, dass in ihrer Kommune bislang keines von vier zentralen Instrumenten eines systematischen Nachhaltigkeitsmanagements genutzt werde (59,9 Prozent aller Antworten entsprechen 67,3 Prozent aller Fälle; Abbildung 31). So gaben nur 7,3 Prozent der Befragten (entspricht 6,5 Prozent aller Antworten) an, dass ihre Kommune über eine übergreifende Nachhaltigkeitsstrategie verfüge. Ähnlich selten wurden Nachhaltigkeitsberichte (7,7 Prozent), Nachhaltigkeitschecks bei Beschlüssen (10,3 Prozent) und die Integration von Nachhaltigkeitszielen und -maßnahmen in den Haushalt (15,6 Prozent) genannt. Der besonders niedrige Anteil der Nennungen in Bezug auf das Vorliegen übergreifender Nachhaltigkeitsstrategien ist insofern interessant, als die Entwicklung einer Gesamtstrategie in theoretischen Modellen eher am Anfang eines systematischen und zyklischen Nachhaltigkeitsmanagements steht (siehe z. B. Riedel et al. 2016: 22). Aus Abbildung 31 wird zudem ersichtlich, dass die erfassten Instrumente tendenziell häufiger in den Großstädten und teils auch in den Kreisen zum Einsatz kamen als in kleinen Kommunen.

ABBILDUNG 31: Nutzung von Instrumenten für ein systematisches Nachhaltigkeitsmanagement (n = 929; 1.044 Mehrfachantworten) (Quelle: Difu)

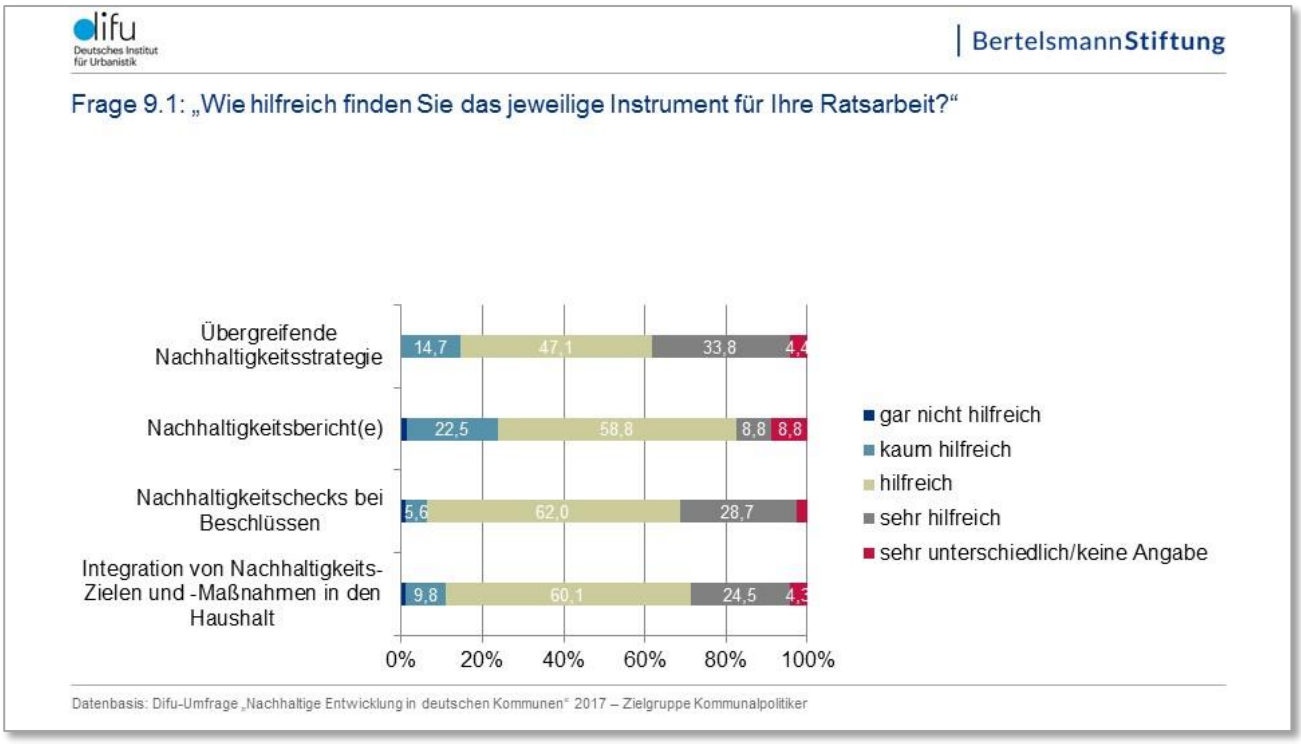


Bei dieser Frage zeigt sich außerdem ein drastischer Unterschied zur Verwaltungsbefragung 2016, in der rund ein Drittel (32,1 Prozent) aller befragten Verwaltungschefinnen und -chefs angab, über ein übergreifendes Leitbild für nachhaltige Entwicklung in ihrer Kommune zu verfügen, was somit deutlich über dem Anteil der Nennungen in der Befragung von Kommunalpolitikern lag. Die Angaben zu den anderen Instrumenten lagen hingegen in einer ähnlicheren Größenordnung: So gaben ebenfalls nur 6,9 Prozent der Teilnehmer an, dass ihre Kommune bereits einen oder mehrere Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht hatte; Nachhaltigkeitschecks für politische oder Verwaltungsentscheidungen kamen in Kommunen laut 10 Prozent der Verwaltungsspitzen „oft“ und laut 23,3 Prozent „manchmal“ zum Einsatz. Schließlich erfolgte die Verknüpfung von Zielen oder Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Produkthaushalt in 6,5 Prozent aller Fälle in „umfangreicher“ Form, bei weiteren 42,1 Prozent „ansatzweise“ (Riedel et al. 2016: 45–51). Warum die Verwaltungsbefragung eine weitaus höhere Verbreitung insbesondere des Instruments „Leitbild bzw. Gesamtstrategie für nachhaltige Entwicklung“ nahelegt als die vorliegende Befragung von Kommunalpolitikern, obwohl 2016 im Gegensatz zur vorliegenden Befragung ein Fall auch (immer nur) einer Kommune entsprach, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Möglich sind sowohl Stichprobeneffekte als auch die Erklärung, dass sich Verwaltungsspitzen in einigen Fällen auf politisch nicht beschlossene, sondern möglicherweise verwaltungsintern erstellte Strategien und Leitbilder bezogen, während die anderen Instrumente die Arbeit der Kommunalpolitiker stärker betreffen und daher unter ihnen auch bekannter sind. Zudem ist zu beachten, dass die Ausgestaltung der Instrumente in beiden Befragungen nicht erfragt wurde, sodass beispielsweise Nachhaltigkeitschecks möglicherweise auch dann angekreuzt wurden, wenn nur einfache Kriterien wie „ökonomische“, „ökologische“, „soziale“ oder auch (rein) „finanzielle“ Auswirkungen ganz allgemein Erwähnung finden.

Frage 9.1: „Wie hilfreich finden Sie das jeweilige Instrument für Ihre Ratsarbeit?“

Im Folgenden schätzten diejenigen (n = 156), die eines oder mehrere Instrumente eines systematischen Nachhaltigkeitsmanagements (siehe Frage 9) aus eigener Nutzung heraus kannten, ein, wie hilfreich das jeweilige Instrument für ihre Ratsarbeit ist (Abbildung 32). Dabei wurden alle Instrumente mehrheitlich als „hilfreich“ oder „sehr hilfreich“ bewertet und kaum ein Instrument als „gar nicht hilfreich“ (Nachhaltigkeitsberichte und Nachhaltigkeitschecks von nur je einer Person, die Integration von Nachhaltigkeitszielen in den Haushalt von nur zwei Personen). Hingegen schnitt die übergreifende Nachhaltigkeitsstrategie am besten ab, die von 33,8 Prozent der hier Befragten als „sehr hilfreich“ bewertet wurde, während Nachhaltigkeitsberichte aus der Sicht der Kommunalpolitikern vergleichsweise häufig als „kaum hilfreich“ (22,5 Prozent) für die Ratsarbeit wahrgenommen wurden. Hinsichtlich der Vergleiche zwischen regionalem Bezug und verschiedenen Einwohnergrößenklassen von Städten und Gemeinden zeigten sich keine signifikanten Unterschiede. Allerdings unterscheidet sich die Bewertung von Nachhaltigkeitschecks signifikant zwischen den beiden Kommunaltypen: Von Beteiligten aus Kreisen wurden sie als vergleichsweise weniger hilfreich eingeschätzt als von Befragten aus Städten und Gemeinden.

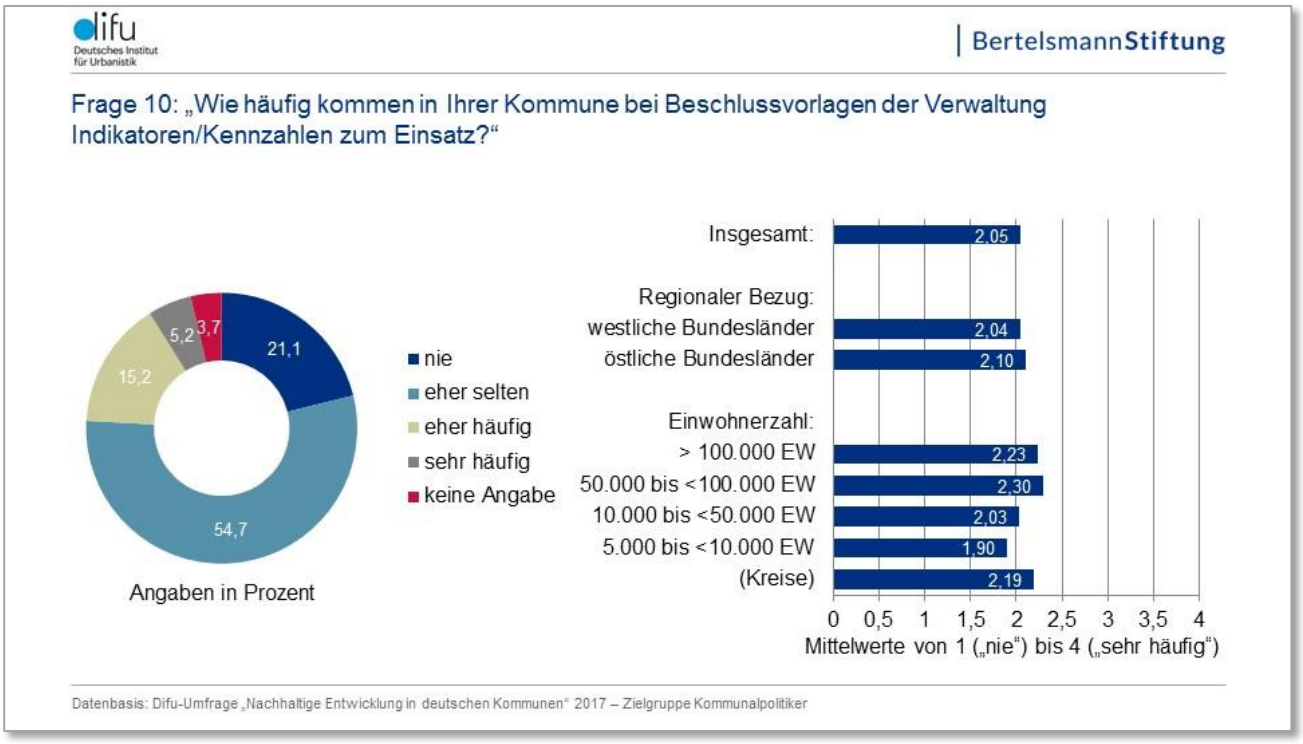
ABBILDUNG 32: Bewertung von Instrumenten für ein systematisches Nachhaltigkeitsmanagement (n = 68 bis 156) (Quelle: Difu)



Frage 10: „Wie häufig kommen in Ihrer Kommune bei Beschlussvorlagen der Verwaltung Indikatoren/Kennzahlen zum Einsatz?“

Eine weitere, hinsichtlich der Gesamtausrichtung des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ zentrale Frage ist die nach der Nutzung von Indikatoren in deutschen Kommunen (siehe Abbildung 33). Die Teilnehmer wurden gefragt, inwiefern in ihrer Kommune bei Beschlussvorlagen der Verwaltung Indikatoren oder Kennzahlen zum Einsatz kamen. Demnach wurde rund ein Fünftel der Befragten „sehr häufig“ bzw. „eher häufig“ (5,2 Prozent bzw. 15,2 Prozent) bei Beschlussvorlagen mit Indikatoren-basierten Informationen versorgt, während dies bei der Mehrheit (54,7 Prozent) „eher selten“ und bei einem weiteren Fünftel (21,1 Prozent) „nie“ der Fall war. Tendenziell wurden in den Kommunen von Befragten aus ostdeutschen Bundesländern häufiger Indikatoren verwendet als in westdeutschen Kommunen, allerdings ist dieser Unterschied nicht signifikant. In Kreisen wurden Beschlussvorlagen jedoch signifikant häufiger mithilfe von Indikatoren gestaltet als in Städten und Gemeinden insgesamt, wobei sich auch innerhalb dieses Kommunaltyps die Nutzung von Indikatoren in Abhängigkeit der Einwohnerzahl signifikant unterschied – mit Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern als Spitzenreiter.

ABBILDUNG 33: Nutzung von Indikatoren bei Beschlussvorlagen (n = 902) (Quelle: Difu)



Die Gesamtergebnisse sind mit den Ergebnissen der Verwaltungsbefragung (Riedel et al. 2016: 47–49) vergleichbar, in der 5,7 Prozent der Verwaltungschefinnen und -chefs angaben, dass in ihrer Kommune ein umfassendes Indikatorensystem in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen verwendet werde, während bei weiteren 14,2 Prozent Indikatoren in bestimmten Handlungsfeldern oder Teilbereichen zum Einsatz kamen sowie bei 19 Prozent zumindest vereinzelt in Projekten oder Maßnahmen zu bestimmten Themen.

Frage 11: „Im Folgenden sehen Sie Bedingungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung in Kommunen. Welche dieser Bedingungen sind in Ihrer Kommune derzeit vorhanden/gegeben?“

Verschiedene fördernde Bedingungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement waren in den Kommunen der beteiligten Kommunalpolitiker unterschiedlich häufig gegeben (Abbildung 34): Impulse durch Förderprogramme und Förderprojekte waren bei mehr als der Hälfte aller Teilnehmer vorhanden (54,5 Prozent); außerdem war es vielerorts vor allem die aktive Zivilgesellschaft, die den Transformationsprozess in der Kommune unterstützte (41,7 Prozent) – durchschnittlich sogar etwas häufiger als die Politik selbst (37,7 Prozent) oder die Verwaltungsspitzen (36,5 Prozent). Hingegen fehlte es vielerorts noch an kommunizierbaren Erfolgen (22,5 Prozent); und nur verhältnismäßig wenige Kommunen dieser Stichprobe profitierten von den Impulsen, die sich aus Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben, wie etwa REFINA („Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“) oder Zukunftsstadt (ebenfalls wie REFINA gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung) ergeben können (6,5 Prozent). Beim Vergleich des regionalen Bezugs und der einzelnen Größenklassen sowie des Kommunaltyps zeichneten sich wenige signifikante Unterschiede ab: So wurden in Kreisen häufiger personelle Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung bereitgestellt als in Städten

und Gemeinden insgesamt. Allerdings unterschieden sich auch die Städte und Gemeinden unterschiedlicher Einwohnergrößenklassen signifikant dahingehend, dass personelle Ressourcen am ehesten in Städten und Gemeinden zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern bereitgestellt wurden, während dies in der kleinsten Größenklasse am wenigsten der Fall war. Dafür schien das Engagement der Verwaltungschefinnen und -chefs in den Kleinstädten und Gemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern am größten zu sein, während sich die Verwaltungsspitzen der größeren Mittelstädte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern den Angaben der Befragten nach am wenigsten für eine nachhaltige Entwicklung einsetzten. Schließlich richteten sich Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben deutlich am stärksten auf die Großstädte, mit abnehmender Tendenz in kleineren Einwohnergrößenklassen.

ABBILDUNG 34: Vorhandensein von Bedingungen für nachhaltige Entwicklung (n = 928) (Quelle: Difu)



Frage 11.1: „Wie wichtig sind bzw. waren die entsprechenden Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in Ihrer Kommune?“

Per Filterfrage wurden die Fraktionsvorsitzenden gebeten, die in Frage 11 bejahten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement nach ihrer Wichtigkeit für die nachhaltige Entwicklung in ihrer Kommune zu bewerten (Abbildung 35). Dabei zeigte sich, dass das Engagement der Verwaltungsspitzen als der bedeutsamste Erfolgsfaktor eingeschätzt wird (Mittelwert 3,60 auf einer Skala von 1 „gar nicht wichtig“ bis 4 „sehr wichtig“). Von ähnlich hoher Bedeutung waren der Rückhalt in der Politik (Mittelwert 3,53) und die Bereitstellung von Geldern (Mittelwert 3,50). Die vergleichsweise am wenigsten verbreiteten Bedingungen (Impulse durch Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben sowie kommunizierbare Erfolge; siehe Ergebnisse Frage 11) wiesen zwar die geringsten durchschnittlichen Bewertungen von 3,09 bzw. 2,98 auf. Trotzdem entsprechen diese Bewertungen im Mittel einer „eher wichtigen“ Einschätzung, weshalb auch diese Faktoren im lokalen

Nachhaltigkeitsmanagement Beachtung finden sollten. Insgesamt sind keine nennenswerten Unterschiede in der Bewertung von west- und ostdeutschen Kommunalpolitikern zu berichten. Allerdings waren der Rückhalt in der Politik, die Unterstützung durch eine aktive Zivilgesellschaft und die Unterstützung von ansässigen Unternehmen signifikant wichtiger für die nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden als von Kreisen. Innerhalb verschiedener Größenklassen sind jedoch keine nennenswerten Unterschiede zu berichten.

ABBILDUNG 35: Wichtigkeit von Bedingungen für nachhaltige Entwicklung (n = 57 bis 429) (Quelle: Difu)



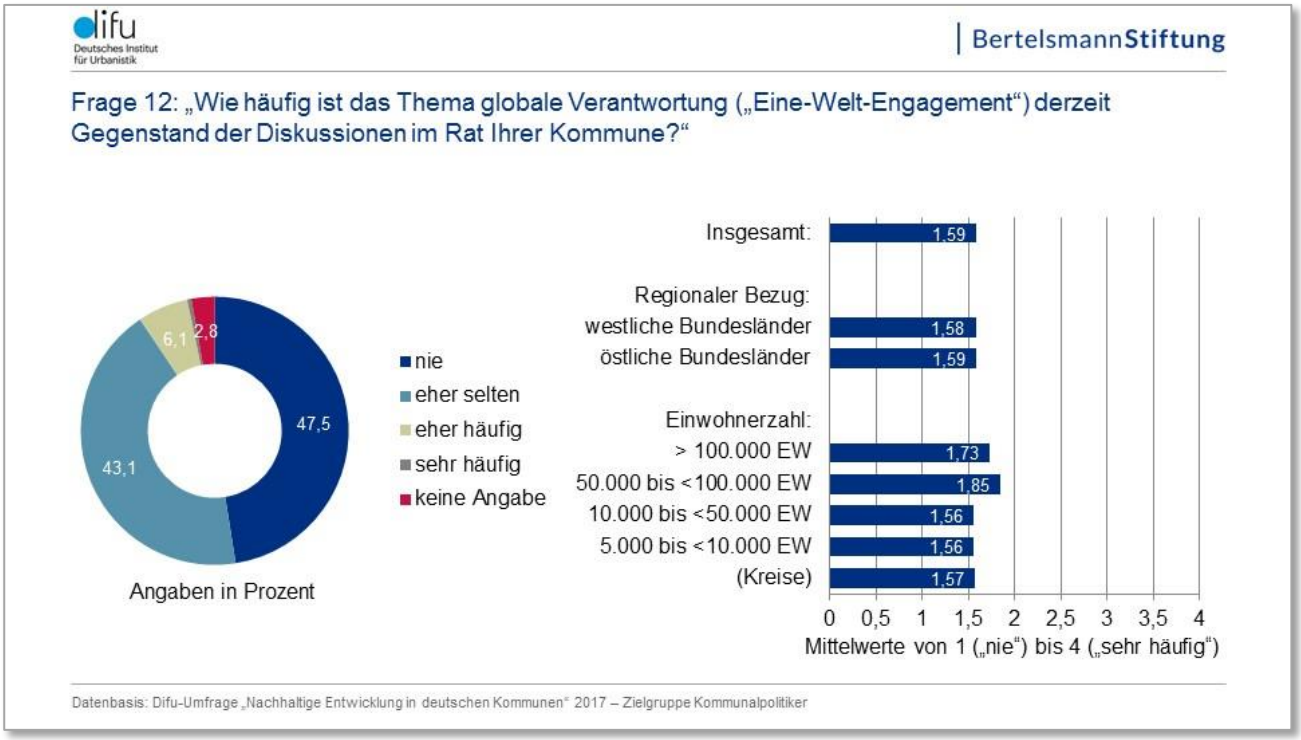
Auch in der Verwaltungsbefragung vom Vorjahr (siehe Riedel et al. 2016: 54–55) wurden – im Falle gegebener Bedingungen – die befragten Verwaltungsspitzen gebeten einzuschätzen, welche Bedeutung diese Faktoren für den Transformationsprozess in ihrer Kommune hatten. Die Einschätzungen der Verwaltung waren denen der Kommunalpolitik sehr ähnlich: Auch hier wurde das Engagement der Verwaltungsspitzen (Mittelwert 3,5) als die wichtigste Voraussetzung gesehen, gefolgt vom Rückhalt in der Politik und der Bereitstellung personeller Ressourcen (Mittelwerte je 3,4), während den kommunizierbaren Erfolgen (Mittelwert 2,9) und den Impulsen durch Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben (Mittelwert 2,6) verhältnismäßig wenig Bedeutung zugeschrieben wurde. Damit ergibt sich ein sehr konsistentes Bild, das auch für nicht beteiligte Kommunen angenommen werden kann.

Perspektive auf die Übernahme globaler Verantwortung

Frage 12: „Wie häufig ist das Thema globale Verantwortung (‚Eine-Welt-Engagement') derzeit Gegenstand der Diskussionen im Rat Ihrer Kommune?"

Wie sich in Frage 8 gezeigt hat, ist in den Fraktionen der deutschen Kommunen das Thema Eine-Welt-Engagement und die damit auch die Frage nach der Übernahme globaler Verantwortung noch verhältnismäßig wenig angekommen. Vor dem Hintergrund des in der Agenda 2030 formulierten Grundprinzips gemeinsamer Verantwortungsübernahme bei der Lösung globaler Probleme und des steigenden Engagements deutscher Kommunen im Bereich der Entwicklungspolitik, wie etwa im Rahmen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune" der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, wurde diesem Thema ein eigener Fragenblock gewidmet. So gaben die Teilnehmer zunächst ihre Einschätzung dazu ab, wie häufig das Thema globale Verantwortung bzw. Eine-Welt-Engagement im Rat ihrer Kommune diskutiert wurde (Abbildung 36). Bei 47,5 Prozent aller Beteiligten war das Thema zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht Gegenstand der Diskussionen im Rat, weitere 43,1 Prozent thematisierten Fragen zur globalen Verantwortung im Rat „eher selten". Dennoch sind es immerhin 6,1 Prozent, bei denen das Thema „eher häufig" auf der Agenda der Ratssitzung stand; in nur fünf Fällen war das „sehr häufig" der Fall. Ein signifikanter Unterschied zeigte sich zwischen verschiedenen Größenklassen, der auf eine stärkere Präsenz des Themas insbesondere in den beteiligten Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern zurückgeht. Aber auch die Räte der Großstädte thematisierten die globale Verantwortung häufiger als dies in kleineren Städten der Fall war. Die Relevanz des Themas in den Räten scheint dagegen unabhängig von der geographischen Lage und des Typs der Kommune zu sein.

ABBILDUNG 36: Häufigkeit des Themas globale Verantwortung in den Räten (n = 911) (Quelle: Difu)



Frage 13: „Wie häufig ist das Thema globale Verantwortung (‚Eine-Welt-Engagement') derzeit Gegenstand der Diskussionen in Ihrer Fraktion?"

Auch bei diesem Themenkomplex wurde neben der Häufigkeit der Diskussion in den Räten gesondert gefragt, inwiefern das Thema der globalen Verantwortung und Fragen zum Eine-Welt-Engagement intern in den einzelnen Fraktionen diskutiert wurden. In Abbildung 37 zeigt sich erneut eine stärkere Präsenz des Themas innerhalb der Fraktionen: Bei knapp einem Viertel (23,1 Prozent) aller beteiligten Fraktionen wurde das Thema „sehr häufig" oder „eher häufig" diskutiert. Dabei unterschieden sich die Ergebnisse von Fraktionen west- und ostdeutscher Bundesländer und von Städten und Gemeinden mit unterschiedlicher Einwohnergrößenklasse nicht signifikant, jedoch beschäftigten sich die Fraktionen der Kreise signifikant häufiger mit dem Eine-Welt-Engagement als Städte und Gemeinden insgesamt. Schließlich unterschieden sich die Wahrnehmungen von Mitgliedern verschiedener Parteien signifikant: Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Mittelwert 2,63) und der Partei DIE LINKE (Mittelwert 2,34) machten globale Verantwortung häufiger zum Thema in ihrer Fraktion als Beteiligte aus anderen Parteien oder parteilose Teilnehmer (Abbildung 38).

ABBILDUNG 37: Häufigkeit des Themas globale Verantwortung in den Fraktionen (n = 911) (Quelle: Difu)

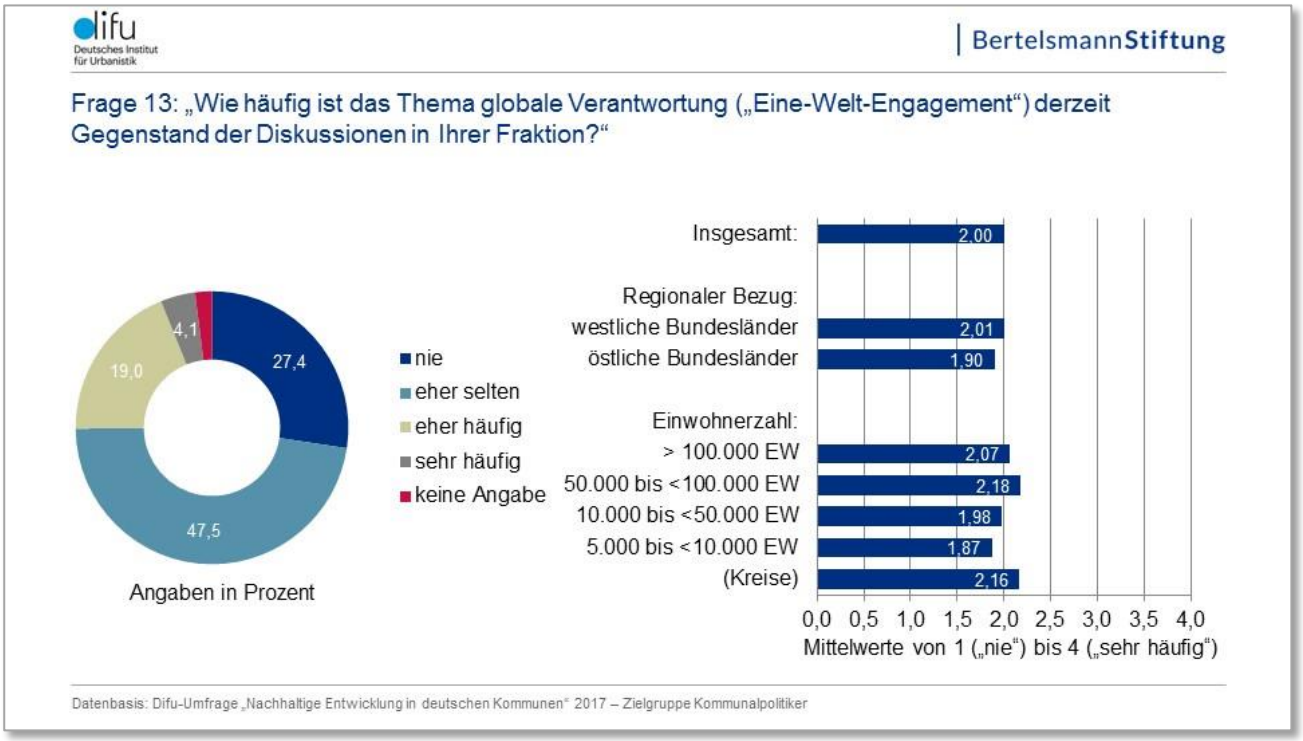
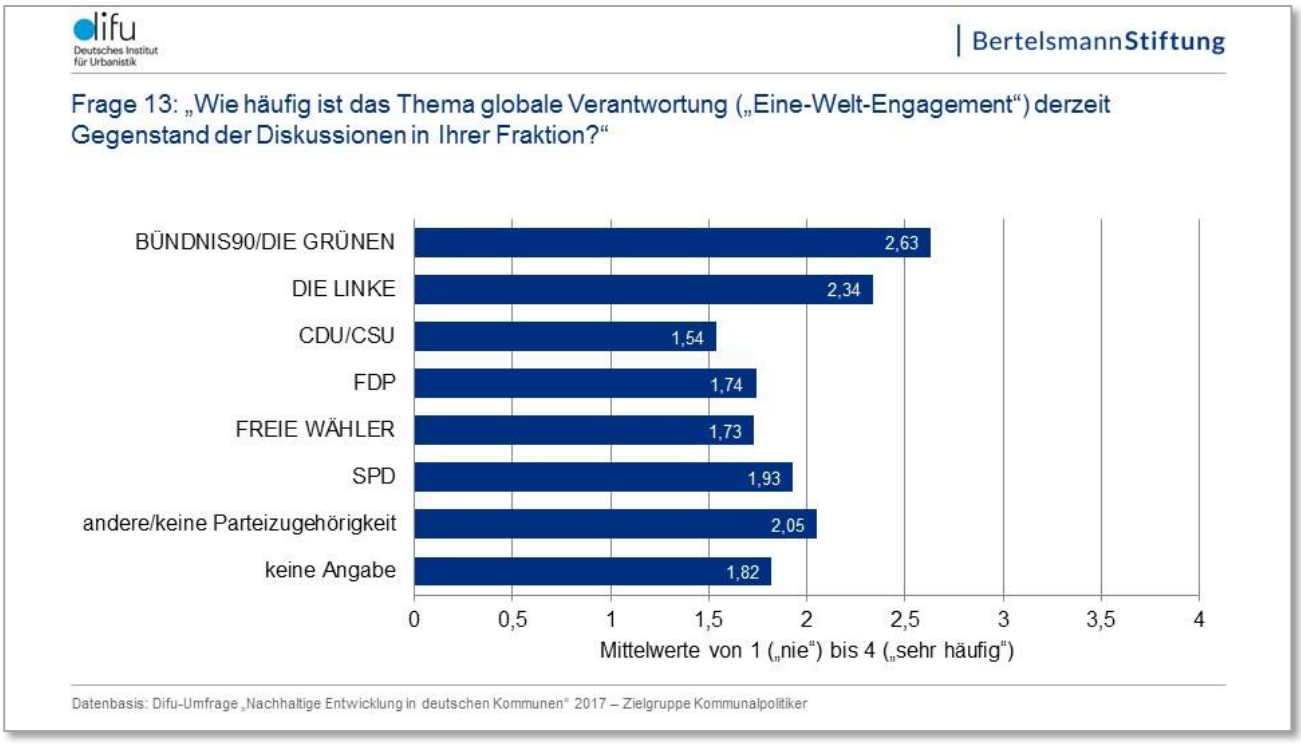


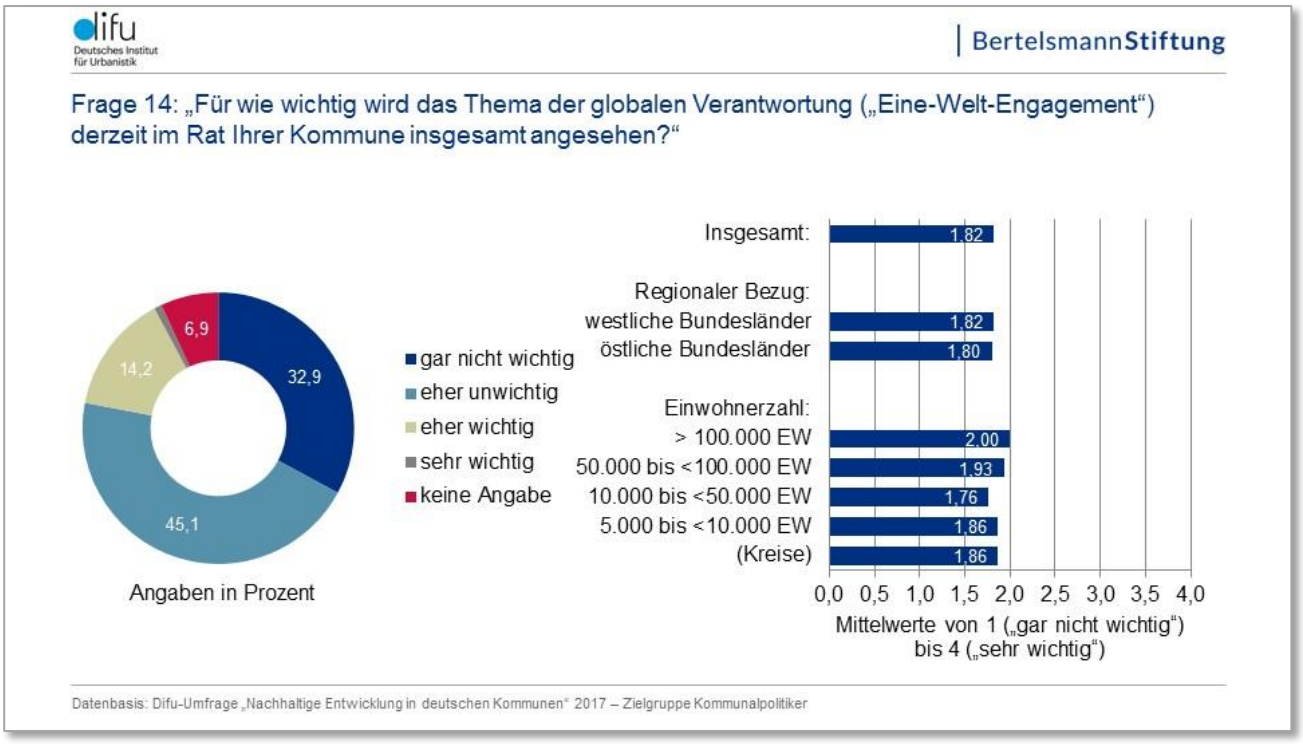
ABBILDUNG 38: Häufigkeit des Themas globale Verantwortung in den Fraktionen (n = 911) (Quelle: Difu)



Frage 14: „Für wie wichtig wird das Thema der globalen Verantwortung („Eine-Welt-Engagement“) derzeit im Rat Ihrer Kommune insgesamt angesehen?“

Wenngleich globale Verantwortung derzeit nur in wenigen Räten häufiger Gegenstand der Diskussionen ist, schätzten rund 15 Prozent der Beteiligten ein, dass das Thema in ihrem Rat als ein „eher wichtiges“ oder „sehr wichtiges“ angesehen werde (Abbildung 39). Rund ein Drittel (32,9 Prozent) der Befragten sagte hingegen, dass globale Verantwortung für den Rat ihrer Kommune nicht relevant sei. Die tendenziell höhere Bedeutung des Themas in den Großstädten unterschied sich nicht signifikant von Kommunen kleinerer Größe, wie auch der Typ der Kommune und die geographische Lage keinen Einfluss darauf hatten, wie wichtig das Thema in den Räten angesehen wird.

ABBILDUNG 39: Wichtigkeit des Themas globale Verantwortung in den Räten (n = 872) (Quelle: Difu)



Frage 15: „Für wie wichtig wird das Thema der globalen Verantwortung („Eine-Welt-Engagement") derzeit im Rat Ihrer Fraktion angesehen?"

Wie Abbildung 40 veranschaulicht, wurde in den einzelnen Fraktionen der globalen Verantwortung eine höhere Relevanz beigemessen, als es in der allgemeinen Ratsarbeit der Fall war: So waren es hier knapp 45 Prozent aller Beteiligten, die angaben, dass Fragen zum Eine-Welt-Engagement in ihrer Fraktion als „eher wichtiges" oder „sehr wichtiges" Thema angesehen würden. Lediglich 15 Prozent der Beteiligten sprachen für eine Fraktion, in der das Thema „gar nicht wichtig" war. In den Fraktionen westdeutscher Bundesländer wurde das Thema signifikant bedeutsamer eingeschätzt als in den Fraktionen ostdeutscher Länder. Insgesamt wurde dem Thema in Kreistagen eine signifikant höhere Bedeutung zugeschrieben als in Stadt- und Gemeinderäten, während die tendenzielle Abnahme der Bedeutung des Themas von den Großstädten zu den kleinen Städten und Gemeinden nicht signifikant war. Die Positionen verschiedener Parteien unterschieden sich bei der Bewertung der Wichtigkeit des Themas jedoch signifikant und deutlich (Abbildung 41): In Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Mittelwert 3,30) wurde der globalen Verantwortung die verhältnismäßig größte Bedeutung beigemessen und auch Fraktionen der Partei DIE LINKE (Mittelwert 2,74) positionierten sich stärker zur Übernahme globaler Verantwortung als die Fraktionen anderer Parteien, insbesondere im Vergleich zur FDP (Mittelwert 1,98) und CDU/CSU (Mittelwert 1,91).

ABBILDUNG 40: Wichtigkeit des Themas globale Verantwortung in den Fraktionen (n = 884) (Quelle: Difu)

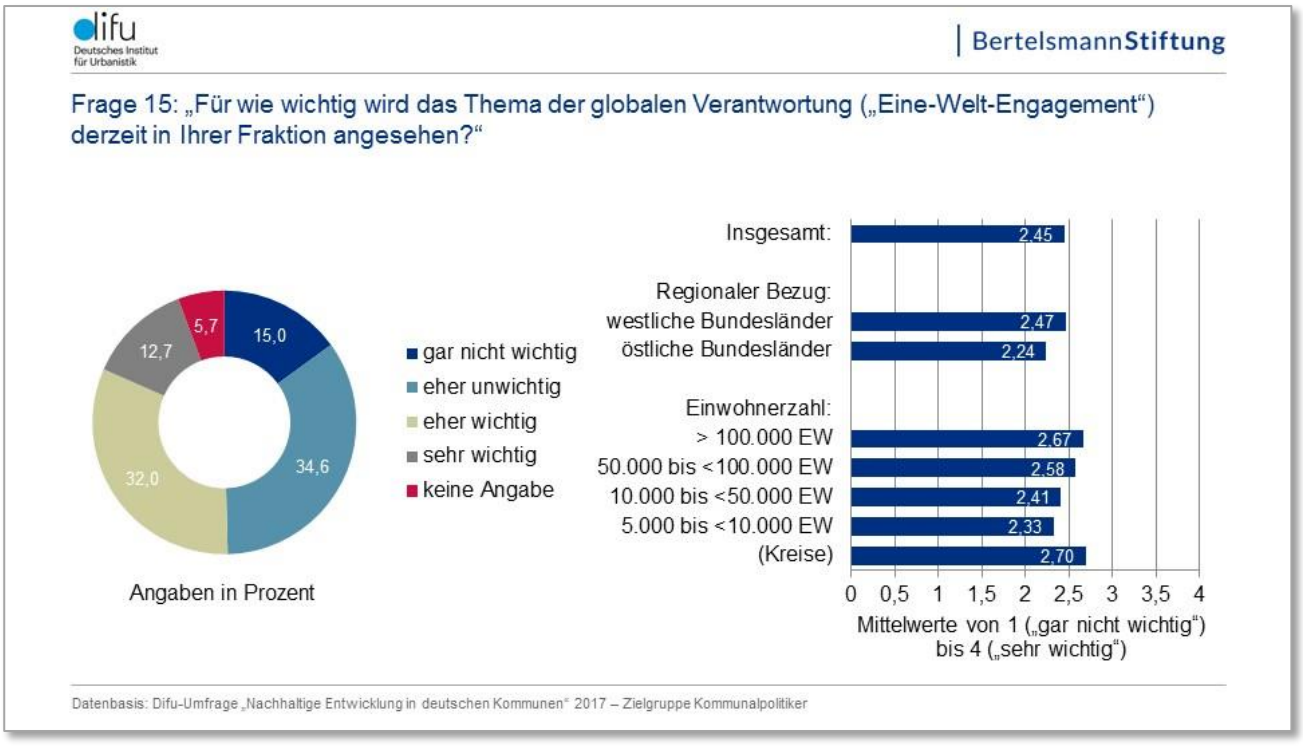
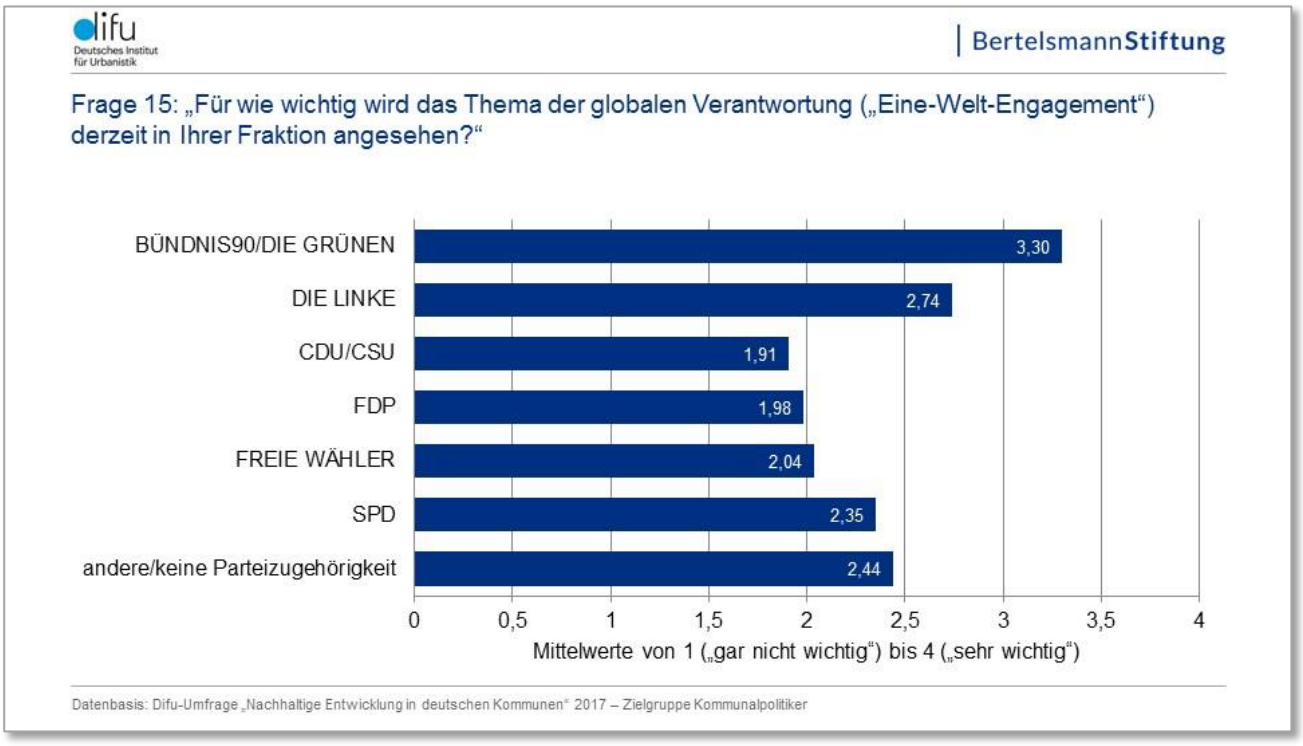


ABBILDUNG 41: Wichtigkeit des Themas globale Verantwortung in den Fraktionen (n = 884) (Quelle: Difu)

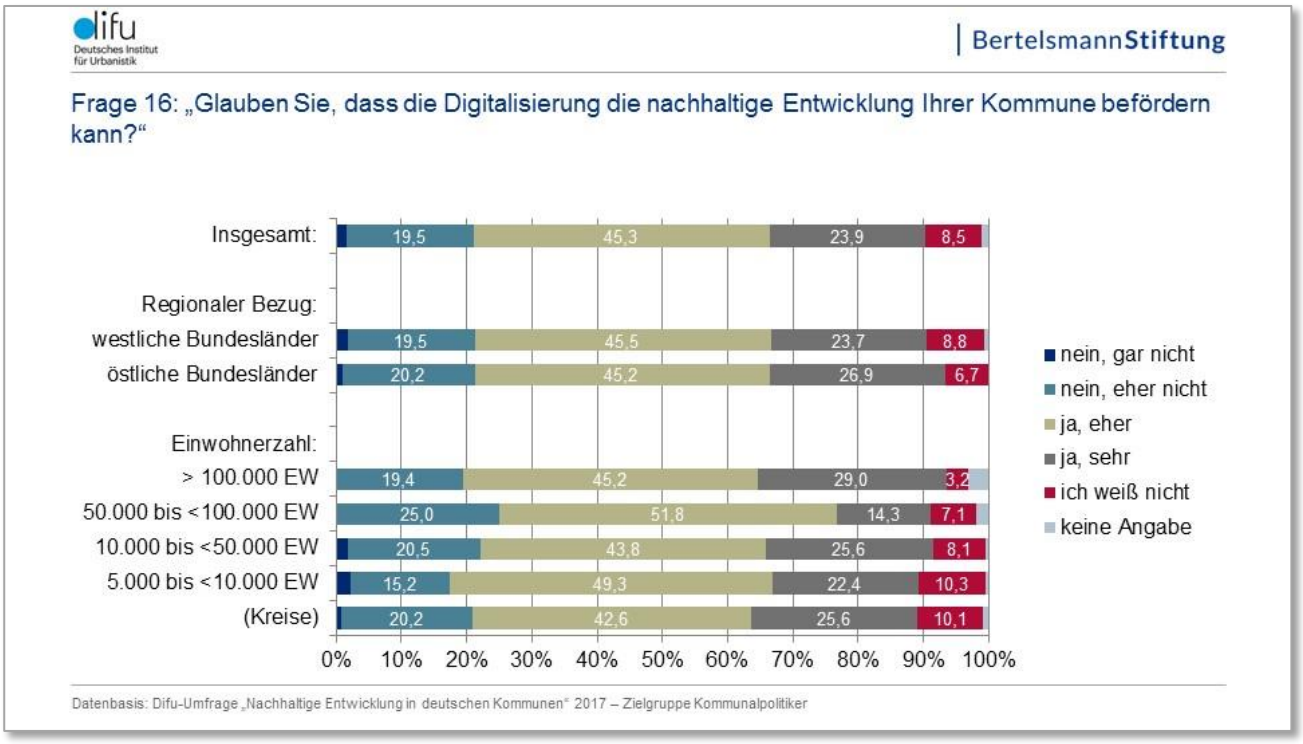


Rolle der Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung

Frage 16: „Glauben Sie, dass die Digitalisierung die nachhaltige Entwicklung Ihrer Kommune befördern kann?“

Als Sonderthema schloss die Befragung mit Fragen zur Digitalisierung im Kontext einer kommunalen nachhaltigen Entwicklung ab. Zu diesem Zweck wurden die Teilnehmer gefragt, ob die Digitalisierung ihrer Meinung nach die nachhaltige Entwicklung ihrer eigenen Kommune befördern kann. Wie Abbildung 42 veranschaulicht, bejahten dies gut zwei Drittel aller Befragten (69,2 Prozent); knapp ein Viertel der Stichprobe glaubte sogar „sehr“ an eine Beförderung der nachhaltigen Entwicklung durch die Digitalisierung und lediglich 15 Befragte (1,6 Prozent) schlossen dies ganz aus, während 8,5 Prozent unsicher waren. Die Haltung zur Digitalisierung war unabhängig von der regionalen Lage, dem Kommunaltyp und der Größe der Kommune.

ABBILDUNG 42: Haltung zur Digitalisierung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung (n = 926) (Quelle: Difu)

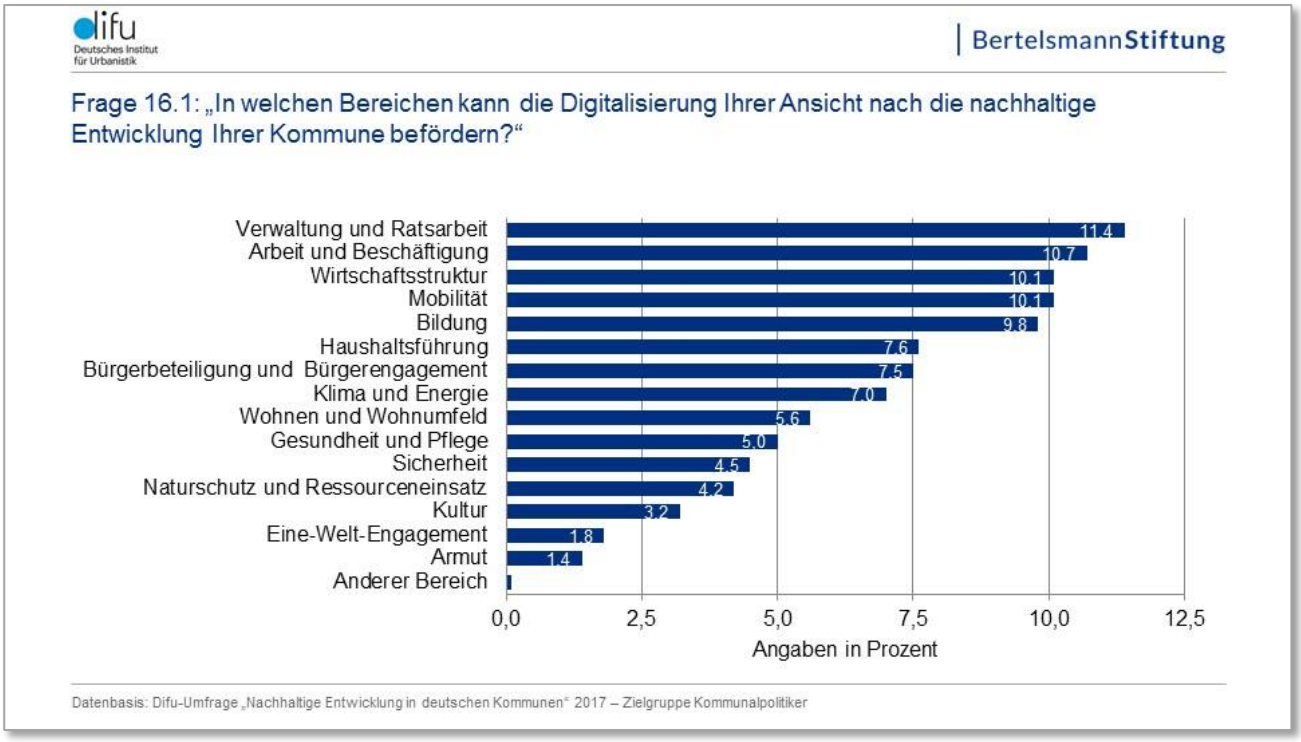


Frage 16.1: „In welchen Bereichen kann die Digitalisierung Ihrer Ansicht nach die nachhaltige Entwicklung Ihrer Kommune befördern?“

Alle Teilnehmer, die Frage 16 nach einer möglichen Beförderung der nachhaltigen Entwicklung in der Kommune durch die Digitalisierung mit „ja, eher“ oder „ja, sehr“ beantwortet hatten, wurden abschließend gebeten anzugeben, in welchen Bereichen dies ihrer Ansicht nach der Fall sein kann. Abbildung 43 zeigt, dass die größten Potenziale eindeutig in der Digitalisierung von Verwaltung und Ratsarbeit gesehen wurden (11,4 Prozent der Antworten; das entspricht 84,4 Prozent der Fälle). Weiterhin wurden ähnlich große Chancen für eine nachhaltige Entwicklung durch die Digitalisierung in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur, Mobilität und Bildung gesehen (10,7, 10,1, 10,1 und 9,8 Prozent der Antworten). Die anderen zur Wahl gestellten Bereiche und Handlungsfelder wurden deutlich seltener gewählt – auch hier waren die Schlusslichter Kultur, Eine-Welt-Engagement und Armut. Unter den insgesamt nur vier Nennungen „anderer Bereiche“ waren

Versorgung und Infrastruktur sowie der Informationsaustausch im Allgemeinen. Nennenswerte Unterschiede zwischen verschiedenen Kommunaltypen, -größen und den regionalen Unterschieden haben sich nicht gezeigt.

ABBILDUNG 43: Digitalisierung in verschiedenen Bereichen nachhaltiger Entwicklung (n = 646; 4.779 Mehrfachantworten) (Quelle: Difu)



Dank

Das Team des Difu dankt insbesondere den sieben Kommunalpolitikern, die sich am Pretest beteiligt und mit ihren wertvollen Überlegungen und Hinweisen dazu beigetragen haben, den Fragebogen zu verbessern. Außerdem danken wir allen Teilnehmern der Befragung für ihre Zeit und Mühe, die dazu beigetragen hat, eine große und aussagekräftige Stichprobe zu gewinnen. Schließlich möchten wir auch der Projektleitung bei der Bertelsmann Stiftung und dem Projektbeirat für ihre Ideen und Unterstützung bei der Entwicklung der Studie danken.

Referenzen

Riedel, Henrik, Oliver Haubner, Nils Zumbansen, Kirsten Witte, Busso Grabow, Jasmin Honold, Uta Bauer, Ulrike Wolf, Detlef Landua und Paul Gallep (2016). *Monitor Nachhaltige Kommune. Bericht 2016 – Teil 1: Ergebnisse der Befragung und der Indikatorenentwicklung.* Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/monitor-nachhaltige-kommune-bericht-2016-teil-1/ (Download 27.11.2017).

Deutscher Städtetag (2015). „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten. Musterresolution für Städte“. Pressemitteilung. 28.9.2015. http://www.staedtetag.de/fachinformationen/staedtetag/075357/index.html (Download 10.11.2017).

C. Indikatorenentwicklung

1. Die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren für Kommunen – Der Ansatz des Monitors Nachhaltige Kommune

Henrik Riedel

Eckpunkte der Indikatorenentwicklung

Das übergeordnete Ziel des Monitors Nachhaltige Kommune besteht in der Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Eine **nachhaltige Entwicklung** von Städten, Kreisen und Gemeinden soll u. a. dadurch erreicht werden, dass die Entscheidungsträger und die verantwortlichen Mitarbeiter in Politik und Verwaltung dabei unterstützt werden, ein wirkungsorientiertes, d. h. **ziel- und indikatorenbasiertes Nachhaltigkeitsmanagement** zu betreiben.

Im Rahmen des Monitors werden regelmäßig **Berichte** zum aktuellen Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements veröffentlicht, **Arbeitshilfen** für die Entscheidungsträger und die verantwortlichen Mitarbeiter in Politik und Verwaltung erarbeitet, **Indikatoren** zur Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung bereitgestellt und **Informations- bzw. Diskussionsveranstaltungen** durchgeführt. Die Bereitstellung von Nachhaltigkeitsindikatoren für Kommunen erfolgt – ebenso wie bei den anderen Produkten – möglichst **bedarfsorientiert**.

Ein bedarfsorientiertes Angebot an Indikatoren setzt die Analyse vorhandener kommunaler Nachhaltigkeitskonzepte **(„bottom-up“)** voraus, wobei auch auf übergeordnete Konzepte, Strategien und Systeme **(„top-down“)** zurückgegriffen werden kann, um „das Rad nicht neu zu erfinden“ und ein effizientes Vorgehen im Projekt zu gewährleisten. Durch die Beachtung übergeordneter Quellen kann außerdem eine integrierte Steuerung der nachhaltigen Entwicklung gefördert werden.

Im Rahmen der ersten Phase des Monitors Nachhaltige Kommune (Mitte 2015 bis Anfang 2017) wurde deshalb ein umfangreiches Bottom-up- und Top-down-Vorgehen durchgeführt. Die Analyse hat ergeben, dass kommunale Nachhaltigkeitskonzepte überwiegend nach fachlichen Kriterien, d. h. nach **Themen und Dimensionen** der nachhaltigen Entwicklung, gegliedert sind. Darüber hinaus sind die kommunalen Nachhaltigkeitskonzepte vergleichsweise häufig auf typische **Agenden oder Leitbilder** einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet. Schließlich orientieren sich die Kommunen in Deutschland zunehmend an den internationalen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, d. h. an den **Sustainable Development Goals** (SDGs) der Vereinten Nationen.

Aufbauend auf der Analyse der kommunalen Bedarfe an Nachhaltigkeitsindikatoren wurde ein **Indikatorenkatalog** erarbeitet, der primär nach **Themen und Dimensionen** einer nachhaltigen Entwicklung gegliedert ist. Gleichwohl soll dieser Indikatorenkatalog möglichst auch alle Indikatoren beinhalten, die für eine spezifische Abbildung der typischen **Agenden oder Leitbilder** einer nachhaltigen Entwicklung bzw. der **SDGs** geeignet sind.

Um einen entsprechenden Katalog an Nachhaltigkeitsindikatoren zu erarbeiten, wurde bzw. wird im Monitor-Projekt – verkürzt gesagt – in drei Schritten vorgegangen:

1. Erarbeitung von Indikatoren zur Abbildung von **Themen und Dimensionen** der nachhaltigen Entwicklung und Zuordnung dieser Kennzahlen zu weiteren Perspektiven;
2. Erarbeitung von spezifischen Indikatoren zur Abbildung der **SDGs** und Integration dieser Kennzahlen in den Indikatorenkatalog für Nachhaltigkeitsthemen und -dimensionen;
3. Erarbeitung von spezifischen Indikatoren zur Abbildung von ausgewählten **Agenden oder Leitbildern** der nachhaltigen Entwicklung und Integration dieser Kennzahlen in den Indikatorenkatalog für Nachhaltigkeitsthemen und -dimensionen.

In den folgenden drei Kapiteln dieses Beitrags wird der Weg zur Erarbeitung eines umfassenden **Indikatorenkatalogs** ausführlicher dargestellt. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens zur Entwicklung von Indikatoren für einzelne Themen und Dimensionen findet sich im ersten Teil des Berichtes 2016 zum Monitor Nachhaltige Kommune. Die bisherigen Schritte zur Erarbeitung von SDG-Indikatoren für Kommunen werden im folgenden Beitrag dieses Monitorberichtes genauer erläutert.

Im letzten Kapitel dieses Beitrags wird die **Gesamtstruktur** des Indikatorenkatalogs graphisch dargestellt und zusammenfassend beschrieben. Zudem wird erläutert, dass und wie Kommunen den Indikatorenkatalog des Monitors Nachhaltige Kommune als „Baukastensystem“ nutzen können, um – je nach Bedarf – geeignete Kennzahlen zur Abbildung des eigenen Nachhaltigkeitskonzeptes zu ermitteln.

Indikatoren für Nachhaltigkeitsdimensionen und -themen

Wie oben beschrieben, wurden sowohl kommunale Nachhaltigkeitsberichte als auch übergeordnete Quellen analysiert. Bei den kommunalen **Nachhaltigkeitsberichten** handelte es sich im Wesentlichen um die Nachhaltigkeitsberichte der Städte, die im Dialog „Nachhaltige Stadt“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) mitwirken (z. B. Augsburg, Bonn oder Freiburg im Breisgau). Darüber hinaus wurden die Nachhaltigkeitsberichte von zwei kleineren Städten (Groß-Umstadt und Pfaffenhofen an der Ilm) sowie von zwei Landkreisen (Harz und Unna) in die Analyse einbezogen. Bei den **übergeordneten Quellen** handelte es sich um Indikatorenkataloge für Kommunen (z. B. „Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit“ der Agenda-Transferstelle, das Indikatorenset des Projektes „Städte der Zukunft“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sowie das Indikatorenset des Projektes „Zukunftsfähige Kommune“ der Deutschen Umwelthilfe) und um strategische Konzepte wie die „Charta von Aalborg“ und die „Leipzig Charta“.

Das Bottom-up- und Top-down-Vorgehen hat ergeben, dass Berichte oder strategische Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung mit kommunaler Relevanz derzeit noch am häufigsten nach fachlichen Gesichtspunkten gegliedert sind. Folglich wurde zunächst ein **Indikatorenkatalog für einzelne Themen und Dimensionen** erarbeitet, um möglichst anschlussfähig an den aktuellen Stand der kommunalen Nachhaltigkeitssteuerung zu sein.

Bei den **Dimensionen** einer nachhaltigen Entwicklung wurden die drei „klassischen“ Bereiche **„Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“** um den Bereich **„Governance“** ergänzt, sodass die für die Akteure in Politik und Verwaltung wesentlichen Themen in einem eigenständigen Bereich gebündelt werden können.

Die Untergliederung der Dimensionen in **Themen** kann der folgenden Auflistung entnommen werden:

- Ökonomie (Arbeit und Beschäftigung; Wirtschaftsstruktur);
- Ökologie (Klima und Energie; Mobilität; Naturschutz und Ressourceneinsatz);
- Soziales (Armut; Wohnen und Wohnumfeld; Gesundheit und Pflege; Sicherheit; Bildung; Kultur);
- Governance (Verwaltung und Ratsarbeit; Haushaltsführung; Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement; Eine-Welt-Engagement).

Für die oben genannten Themen und Dimensionen wurden bisher **37 Kernindikatoren**, deren Daten flächendeckend und einfach aus zentralen Quellen erhoben werden können, identifiziert.

Soweit als möglich wurden diese Indikatoren auch den **SDGs** sowie den **Agenden oder Leitbildern** einer nachhaltigen Entwicklung zugeordnet:

- SDGs (Keine Armut; Kein Hunger; Gesundheit und Wohlergehen; Hochwertige Bildung; Geschlechtergleichheit; Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen; Bezahlbare und saubere Energie; Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum; Industrie, Innovation und Infrastruktur; Weniger Ungleichheiten; Nachhaltige Städte und Gemeinden; Nachhaltige(r) Konsum und Produktion; Maßnahmen zum Klimaschutz; Leben unter Wasser; Leben an Land; Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen; Partnerschaften zur Erreichung der Ziele);
- Nachhaltigkeitsagenden (Inklusive Kommune; Familiengerechte Kommune; Umweltgerechte Kommune; Resiliente Kommune; Sharing Kommune; Smarte Kommune; Faire Kommune).

Ergänzend zu den oben genannten Themen und Dimensionen wurden die Indikatoren auch **kommunalen Produktbereichen** (z. B. Gesundheit, Verbraucherschutz, Sport und Erholung) zugeordnet. Ergänzend zu den oben genannten Agenden oder Leitbildern – insbesondere die Agenda oder das Leitbild einer „Inklusiven Kommune“ – erfolgte zudem eine Zuordnung der Indikatoren zu **zielgruppenspezifischen Querschnittsthemen** (z. B. Kinder- und Jugendgerechtigkeit).

Praxisbeispiel

München – Innovative Versorgungsstrukturen für hilfsbedürftige ältere Menschen

Entlastung pflegender Angehöriger per Handy-App: Digitalisierte Netzwerkprozesse und eine Kombination von ehrenamtlichen Helfern und professionellen Pflegefachkräften bieten eine effiziente und kostengünstige häusliche Versorgung.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/munchen-innovative-versorgungsstrukturen-fur-hilfsbedurftige-altere-menschen

Die Zuordnung hat ergeben, dass die Ziele sowie die Agenden oder Leitbilder durch die themen- und dimensionsbezogenen Indikatoren in der Regel nicht ausreichend abgebildet werden können. Insofern wurden bzw. werden im weiteren Verlauf des Monitor-Projektes noch einmal spezifische Indikatoren zur Abbildung der Nachhaltigkeitsziele, d. h. der SDGs, sowie der Agenden oder Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet und jeweils in den Indikatorenkatalog integriert.

Indikatoren für Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)

Im September 2015 haben die **Vereinten Nationen** mit der Agenda 2030 internationale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Im Januar 2017 hat der **Bund** seine Nachhaltigkeitsstrategie fortgeschrieben und sich dabei systematisch an den SDGs orientiert. Darüber hinaus hat ein Großteil der **Länder** eigene Strategien für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet, deren Schwerpunkte zumindest teilweise auch den SDGs zugeordnet worden sind. Schließlich entwickelt auch eine wachsende Zahl an deutschen **Kommunen** Nachhaltigkeitsstrategien neu oder weiter, mit denen ein lokaler Beitrag zur Umsetzung der SDGs geleistet werden soll.

Vor diesem Hintergrund haben sieben Organisationen im Frühjahr 2017 ein **gemeinsames Vorhaben** zur Entwicklung von SDG-Indikatoren für Kommunen in Deutschland begonnen. Bei den Trägern des Vorhabens handelt es sich – neben den drei kommunalen Spitzenverbänden – um das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und die Bertelsmann Stiftung.

Ziel des gemeinsamen Vorhabens ist es, geeignete Indikatoren zur Abbildung der SDGs auf kommunaler Ebene in Deutschland zu entwickeln und die Indikatorenwerte – soweit als möglich – zu erheben und bereitzustellen. Die Indikatorenentwicklung umfasst die Definition und Beschreibung von Indikatoren für die relevanten Ziele und Unterziele der Agenda 2030 sowie die Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte. Die Bereitstellung der Indikatorenwerte erfolgt für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Landkreise.

Methodisch ist das gemeinsame Vorhaben in vier Phasen gegliedert:

- Phase 1: Prüfung der Relevanz der SDGs;
- Phase 2: Definition und Beschreibung der Indikatoren;
- Phase 3: Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte;
- Phase 4: Bereitstellung der Ergebnisse.

Bis zum Redaktionsschluss des vorliegenden Monitorberichtes konnten die **Relevanzprüfung** der SDGs und die **Indikatorendefinition** abgeschlossen werden. Die – steckbriefartige – **Beschreibung der Indikatoren**, die **Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte** sowie die **Bereitstellung der Ergebnisse** (im Rahmen einer gemeinsamen Publikation der oben genannten Partner sowie über die Plattform Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung) sind bis zum Frühjahr 2018 geplant.

Indikatoren für Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbilder

Im Rahmen der Pilotphase des Monitors Nachhaltige Kommune wurden bereits sieben typische, d. h. häufig vorkommende **Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbilder** definiert. Diesen Agenden oder Leitbildern sind die fachspezifischen Kernindikatoren – soweit als möglich – zugeordnet worden. Dabei handelt es sich um folgende Agenden bzw. Leitbilder:

- Inklusive Kommune;
- Familiengerechte Kommune;
- Umweltgerechte Kommune;
- Resiliente Kommune;
- Sharing Kommune;
- Smarte Kommune;
- Faire Kommune.

Diese Auflistung kann noch um weitere Agenden oder Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene ergänzt werden, wie z. B.:

- Weltoffene Kommune;
- Demographiegerechte Kommune;
- Klimaneutrale Kommune;
- etc..

All diesen Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung ist gemeinsam, dass sie jeweils auf die **Bewältigung einer besonderen Herausforderung** bezogen sind. So ist z. B. eine Nachhaltigkeitsstrategie, mit der das Leitbild einer klimaneutralen Kommune verfolgt werden soll, speziell

auf die Bewältigung des Klimawandels vor Ort ausgerichtet. Eine demographiegerechte Kommune entwickelt Maßnahmen, um den demographischen Wandel erfolgreich zu bewältigen. Eine weltoffene Kommune stellt sich vor allem den Herausforderungen, die mit der Globalisierung und der internationalen Verflechtung verbunden sind.

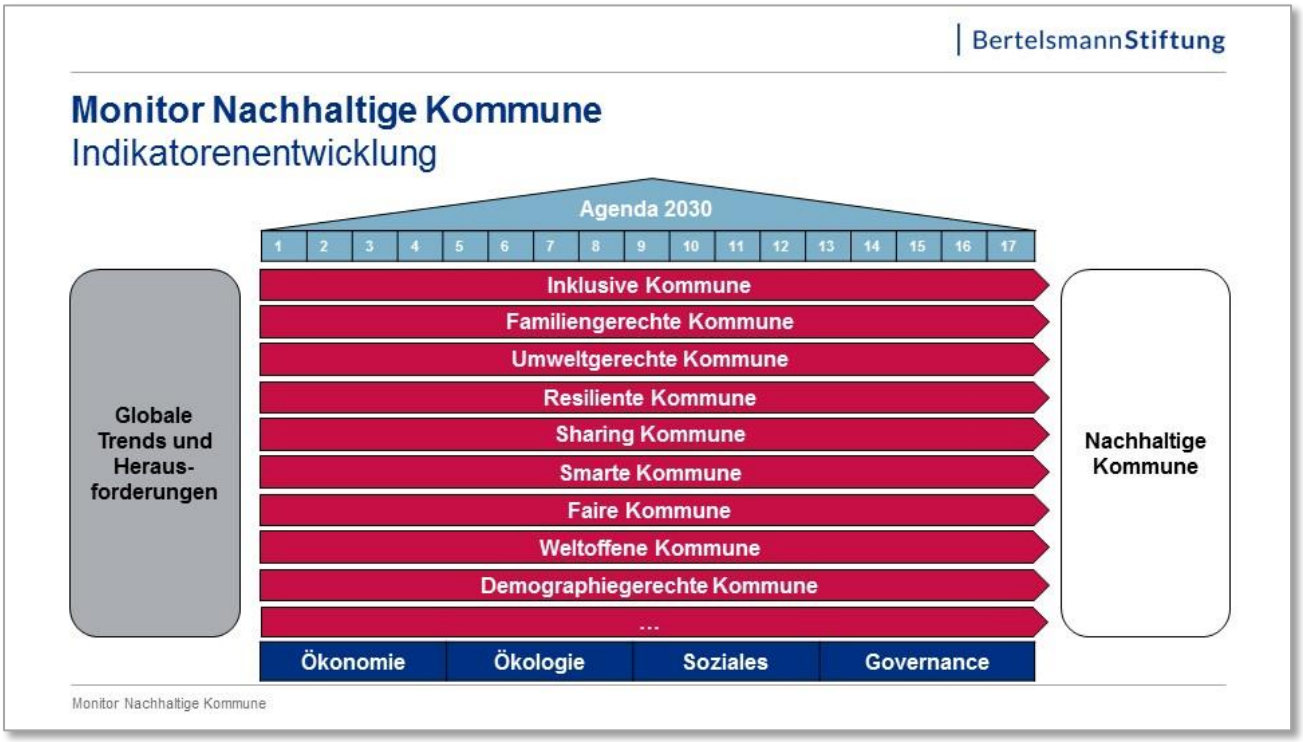
Zur systematischen Entwicklung von Indikatoren für typische Agenden oder Leitbilder einer nachhaltigen Entwicklung empfiehlt sich das folgende **Vorgehen**:

- Identifikation der besonderen Herausforderungen bzw. relevanten Trendentwicklungen für die nachhaltige Entwicklung der deutschen Kommunen;
- Ableitung von Agenden zur Bewältigung der identifizierten Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung der deutschen Kommunen;
- Auswahl exemplarischer Agenden der nachhaltigen Entwicklung;
- Ermittlung spezifischer Indikatoren zur Abbildung der ausgewählten, kommunalen Nachhaltigkeitsagenden.

Gesamtstruktur des Indikatorensystems

Der Abbildung 44 kann die **Gesamtstruktur** des zum Teil bereits vorliegenden Katalogs an Nachhaltigkeitsindikatoren entnommen werden.

ABBILDUNG 44: Monitor Nachhaltige Kommune – Indikatorenentwicklung (Quelle: Bertelsmann Stiftung)



Der Indikatorenkatalog ist vorrangig nach **Themen und Dimensionen** einer nachhaltigen Entwicklung gegliedert. Den Nachhaltigkeitsthemen bzw. -dimensionen werden zunächst fachbezogene Indikatoren zugeordnet. Sofern es relevant ist, werden die fachbezogenen Indikatoren noch um Indikatoren für die Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbilder sowie um Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) ergänzt.

Bei den **Agenden oder Leitbildern** einer nachhaltigen Entwicklung, die in der Abbildung 44 aufgelistet sind, handelt es sich lediglich um erste Ideen bzw. Beispiele. Generell stellen die Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbilder Querschnittskonzepte dar, die sich auf mehrere oder alle fachbezogenen Themen oder Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung auswirken können. So kann es beispielsweise zur Umsetzung eines Smart-City-Konzeptes sinnvoll sein, die Potenziale der Digitalisierung für alle kommunalen Aufgabenbereiche zu prüfen sowie ggf. zu konkretisieren und auszuschöpfen.

Die **SDGs** bzw. die SDG-Indikatoren können grundsätzlich sowohl den Themen und Dimensionen als auch den Agenden oder Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung zugeordnet werden. Sie stellen also gewissermaßen ein gemeinsames „Dach“ für den Gesamtkatalog an Zielen und Indikatoren dar.

Im Monitor Nachhaltige Kommune wird der gesamte Katalog an Nachhaltigkeitsindikatoren als ein „**Baukastensystem**“ verstanden, aus dem sich die einzelnen Kommunen – je nach Bedarf – die Indikatoren auswählen können, die für eine Operationalisierung des jeweiligen Nachhaltigkeitskonzeptes geeignet und erforderlich sind. Sofern ein kommunales Nachhaltigkeitskonzept z. B. an Themen und Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung orientiert ist, kommen vor allem die fachbezogenen Indikatoren für eine kommunale Nachhaltigkeitssteuerung in Betracht. Sollte es sich bei den fachbezogenen Indikatoren um Kennzahlen handeln, die auch einzelnen Agenden oder Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung bzw. den SDGs zugeordnet werden können, wäre es möglich, mithilfe dieser Indikatoren einen Beitrag zu den betreffenden Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbildern bzw. den SDGs zu ermitteln.

Denkbar ist jedoch auch, dass eine Kommune in ihrem Nachhaltigkeitskonzept Schwerpunkte gesetzt hat, die nicht nur in einer, sondern in mehreren Perspektiven zu verorten sind. In diesem Fall können Indikatoren für Nachhaltigkeitsthemen und -dimensionen, Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbilder sowie die SDGs für eine Steuerung der nachhaltigen Entwicklung in der jeweiligen Kommune geeignet sein.

Letztlich verfolgt der Monitor Nachhaltige Kommune den Ansatz und das Ziel, ein **Gesamtsystem** an Indikatoren für **unterschiedliche Konzepte** der nachhaltigen Entwicklung und somit auch für **unterschiedliche Bedarfe** an kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren vor Ort bereitzustellen.

2. Die Entwicklung von SDG-Indikatoren für Kommunen – Ein gemeinsames Vorhaben der kommunalen Spitzenverbände, des BBSR, des Difu, der SKEW und der Bertelsmann Stiftung

Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“[4]

Ausgangslage und Zielsetzung

Mit der Agenda 2030 haben die **Vereinten Nationen** im September 2015 internationale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Im Januar 2017 hat die **Bundesregierung** die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie fortgeschrieben. Die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden nun systematisch an den SDGs orientiert. Auch ein Großteil der **Bundesländer** hat bereits Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet, die zumindest teilweise auf die internationalen Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet sind. Ebenso entwickelt eine wachsende Zahl deutscher **Kommunen** Nachhaltigkeitsstrategien (weiter), mit denen ein lokaler Beitrag zur Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele geleistet werden soll.

Indikatoren dienen dazu, einen Zustand oder eine Entwicklung „anzuzeigen“. Mit **SDG-Indikatoren** ist es somit möglich, den aktuellen Stand der nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf die Ziele der Agenda 2030 darzustellen. Die Vereinten Nationen haben im März 2016 Vorschläge für Indikatoren veröffentlicht, mit denen die SDGs auf internationaler Ebene abgebildet werden können. Im Mai 2017 ist dies ebenfalls im Kontext der Europäischen Union mit dem „EU SDG indicator set“ erfolgt. Der Indikatorenkatalog der Vereinten Nationen soll – ebenso wie derjenige der EU – auch als Grundlage für ein **SDG-Monitoring** auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene verwendet werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die 17 SDGs mit ihren 169 Unterzielen in den einzelnen Staaten und auf den einzelnen Politik- und Verwaltungsebenen unterschiedlich relevant sind – je nachdem, wo welche Bereiche als entwicklungsfähig eingeschätzt werden und ob mit den Aufgaben der jeweiligen Ebenen ein Beitrag zur Zielerreichung geleistet werden kann. Darüber hinaus ist zu beachten, dass nicht für alle relevanten Aspekte geeignete Indikatoren definiert werden können bzw. nicht für alle definierten Indikatoren flächendeckend belastbare Daten verfügbar sind.

[4] Der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ gehören folgende Mitglieder an (Stand: 27.11.2017): Dr. Dirk Assmann (Deutsches Institut für Urbanistik), Sabine Drees (Deutscher Städtetag), Oliver Haubner (Bertelsmann Stiftung), Dr. Jasmin Honold (Deutsches Institut für Urbanistik), Dr. Torsten Mertins (Deutscher Landkreistag), Antonia Milbert (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), Dr. André Müller (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), Dr. Timo Munzinger (Deutscher Städtetag), Henrik Riedel (Bertelsmann Stiftung), Annette Turmann (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), Jonas Wiggers (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Dr. Stefan Wilhelmy (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt).

Vor diesem Hintergrund besteht das **Ziel des Vorhabens** „SDG-Indikatoren für Kommunen“ darin, geeignete Indikatoren zur Abbildung der SDGs auf kommunaler Ebene in Deutschland zu entwickeln und bereitzustellen. Die Entwicklung von Indikatoren bezieht sich dabei auf die Sammlung, Bewertung und Auswahl von Indikatoren für die relevanten Ziele und Unterziele aus vorhandenen Indikatorenkatalogen (u. a. die SDG-Indikatorenkataloge der Vereinten Nationen, der EU, der Bundesregierung bzw. des Statistischen Bundesamtes sowie ausgewählter Bundesländer). Die Bereitstellung der Indikatorenwerte erfolgt für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Landkreise; genutzt werden können die Indikatoren(-definitionen) grundsätzlich aber von allen Kommunen in Deutschland. Im Ergebnis werden den Kommunen mit den SDG-Indikatoren vergleichbare Messgrößen zur Abbildung der SDG zur Verfügung gestellt.

Grundsätzlich werden im Rahmen des Vorhabens vorhandene Indikatorendefinitionen aus bestehenden und bereits erprobten Indikatorensystemen herangezogen (siehe oben). Nur in Ausnahmefällen, d. h. wenn bei relevanten Unterzielen keine geeigneten Indikatorendefinitionen vorliegen, werden neue Indikatoren vorgeschlagen. Soweit möglich, wird auf vorhandene Daten aus der amtlichen Statistik zurückgegriffen; zur Abbildung der SDGs in ihrer Gesamtheit müssen aber ggf. auch andere Quellen verwendet werden. Möglich ist zudem, dass Indikatoren definiert werden, die zwar qualitativ gut geeignet, flächendeckend aber (noch) nicht gänzlich verfügbar sind; über die Definition dieser Indikatoren sollen Anregungen für die Weiterentwicklung der Kommunalstatistik gegeben werden.

In jedem Fall wird der Katalog an SDG-Indikatoren **Empfehlungscharakter** haben: Die einzelnen Kommunen entscheiden auf freiwilliger Basis, welche Indikatoren sie zur Abbildung bzw. Steuerung der nachhaltigen Entwicklung vor Ort verwenden möchten. Denkbar ist sowohl eine Auswahl als auch eine Änderung oder Ergänzung der vorgeschlagenen Indikatoren. Insofern übernimmt der SDG-Indikatorenkatalog für die einzelnen Städte, Kreise und Gemeinden eine **Baukastenfunktion**.

Generell soll mit den entwickelten und bereitgestellten SDG-Indikatoren ein Beitrag zur wirkungsorientierten Gestaltung des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Hinblick auf bzw. unter Berücksichtigung der Agenda 2030 geleistet werden.

Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen zur Entwicklung und Bereitstellung von SDG-Indikatoren für Kommunen in Deutschland gliedert sich in die folgenden vier Phasen:

Phase 1: Prüfung der Relevanz der SDG

Der Relevanzcheck basiert auf der Grundüberlegung, dass auch die deutschen Kommunen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 bzw. der SDG übernehmen – nicht nur bei SDG Nr. 11, sondern bei allen SDGs und Unterzielen. Das Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ besteht jedoch auch darin, einen möglichst überschaubaren und handhabbaren Katalog an Indikatoren zu entwickeln. Aus diesem Grund wird ein Fokus auf solche Unterziele bzw. Einzelaussagen in den Unterzielen gelegt, die wesentliche Probleme oder Herausforderungen auf kommunaler Ebene in Deutschland ansprechen. Konkret handelt es sich dabei überwiegend um Maßnahmen „in der Kommunen für die Kommune“, wobei – wie es dem Charakter der Agenda 2030 bzw. der SDG entspricht – auch Maßnahmen „in der Kommune für die Welt“ sowie Maßnahmen „in anderen Ländern und durch andere Länder“ einbezogen werden sollen.

In der ersten Phase wurden die SDGs auf Relevanz für deutsche Kommunen geprüft. Der Relevanzcheck gliedert sich in drei Schritte:

- Im **ersten Schritt** wurden die Unterziele eines SDG ggf. in einzelne Aspekte unterteilt, um eine sorgfältige und nachvollziehbare Prüfung der Relevanz für deutsche Kommunen zu ermöglichen (z. B. wurde SDG 11.1 in die Komponenten „Zugang zu Wohnraum bzw. Grundversorgung“ und „Sanierung von Slums“ zerlegt).
- Im **zweiten Schritt** wurde geprüft, ob durch das jeweilige Einzelziel wesentliche Probleme oder Herausforderungen für deutsche Kommunen angesprochen werden (Problemcheck). Probleme oder Herausforderungen wurden grundsätzlich dann als relevant eingestuft, wenn ein bedeutsamer Teil der deutschen Kommunen bzw. der Bevölkerung als betroffen gelten kann. Als „Faustregel“ wurde hierbei festgelegt, dass jeweils mehr als 10 Prozent von dem Problem bzw. der Herausforderung betroffen sein müssen.
- Im **dritten Schritt** wurde geprüft, ob mithilfe kommunaler Aufgaben bzw. der durch die Aufgabenerfüllung erbrachten Leistungen und Produkte ein Beitrag zur Erreichung des jeweiligen Einzelziels geleistet werden kann (Aufgabencheck). Von einer Aufgabenrele-vanz wird dann ausgegangen, wenn durch kommunales Handeln ein wesentlicher Beitrag zur Zielerreichung geleistet werden kann. Als wesentlich wird ein Beitrag dann angesehen, wenn die Kommune durch die Wahrnehmung eigener Aufgaben oder durch die Setzung von Rahmenbedingungen für Dritte zur Problemlösung beitragen kann.

Praxisbeispiel

Moers – Hackday Niederrhein

Mit dem Hackday Niederrhein wurden lokale Open-Data-Interessierte in Moers identifiziert und aktiviert. Daraus entstand eine neue Open-Data-Community, in der Bürger und Verwaltung zusammenarbeiten. Ein neuer Aspekt beim Hackday Niederrhein ist die Gendersensibilität: Es werden mittlerweile gezielt Frauen und Mädchen eingeladen und man forscht zur Einbindung dieser Zielgruppe.

http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/moers-hackday-niederrhein

Nur die als relevant eingeschätzten Einzelziele – Problem- und Aufgabencheck fallen positiv aus – wurden in den folgenden Phasen weiter bearbeitet.

Phase 2: Definition und Beschreibung der Indikatoren

Im Anschluss an den Relevanzcheck wurden geeignete Indikatoren für die relevanten Ziele definiert, d. h. gesammelt, bewertet und ausgewählt. Das Vorgehen zur Definition von Indikatoren orientierte sich dabei im Einzelnen an sieben Schritten, wobei die Schritte 1 und 2 der Sammlung, die Schritte 3 bis 6 der Bewertung und der Schritt 7 der Auswahl von (Kern-)Indikatoren zugerechnet werden kann:

- Im **ersten Schritt** wurden geeignete Indikatoren auf Basis vorhandener Nachhaltigkeitsindikatorenkataloge (z. B. der Vereinten Nationen, der Europäischen Kommission, der Bundesregierung, einzelner Landesregierungen und von Kommunen sowie des BBSR, der Bertelsmann Stiftung und der relevanten ISO-Normen) identifiziert und gesammelt. Darüber hinaus wurden auch Ergebnisse und Erfahrungen aus Projekten der Träger des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ eingebracht (z. B. Erfahrungen aus den Projekten „Global Nachhaltige Kommune“ in Nordrhein-Westfalen und Thüringen der SKEW).
- Im **zweiten Schritt** wurden – für die einzelnen Unterziele bzw. Teilaussagen – aus der Fülle der gesammelten Indikatoren thematisch geordnete Indikatorengruppen gebildet (z. B. können

für den ersten Teil des SDG 8.5 die Indikatorengruppen „Arbeitslosigkeit“, „Beschäftigung“ und „problematische Beschäftigungsverhältnisse“ gebildet werden).

- Im **dritten Schritt** wurden die gesammelten und zugeordneten Indikatoren nach bestimmten Kriterien bewertet: Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion, d. h. ob es sich bei der Kennzahl um einen Input- oder Output-, Outcome- bzw. Impactindikator handelt.[5] Input-Indikatoren sind hierbei nur dann zu wählen, wenn keine alternativen Output-, Outcome- oder Impactindikatoren zur Verfügung stehen. Über die Bewertung wurden die Indikatoren zwei Typen zugeordnet (Typ I: gute Validität, zentrale flächendeckende Datenverfügbarkeit, gute Datenqualität, kein Inputindikator; Typ II: sehr gute Validität, keine Anforderung bezüglich der Datenverfügbarkeit oder -qualität, kein Inputindikator).
- Im **vierten Schritt** wurden Indikatoren vom Typ I oder II auf mögliche Dopplungen geprüft. Diese entstehen, wenn die relevanten Indikatoren in mehreren der untersuchten Indikatorenkataloge in identischer oder nahezu identischer Form enthalten sind. Hier wird die Indikatordefinition gewählt, die für Kommunen die höchste Aussagekraft besitzt.
- Im **fünften Schritt** wurden fehlende Indikatoren für relevante Unterziele bedarfsweise aus anderen Indikatorenkatalogen, die nicht explizit Nachhaltigkeitsindikatoren enhalten, wie z. B. der Regionalstatistik oder den Datenportalen des BBSR (INKAR) bzw. der Bertelsmann Stiftung (Wegweiser Kommune), ausgewählt. Diese Indikatoren wurden den relevanten Einzelzielen zugeordnet und unter den oben genannten Qualitätskriterien bewertet.
- Im **sechsten Schritt** wurden weitere Informationen zu den Indikatoren gesammelt (z. B. zur Berechnung, zu den Quellen, zur Aussage, zur Einheit und zur Verfügbarkeit). Diese dienen der späteren ausführlichen Beschreibung.
- Im **siebten Schritt** wurden aus den Indikatoren vom Typ I und II Kernindikatoren ausgewählt. Die Reduktion auf Kernindikatoren dient dem Zweck, den Indikatorenkatalog übersichtlich und handhabbar zu halten. Für jedes der 17 Ziele werden circa drei Kernindikatoren anvisiert. Bei der Auswahl von Kernindikatoren wurden verschiedene inhaltliche Fragestellungen berücksichtigt (Ist der Indikator zur Abbildung des gesamten Ziels und nicht nur zur Abbildung eines Unterziels oder einer Einzelaussage geeignet? Lassen sich durch den Indikator auch andere SDG abbilden? Sind die Daten zur Abbildung des Indikators zentral verfügbar oder müssen diese Daten erst vor Ort erhoben werden? Wenn die Daten erst vor Ort erhoben werden müssen, wie hoch ist dann der Beschaffungsaufwand einzuschätzen? etc.).

Die anschließende Beschreibung der Indikatoren wird auf standardisierten Steckbriefen, die u. a. nach den oben genannten Bewertungskriterien gegliedert sind, basieren. Bei der Beschreibung soll auch geprüft werden, ob die Indikatorendefinitionen den Vorgaben der europäischen INSPIRE-Richtlinie bzw. den relevanten nationalen und internationalen Standards entsprechen.

Phase 3: Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte

In der dritten Phase werden die Indikatoren erhoben und analysiert. Die Erhebung erstreckt sich auf alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Landkreise. Hierbei sollen – soweit möglich – die Indikatorenwerte der letzten zehn Jahre berücksichtigt werden. Die Daten werden in

[5] Bei Inputindikatoren handelt es sich um Indikatoren, die eine Aussage über den Einsatz personeller, finanzieller oder sächlicher Ressourcen ermöglichen. Outputindikatoren beziehen sich auf die Ergebnisse oder Produkte, die mithilfe der Inputs erstellt werden. Mit Outcomeindikatoren werden die direkten Wirkungen bei den Zielgruppen der Outputs gemessen. Impactindikatoren setzen bei den indirekten Wirkungen an, die auf (gesamt-)gesellschaftlicher Ebene angesiedelt sind.

der Regel aus der amtlichen Statistik oder anderen öffentlich zugänglichen Quellen gewonnen (ggf. über Sonderauswertungen). Eine Erhebung von Daten für die vorgeschlagenen Indikatoren bei den einzelnen Kommunen ist nicht notwendig.

Zur Analyse der Daten werden uni- und multivariate Methoden eingesetzt. Die multivariaten Datenanalysen umfassen Korrelations- und Faktorenanalysen, die im Wesentlichen zur empirischen Überprüfung des Indikatorenkatalogs dienen.

Phase 4: Bereitstellung der Ergebnisse

In der vierten Phase werden die Ergebnisse des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ bereitgestellt. Die Bereitstellung erfolgt zum einen über eine gemeinsame Publikation der Trägerorganisationen und zum anderen über das Internet. In der gemeinsamen Publikation werden die Ausgangslage und die Zielsetzung, das methodische Vorgehen sowie die Ergebnisse des Relevanzchecks, der Definition und Beschreibung von Indikatoren sowie die wesentlichen Ergebnisse der Datenanalysen dargestellt. Über die Internetplattform Wegweiser Kommune (http://www.wegweiser-kommune.de/) der Bertelsmann Stiftung sowie die Datenbank INKAR (http://www.inkar.de/) des BBSR werden die Indikatoren den einzelnen Kommunen zur Verfügung gestellt. Neben den kommunalen Indikatorwerten werden hierbei auch Vergleichsmaßstäbe (z. B. Landesdurchschnittswerte) ergänzt.

ABBILDUNG 45: SDG-Indikatoren für Kommunen – Methodisches Vorgehen (Quelle: Bertelsmann Stiftung)



Projektorganisation

Zur Organisation des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ wurden verschiedene Gremien bzw. Formate eingerichtet; im Folgenden werden die Adressaten und die Aufgaben der einzelnen Gremien bzw. Formate kurz beschrieben:

- **Arbeitsgruppe:** In der Arbeitsgruppe sind Vertreter des Deutschen Städtetages (DST), des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des Deutschen Landkreistages (DLT), des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), des Deutschen Institutes für Urbanistik (Difu), der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und der Bertelsmann Stiftung sowie ggf. weitere Fachexperten als Gäste vertreten. Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe ist wie folgt geregelt: Die Bertelsmann Stiftung beauftragt das Difu im Rahmen ihres Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“, das von der SKEW finanziell gefördert wird, mit der federführenden Erarbeitung des methodischen Vorgehens zur Entwicklung und Bereitstellung der Indikatoren sowie dessen Umsetzung. Vor den Sitzungen der Arbeitsgruppe werden Entwurfsfassungen der jeweiligen Arbeitsstände vom Difu an die übrigen Mitglieder der Arbeitsgruppe verschickt und von diesen geprüft sowie gegebenenfalls kommentiert. In den Sitzungen der Arbeitsgruppe werden die Entwurfsfassungen diskutiert. Nach den Sitzungen werden die Entwurfsfassungen überarbeitet und für die Diskussionsveranstaltungen aufbereitet.
- **Diskussionsveranstaltungen:** Die Diskussionsveranstaltungen richten sich an die Zeichnungskommunen der Musterresolution des Deutschen Städtetages und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, an die Modellkommunen der Projekte „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW sowie an Kommunen, die am Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung beteiligt sind. Darüber hinaus nehmen Vertreter der Trägerorganisationen des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ sowie weitere Fachexperten an den Diskussionsveranstaltungen teil. In den Veranstaltungen werden die (Zwischen-)Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorgestellt und diskutiert. Das Feedback der Teilnehmer wird bei der Weiterentwicklung der Arbeitsergebnisse berücksichtigt. Die überarbeiteten Unterlagen werden dem Projektbeirat vorgelegt.
- **Projektbeirat:** Dem Projektbeirat gehören die Vertreter ausgewählter Städte und Kreise, die am Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung beteiligt sind, Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände, des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) sowie weitere Fachexperten an. Darüber hinaus nehmen auch die übrigen Trägerorganisationen des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ an den Sitzungen des Projektbeirates teil. Der Projektbeirat gibt Rückmeldungen zu den Arbeitsergebnissen nach den Diskussionsveranstaltungen. Die Rückmeldungen des Projektbeirates werden bei der Finalisierung der Arbeitsergebnisse berücksichtigt.

Aktueller Sachstand

Das **Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“** wurde im Frühjahr 2017 gestartet und soll im Frühjahr 2018 abgeschlossen sein.

Der Relevanzcheck der SDG wurde Anfang Mai 2017 begonnen und Mitte November 2017 beendet. Die Definition, d. h. die Sammlung, Bewertung und Auswahl der Indikatoren, fand im Zeitraum von Juli bis November 2017 statt. Insgesamt wurden bisher ca. 900 Indikatoren gesammelt und bewertet. Die Bewertung ergab eine Liste von ca. 250 Indikatoren vom Typ I bzw. II (siehe oben). Aus dieser Liste wurden ca. drei Kernindikatoren je SDG ausgewählt. Durch die Beschränkung auf circa drei Kernindikatoren werden zwar nicht immer alle relevanten Unterziele bzw. Einzelaussagen durch Kernindikatoren abgedeckt. Allerdings können die einzelnen Kernindikatoren zum Teil mehreren SDG bzw. Unterzielen oder Einzelaussagen zugeordnet werden. Darüber hinaus wird den Kommunen auch die Liste aller gesammelten und bewerteten Indikatoren zur Verfügung gestellt werden.

Im Anschluss an die Indikatorensammlung, -bewertung und -auswahl wird mit der Beschreibung sowie der Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte begonnen. Alle Ergebnisse des Vorhabens werden in einer Publikation zusammengefasst. Die Publikation und die Bereitstellung der Indikatorenwerte auf der Plattform Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung sind im Frühjahr 2018 geplant.

Nationale und internationale Resonanz

Das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ hat bereits Erwähnung gefunden in dem Bericht des interministeriellen Arbeitskreises „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) an den Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung 2017, in dem Bericht der lokalen und regionalen Regierungen zum Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen 2017 (Local and Regional Governments‘ Report to the 2017 HLPF (High Level Political Forum)) sowie im Endbericht des Klimagipfels der Städte und Regionen (The Bonn-Fiji Commitment of Local and Regional Leaders to Deliver the Paris Agreement At All Levels, Climate Summit of Local and Regional Leaders) am 12. November 2017 in Bonn.

Anhang

Übersicht über die Autoren

Assmann, Dr. Dirk	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Drees, Sabine	Referentin, Deutscher Städtetag (DST), Köln
Grabow, Dr. Busso	Kaufmännischer Geschäftsführer, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Handschuh Alexander	Referatsleiter, Büro Hauptgeschäftsführer, Planung, Politik, Koordination, Kooperation, Stellv. Pressesprecher, Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Berlin
Haubner, Oliver	Senior Project Manager, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Honold, Dr. Jasmin	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Knoblauch, Doris	Senior Fellow, Coordinator Urban and Spatial Governance, Ecologic Institut, Berlin
Langsdorf, Susanne	Fellow, Ecologic Institut, Berlin
Mederake, Linda	International Fellow, Ecologic Institut, Berlin
Mertins, Dr. Torsten	Referent, Deutscher Landkreistag (DLT), Berlin
Milbert, Antonia	Referentin, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn

Müller, Dr. André	Referent, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn
Munzinger, Dr. Timo	Referent, Deutscher Städtetag (DST), Köln
Raphael, Detlef	Beigeordneter, Deutscher Städtetag (DST), Berlin
Riedel, Henrik	Senior Project Manager, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Ruge, Dr. Kay	Beigeordneter, Deutscher Landkreistag (DLT), Berlin
Schneider-Haase, Torsten	Associate Director, Kantar EMNID, Bielefeld
Turmann, Annette	Projektleitung, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Engagement Global gGmbH, Bonn
Wiggers, Jonas	Koordinator für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Bonn
Wilhelmy, Dr. Stefan	Leiter, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Engagement Global gGmbH, Bonn
Winkelhaus, Jan	Studentischer Mitarbeiter, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Witte, Dr. Kirsten	Director, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Wunder, Stephanie	Senior Fellow, Coordinator Land Use Policy, Coordinator Food Systems, Ecologic Institut, Berlin

Übersicht über die Studien zum Thema Digitalisierung im Rahmen des Reinhard Mohn Preises 2017 „Smart Country – Vernetzt. Intelligent. Digital.“

Alle Studien sind kostenlos zum Download verfügbar unter:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/publikationen/



Ausbaustrategien für Breitbandnetze in Europa



Digitalisierung für mehr Optionen und Teilhabe im Alter



Mobilität und Digitalisierung: Vier Zukunftsszenarien



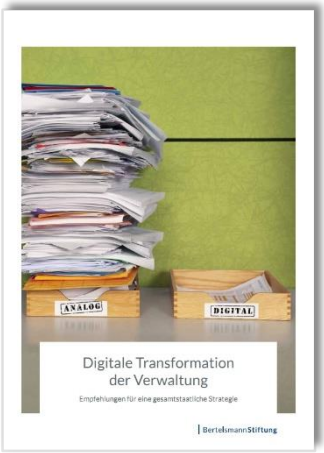
Neue digitale Daten für die Entwicklung smarter Städte und Regionen



Smart Country regional gedacht – Teilräumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland



Perspektive Smart Country – Wie digitale Transformationen unser Leben verändert

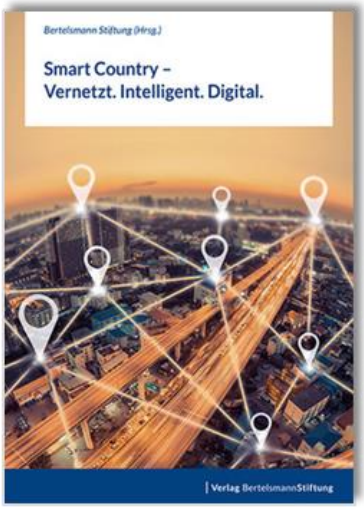


Digitale Transformation der Verwaltung



Open Data – Wertschöpfung im digitalen Zeitalter

Kostenpflichtig



Smart Country – Vernetzt. Intelligent. Digital.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
2017, 96 Seiten
€ 20,00
ISBN 978-3-86793-784-9
Verlag Bertelsman Stiftung

http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/verlag-bertelsmann-stiftung/

Auch in englischer Sprache und als E-Book erhältlich

Übersicht über das Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“

Das übergeordnete Ziel des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung besteht in der Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene, insbesondere auch der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den Sustainable Development Goals (SDG).

Eine nachhaltige Entwicklung von Städten, Kreisen und Gemeinden soll dadurch erreicht werden, dass die Entscheidungsträger und die verantwortlichen Mitarbeiter in Politik und Verwaltung dabei unterstützt werden, ein wirkungsorientiertes, d. h. ziel- und indikatorenbasiertes Nachhaltigkeitsmanagement zu betreiben.

Zu diesem Zweck werden Berichte zum aktuellen Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements veröffentlicht, Arbeitshilfen für die Entscheidungsträger und die verantwortlichen Mitarbeiter in Politik und Verwaltung erarbeitet, Indikatoren zur Steuerung der nachhaltigen Entwicklung bereitgestellt und Informations- bzw. Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

- **Berichte:** Die jährlichen Monitorberichte enthalten Studien zu verschiedenen Schwerpunktthemen, die Ergebnisse von Kommunalbefragungen (Verwaltungschefs, Kommunalpolitiker und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen) und von Bürgerbefragungen sowie die Ergebnisse der Entwicklung von kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren.
- **Arbeitshilfen:** Als Arbeitshilfen werden den Kommunen ein Selbstbewertungstool für kommunales Nachhaltigkeitsmanagement sowie Leitfäden für Nachhaltigkeitsstrategien, -prüfungen, -berichte und -haushalte (jeweils mit einem Fokus auf den Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatoren) zur Verfügung gestellt.
- **Indikatoren:** Der Indikatorenkatalog des Monitors Nachhaltige Kommune ist als Baukastensystem angelegt. In diesem System sind die Indikatoren primär nach Themen und Dimensionen gegliedert. Darüber hinaus werden Indikatoren zur Abbildung der SDG sowie ausgewählter Nachhaltigkeitsagenden oder -leitbildern entwickelt und den Themen bzw. Dimensionen zugeordnet.
- **Veranstaltungen:** Im Projekt werden verschiedene Networkingaktivitäten auf nationaler sowie regionaler und internationaler Ebene unterstützt bzw. begleitet. Auf nationaler Ebene erfolgt eine Kooperation mit der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis. So werden die Ergebnisse der jährlichen Monitorberichtes seit 2015 auf dem Deutschen Nachhaltigkeitstag vorgestellt.

Die erste Phase des Monitor-Projektes dauerte von Juli 2015 bis März 2017, die zweite Projektphase ist von April 2017 bis Dezember 2020 geplant. Die zweite Projektphase wird von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert.

Weitere Informationen zum Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ finden Sie hier:

www.monitor-nachhaltige-kommune.de

In Kooperation mit
ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer
SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Mit Mitteln des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

klimaneutral
natureOffice.com | DE-342-960975
gedruckt

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Oliver Haubner
Senior Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81119
Fax +49 5241 81-681119
oliver.haubner@bertelsmann-stiftung.de

Henrik Riedel
Senior Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81266
Fax +49 5241 81-681266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Petra Vollmer
Project Assistant
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81469
Fax +49 5241 81-681469
petra.vollmer@bertelsmann-stiftung.de

DOI 10.11586/2017043

www.bertelsmann-stiftung.de

BertelsmannStiftung